

**Freie
Demokraten**

FDP

Wahlprogramm

Es geht um Euch.

**Das Programm der
Freien Demokraten
zur Bürgerschaftswahl
und zur Wahl der
Stadtverordneten-
versammlung
2019.**

Es geht um Euch.

Inhalt

Weltbeste Bildung für Bremen	9
KITA-Plätze	9
Lebensnahe KITA-Qualität und -Angebote	9
Gebührenfreie KITAs und Entscheidungsfreiheit	10
Schließzeiten abschaffen	10
Verpflichtende Sprachtests und verpflichtende Sprachförderung	10
Private Akteure bei der frühkindlichen Bildung stärken – Tagespflege	11
Weltbeste Bildung braucht leistungsorientierte Schulen	11
Weltbeste Bildung an eigenständigen und leistungsstarken Schulen	12
Weltbeste und leistungsstarke Lehrer	12
Gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall	13
Lehrbeauftragte an Schulen	13
Schulen in Freier Trägerschaft wertschätzen	13
Inklusion richtig umsetzen	13
Mehr Ganztagschulen	14
Schulwahl	14
Sanierungsstau abbauen	14
Grundbildung: Rechnen, Schreiben, Lesen, Werken, Wirtschaft. Werte	14
Digitalisierung in der Bildung	15
Eltern und Digitalisierung	16
Stärkung der Gymnasien	16
Berufsschulen stärken	17
Meister-Förderung und Schulgeldfreiheit	17
Hochschulfreiheit	18
Hochschulen als Wirtschafts- und Gestaltungsfaktor	18
Wohnraum für Studierende und Auszubildende	18
Forschungsfreiheit	18
Private Hochschulen	19
Hochschulfinanzierung	19
Elternunabhängiges BAföG	19
Ausgründungen aus Hochschulen	20
Eine medizinische Fakultät im Land Bremen	20
Digitalisierungsoffensive für Bremen und Bremerhaven	21
Open Source in den Behörden als Innovations- und Wirtschaftsfaktor	22
Digitalisierung als Grundversorgung für Bürger und Wirtschaft	22
Modernisierung der Arbeit	22

Sichere Infrastrukturen	23
Moderne Bildung - Analoges Wissen erhalten und digitales Empowerment nutzen	23
Berufsschule 4.0 - Digitalisierung des beruflichen Bildungssystems	24
Datenschutz im Digitalen Wandel	24
Starke Wirtschaft, bessere Arbeit und geschützte Umwelt	26
Digital First!	26
Arbeit zur Armutsbekämpfung	27
Neudenken bei der Förderung in den Arbeitsmarkt	27
Mehr Wachstum und Arbeit durch Flexibilisierung	27
Arbeitsmarktpolitik	28
Kinderarmutsbekämpfung	28
Kinderbetreuung auch als Arbeitsmarktinstrument	29
Aufhebung der Arbeitsverbote für Flüchtlinge	29
Mehr Gewerbeflächen ausweisen	29
Bürokratieabbau	30
Unternehmensnachfolge unterstützen	30
Gründungsförderung	30
Freihandel ausbauen	31
Wirtschaftsklima verbessern	31
Tourismusförderung	31
Mehr verkaufsoffenen Sonntage	32
Längere Öffnungszeiten bei Sonderveranstaltungen	32
Breitbandausbau	32
Freies WLAN ausbauen	32
Umweltschutz	32
Nachhaltigkeitsstrategie	33
Hafenpolitik	35
Weservertiefung	35
Ausbau Hafeninfrastruktur	35
Hoheit der Häfen	35
Ausweitung der Hafenskapazitäten	35
Universalhäfen	36
Hafenhinterlandanbindung	36
Ausbau Mittelweser	36
Norddeutsche Hafenkooperation ausbauen	36
Seewasseranschluss BWK-Gelände	36
Liberaler Verkehrspolitik für Bremen und Bremerhaven	37
Moderne Autostadt	37
Infrastruktur	37
Verkehr muss fließen	37

Überseestadt besser anbinden	38
Anschluss Innenstadt	39
Ringschluss A281	40
Lang-LKW zulassen	40
Sanierung von Straßen und Brücken	40
Bremer ZOB	40
Schieneverkehr Bremen-Bremerhaven	41
Bremerhaven ans Fernbahnnetz	41
Lärmschutz an den Bahnstrecken	42
Stadtbusse und Straßenbahnen / Park & Ride	42
Fahrradverkehr	42
Luftverkehr und Flughafen	42
Freiheit braucht Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit	44
Ausstattung der Polizei verbessern	44
Verurteilung von Straftätern	44
Verhinderung von Brennpunkten	45
Gegen Waffenverbot und anlasslose Videoüberwachung	45
Prävention in den Fokus	45
Zivilcourage	45
Feuerwehr	46
Ausreichende Ausstattung in der Justiz	46
Schiedsgerichtsverfahren in Bremen	46
Jugendliche Intensivtäter verhindern	46
Jugendstrafrecht	47
Sanktionsmöglichkeiten im Jugendgericht	47
Beschleunigung von (Jugend-)Strafverfahren	47
Erziehungsrichter	47
Beschleunigte Zivilgerichtsverfahren	48
Sicherheit im Netz	48
Novellierung des Bremer Hundegesetzes	48
Schnelleres Bauen, besseres Wohnen und eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung	49
Oberzentren Bremen & Bremerhaven	49
Starke Stadtteile	50
Ausweisung von Baugebieten	50
Attraktivere Wohngebiete	51
Schnellere Genehmigungsverfahren	51
Schließung Grauwalddeponie	51
Altengerechtes Wohnen	52
Wohnungsbau und Erhalt von Wohnraum	52

Eigentum aus staatlichen Wohnungsbaugesellschaften	52
Senkung von Grunderwerbs- und Grundsteuer	53
Abschaffung Mietpreisbremse	53
Soziale Marktwirtschaft in der Wohnungswirtschaft	53
Mietspiegel für Bremen	53
Kleingärten	53
Bremen und Bremerhaven als grüne Städte	54
Sauberkeit	54
Eine nachhaltige und eigenverantwortliche Finanz- und Haushaltspolitik	55
Eigenständigkeit der Freien Hansestadt Bremen	55
Investieren und Schulden abbauen	55
Personalstrukturreform	56
Mehr Kooperationen mit anderen Bundesländern	56
Veräußerungen von Beteiligungen	56
Frauen und Familie	58
Gleichstellung	58
Familien stärken	58
Arbeit und Ausbildung	58
Frauen und Flucht	59
Frauen und Wissenschaft	60
Frauen und Gewalt	60
Ein unkomplizierter Staat	61
Staatliche Daten öffentlich zugänglich machen	61
Verwaltung als moderne Serviceeinrichtung	61
Angemessene Ausstattung in der Verwaltung	61
Demokratie stärken und Transparenz leben	63
Direktwahl Oberbürgermeister und Ortsamtsleiter	63
Listenplätze vor Personenplätzen	63
Parlamentsrechte stärken – Ausschüsse statt Deputationen	63
Magistratsreform Bremerhaven	63
Bürgerantrag	64
Bürgerbegehren	64
Bürgerentscheide	64
Stärkung von Beiräten und Stadtteilkonferenzen	64
Transparentes Handeln in der Politik	65
Zurück zu den Parlamenten, weg von den Eigenbetrieben	65
Vielfalt, Integration, Inklusion	66
Für ein buntes, vielfältiges Bremen	66
Integration und Zuwanderung	66

Inklusive Gesellschaft leben	67
Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen	68
Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung	68
Förderung für Elternvereine und Selbsthilfegruppen	68
Aktivierende Hilfe für Menschen mit Behinderung	68
Förderung von Arbeitsplätzen in Unternehmen	68
Familie	69
Freizeitangebote für Jugendliche	69
„Offene Jugendarbeit“ – ein „Muss“ für Integration und Prävention	69
Gesundheit und Pflege	71
Medizinische Nahversorgung	71
Krankenhausprivatisierung	71
Kooperationen der Krankenhäuser	71
Erhalt der ambulanten Versorgung	72
Mehr Wettbewerb beim Krankentransport	72
Verbesserte Versorgung in der Psychiatrie	72
Hebammen unterstützen	72
Mangel an Pflegekräften	73
Pflege und älter werdende Bevölkerung	73
Sterbebegleitung	74
Wohnortabhängige Gesundheit	75
Förderung des Gesundheitsbewusstseins	75
Sucht und Drogen	75
Eindämmung der Beschaffungskriminalität	76
Freigabe von Cannabis	76
Politik für Seniorinnen und Senioren	78
Miteinander der Generationen	78
Ehrenamtliches Engagement von Senioren	78
Arbeiten im Alter	78
Kultur	80
Förderung von Kultureinrichtungen	80
Privates Engagement	80
Kultur als Standortfaktor	81
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	81
Volkshochschule und Musikhochschule	81
Förderung unabhängig von Glaubensgemeinschaft	81
Initiierung eines Bremer Internet-Kultur-Kanals	82
Sport	83
Sportinfrastruktur	83

Verteilung von Einnahmen aus Sportwetten	84
Schwimmen in Seen und Flüssen	84
Landwirtschaft	85
Die Landwirtschaft im Wandel	85
Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft	85
Technischen Fortschritt und Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen	85
Nachwuchs qualifiziert ausbilden	86
Nachhaltiger Pflanzenschutz	86
Tierschutz durchsetzen	86
Innovationen in der Landwirtschaft	87
Baurecht für landwirtschaftliche Unternehmen	87
Marktwirtschaftliche Preisbildung	87
Bedarfsgerechte Düngeregelungen	87
Antibiotikaresistenzen vermeiden	87
Förderung von Synergien zwischen Landwirtschaft und Naturschutz	88
Partnerschaftlicher Naturschutz	88
Flächenfraß	88

Weltbeste Bildung für Bremen

Eine bestmögliche Bildung für alle Menschen ist die Basis für die Zukunft unserer Gesellschaft. Gute Bildung ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Leben. Leider ist Bremen bei der Schulbildung seit Jahren Schlusslicht in Deutschland. Viele Bremer Schulabsolventen haben Schwierigkeiten, eine Ausbildung zu finden. Gleichzeitig herrscht in der Bremer Wirtschaft ein massiver Fachkräftemangel. Viele Unternehmen beklagen sich über die mangelnde Ausbildungsfähigkeit Bremischer Schulabgänger. Daher fordern wir Freie Demokraten eine Bildungstrendwende, die von der KITA bis zum Abitur und zur Berufsschule reicht. Bei dieser Trendwende setzen wir neben einem starken Bildungsstaat auf mehr Freiheit, das Engagement privater Akteure und auf den Leistungsgedanken.

Beste Bildung ist die Basis für die Zukunft unseres Zwei-Städte-Staates.

Bei den KITAs setzen wir auf flexiblere Öffnungszeiten, die der Lebensrealität der Menschen auch tatsächlich gerecht werden. Wir setzen auf mehr privates Engagement und vereinfachtes Gründen von privaten KITAs, um ausreichend KITA-Plätze zur Verfügung zu stellen. Wir wollen verpflichtende Sprachtests und Sprachförderung, damit alle Kinder gute Chancen haben.

Leistung muss an Bremer Schulen wieder stärker in den Fokus rücken. Deshalb haben wir den Bremer Bildungskonsens des „Weiter so“ abgelehnt. Wir setzen auf eigenständige Schulen mit starken Lehrkräften, die sich auf die Kernkompetenzen konzentrieren und Schülerinnen und Schüler nach deren individuellen Stärken fördern. Wir Freie Demokraten machen uns für den gymnasialen Bestand und Neugründungen von Gymnasien stark.

Hochschulen sind für die Städte Bremen und Bremerhaven als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktor von einer großen Bedeutung. Sie brauchen aber mehr Freiheiten und eine passende Grundfinanzierung. Wir wollen an der Hochschule Bremerhaven einen Ausbau auf 5.000 Studienplätze.

Die Freiheit der Forschung und Lehre ist für uns nicht verhandelbar.

KITA-Plätze

Beste Bildung fängt beim Kleinkind an. Es ist unzumutbar, dass in Bremen bis zum Jahr 2020 mehr als 3.800 KITA-Plätze fehlen und die vorhandenen Plätze mit ihren Betreuungszeiten kaum die Lebensrealität der Menschen im Blick haben. Wir Freien Demokraten machen uns für einen bedarfs- und lebensrealitätsgerechten Ausbau der Plätze in Krippen und Kindergärten stark. Daneben setzen wir auf privates Engagement von der Tagesmutter bis hin zur Betriebs-KITA.

Lebensnahe KITA-Qualität und -Angebote

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten deutlich flexibler und näher an der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Es geht dabei darum, dass Betreuung dann stattfindet, wenn sie von den Vätern

und Müttern auch tatsächlich gebraucht wird. Dafür müssen wir die Betreuungszeiten der KITAs deutlich ausweiten. Wir setzen dabei auf Kooperationen mit Arbeitgebern.

Wir wollen, dass der Betreuungsschlüssel von zwei Fachkräften je 20 Kinder in allen Einrichtungen für drei- bis sechsjährige Kinder in Bremen und Bremerhaven realisiert wird. Die Anhebung der Gruppengröße ist sofort wieder rückgängig zu machen.

Durch die Erhöhung des Anteils akademisch ausgebildeter Fachkräfte in Kindergärten soll die frühkindliche Bildung in der Umsetzung gestärkt werden. Wir wollen KITAs von einem Aufbewahrungsort zu einem Bildungszentrum entwickeln.

Um dem wichtigen Bindungsaspekt für jüngere Kinder gerecht zu werden, machen wir uns für eine verlässliche Kontinuität beim KITA-Personal stark. Diese erreicht man zum Beispiel durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und reduziert damit gleichzeitig den hohen Krankenstand. Wir werden im Hinblick auf die schwierige Gewinnung von Fachkräften Ansätze aus den skandinavischen Ländern übernehmen.

Gebührenfreie KITAs und Entscheidungsfreiheit

Wir Freien Demokraten stehen für beitragsfreie KITAs. Dabei ist unbedingt darauf zu achten, dass die Beitragsfreiheit nicht zu einem Qualitätsverlust bei der frühkindlichen Bildung führt. Auch ohne Elternbeiträge setzen wir uns für eine Steigerung der Ausgaben für die frühkindliche Bildung insgesamt ein.

Ob ein Kind einen Kindergarten besucht, sollen aus unserer Sicht weiterhin die Eltern beziehungsweise die Erziehungsberechtigten entscheiden.

Schließzeiten abschaffen

Wir Freien Demokraten werden die Schließzeiten in den Krippen und Kindergärten des Landes Bremen abschaffen. Die 20 Schließtage im Kita-Jahr benachteiligen vor allem Alleinerziehende. Aber auch Familien mit beiden Elternteilen werden hierdurch überdurchschnittlich in der freien Planung ihres Erholungsurlaubs eingeschränkt. Durch Schließzeiten werden aktuell über 80% des gesetzlichen Anspruchs auf Erholungsurlaub - und dessen Nutzung - mittelbar durch das Land Bremen vordikiert. Dies gilt es zu ändern. Die freie Verfügungskraft über den wohlverdienten Urlaub gehört den Eltern und darf nicht durch die Kinder betreuende Einrichtung vorgegeben werden. Speziell Alleinerziehenden bleibt so nur noch ein geringer Anteil an selbstbestimmten Urlaubstagen zur Verfügung. Dies ist nicht zeitgemäß.

Verpflichtende Sprachtests und verpflichtende Sprachförderung

Damit alle Kinder von Schulbeginn an die gleichen Chancen haben, stehen wir Freien Demokraten zu verpflichtenden Sprachtests im Vorfeld der Einschulung. Kinder, die dort Defizite aufweisen, wollen wir individuell fördern, um zur Einschulung die erforderlichen

Sprachkenntnisse vorweisen zu können. Die Teilnahme an dieser Förderung ist verpflichtend zu gestalten.

Private Akteure bei der frühkindlichen Bildung stärken – Tagespflege

Schon heute leisten viele private Akteure wichtige Arbeit für die frühkindliche Bildung in Bremen. Dazu gehören beispielsweise Eltern-Kind-Gruppen, betriebliche Kindertageseinrichtungen und die freien Träger von Kindertageseinrichtungen. Wir fordern deshalb, dass ihnen dieselben Mittel pro Kind zukommen wie staatlichen Einrichtungen. Wir wollen über eine Änderung des Bremisches Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes außerdem erreichen, dass die Gründung von privaten Kindertageseinrichtungen, wie beispielsweise betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen, erheblich erleichtert wird, damit schnell und zuverlässig der anhaltenden Mangelversorgung entgegengewirkt wird.

Ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Bildung wird auch durch Tagesmütter und -väter erbracht, die in kleinen Gruppen und in einem überschaubaren Rahmen Betreuung anbieten. Eltern mit besonders flexiblen Betreuungsbedarfen sind auf ausreichende Plätze bei diesen Tagesmüttern und -vätern angewiesen. Damit diese wichtige Flexibilität auch geleistet werden kann, fordern wir eine höhere, angemessenere Vergütung qualifizierter Tagesmütter und -väter.

Weltbeste Bildung braucht leistungsorientierte Schulen

Wir Freien Demokraten stehen für ein leistungsorientiertes Schul- und Bildungssystem. Alle Schulabgänger müssen entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten bestmöglich gebildet und ausgebildet sein. Statt nachträglichem Herumdoktern an den Symptomen mit staatlichen Programmen wie der Ausbildungsgarantie braucht es endlich eine Ausbildungsfähigkeitsgarantie durch den Staat. Wer eine Bremer Schule verlässt, muss ohne Wenn und Aber ausbildungsfähig sein.

Dies erfordert, dass die Schülerinnen und Schüler bereits durch die Schule auf ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben vorbereitet werden. Das „leisten wollen“ muss nicht nur ausgebildet, es muss auch belohnt werden. Wir orientieren uns da am Grazer Modell, das Anreize für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler bietet, etwa freie Tage für die Klassenbesten.

Zum Leistungsgedanken gehört konsequenterweise auch, das Wiederholen als Sanktionsmittel und Motivationshilfe in den Bremer Schulen wieder einzuführen und eine Vergleichbarkeit der schulischen Leistungen zu gewährleisten. Letzteres geht nur mit Noten. Sie sind gegenüber den aktuellen Bewertungstexten barriere- und diskriminierungsfrei und grenzen Eltern mit mangelhaften Deutschkenntnissen nicht aus, so dass diese besser ihrer Fürsorgepflicht nachkommen können. Daher fordern wir Noten ab der dritten Klasse und die Wiedereinführung des Wiederholens.

Wir wollen im Bremer Bildungssystem einen Richtungswechsel einschlagen und dem Akademisierungswahn entgegenwirken. Bremische Schulen dürfen nicht nur auf das Studium vorbereiten, sondern müssen auch für die nicht-akademische Laufbahn qualifizieren.

Das Handwerk sowie die dienstleistenden Betriebe als mögliche Arbeitgeber müssen in den Schulen stärker in den Fokus gerückt werden.

Wir Freien Demokraten wollen ein Sparverbot bei Bildungsausgaben für Bremens Kinder. Konkret wollen wir die aktuell zwischen 6.200 Euro und 6.900 Euro liegenden Ausgaben pro Jahr und Kind im Bereich Bildung auf einen Betrag von nicht unter 8.200 Euro pro Jahr (wie im Stadtstaat Hamburg) anheben. Unabhängig vom Konsolidierungsbedarf des Bremer Haushaltes beabsichtigen wir, diese Grenze unter keinen Umständen zu unterschreiten. Wir werden Sorge dafür tragen, dass die Bildungsausgaben im Land Bremen pro Kopf und Jahr nicht hinter den Ausgaben der beiden mit Bremen vergleichbaren Stadtstaaten Berlin und Hamburg zurückbleiben.

Weltbeste Bildung an eigenständigen und leistungsstarken Schulen

Die Idee, gute Bildung vom Senatorenschreibtisch verordnen zu können, ist gescheitert. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass es besser ist, wenn Schulen durch Schulleitungen eigenständig und eigenverantwortlich entscheiden, wie sie landes- beziehungsweise bundeseinheitliche Bildungsstandards umsetzen und die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler bestmöglich unterrichten.

Mehr Eigenständigkeit erfordert selbstverständlich mehr Transparenz. Wir fordern daher die Veröffentlichung aller Vergleichsergebnisse der einzelnen Schulen in Bremen. Eltern können so entscheiden, auf welche Schule sie ihre Kinder schicken. Zugleich entsteht ein positiver Wettbewerb zwischen den Schulen, der verkrustete Strukturen auflöst. Der Wettbewerb muss durch zusätzliche Gelder und Programme für die schwächeren Schulen fair gestaltet werden.

Wir Freien Demokraten setzen uns für bundesweite Abschlussprüfungen auf einem einheitlichen, hohen Niveau ein.

Weltbeste und leistungsstarke Lehrer

Die Arbeit der Schulen und Lehrkräfte in Bremen und Bremerhaven muss dringend weiter verbessert werden. Wir Freien Demokraten wollen dem Lehrpersonal die nötigen Freiheiten geben, um auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler nach dem Prinzip „Stärke Deine Stärken“ einzugehen und die für sie optimalen Lernmethoden nutzen zu können.

Wir Freien Demokraten fordern zur Stärkung der Lehrkräfte ein Innovationsbudget für jede Klasse in Höhe von 10.000 Euro pro Schuljahr, mit dem die Klassenleitungen eigenverantwortlich Innovationen in Klassen, wie beispielsweise programmierbare Roboter anschaffen oder besondere Ausflüge durchführen können.

Wir wollen außerdem Lehrer in Konflikten mit Eltern besser unterstützen. Viel zu häufig geht wertvolle Zeit durch streitbare Elternteile verloren. Wir wollen daher eine Mediationsstelle schaffen, die mit ausreichendem Personal Lehrern auf Abruf zur Verfügung steht und bei Bedarf die Kommunikation mit den Eltern übernimmt.

Lehrerinnen und Lehrer dürfen mit ihren Problemen nicht länger allein gelassen werden.

Gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall

Wir Freie Demokraten streben eine Lehrerversorgung von 105 Prozent an allen Schulen im Land Bremen, unabhängig von der Schulform, an. Deshalb fordern wir, bedarfsgerecht mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Hochschulen im Land Bremen auszubilden. Die Möglichkeiten des Quereinstiegs und der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen muss konsequent genutzt werden, wobei wir ein Sprachniveau C2 entsprechend dem europäischen Referenzrahmen voraussetzen.

Wir fordern darüber hinaus eine Offensive gegen den Unterrichtsausfall an Bremer und Bremerhavener Schulen. Dafür muss das Land Bremen neben der Ausbildung auch die Anwerbung von Lehrern intensivieren.

Lehrbeauftragte an Schulen

Um dem Unterrichtsausfall entgegen zu wirken, sollen Schulen Lehrbeauftragte für bestimmte Fächer beziehungsweise Kurse einstellen können. Dies hat sich in anderen Bundesländern bewährt. Damit wollen wir Freien Demokraten nicht nur dem Unterrichtsausfall effektiv entgegenwirken, sondern zugleich mehr Praxis in die Schulen bringen.

Schulen in Freier Trägerschaft wertschätzen

Jede Benachteiligung von anerkannten Privatschulen wird von uns Freien Demokraten strikt abgelehnt. Wir fordern, den Schulen in freier Trägerschaft pro Schülerin und Schüler die gleichen Mittel zur Verfügung zu stellen, wie sie staatliche Schulen in Bremen und Bremerhaven erhalten. Damit wird auch im positiven Sinne mehr Wettbewerb im bremischen Schulsystem geschaffen.

Inklusion richtig umsetzen

Wir Freien Demokraten setzen uns für die Inklusion in der Schule ein. Zugleich stehen Freie Demokraten für den Erhalt der Förderzentren für Blinde und Sehgeschädigte, Taube und Hörgeschädigte sowie Schwerstmehrfachbehinderte.

Die Unterfinanzierung der Inklusion führt dazu, dass etliche Kinder nicht ihren individuell bestmöglichen Bildungsabschluss erlangen können. Wir wollen, dass Schulen in die Lage versetzt werden, auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen einzugehen.

Damit Inklusion gelingt und erfolgreich wird, muss den Lehrkräften zudem die Zeit eingeräumt werden, sich qualifiziert aus- und weiterzubilden. Des Weiteren müssen pädagogische Fachkräfte für Inklusionsklassen in ausreichendem Maße bereitgestellt und entsprechende Mittel für qualifizierte Assistenzkräfte zur Verfügung gestellt werden. Sowohl Kinder und Jugendliche mit Behinderungen als auch Hochbegabte zu fördern und

zu fordern, hebt das gesamte Leistungsniveau unseres Landes. Deshalb ist es unser Ziel, entsprechende Förderungen in Bremen und Bremerhaven zukünftig auszubauen.

Es ist ein Skandal, dass Schülerinnen und Schüler wegen mangelnder Assistenzen nicht unterrichtet werden können und zunehmend Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten oder Autismus-Spektrums-Störungen als nicht beschulbar eingestuft werden. Sofern Assistenzen nicht gewonnen werden können, sollen Schülerinnen und Schüler in Spezialklassen, bspw. an Zentren für unterstützende Pädagogik, unterrichtet werden. Auch wenn letzteres keine Inklusion darstellt, ist dieser Kompromiss immer noch besser als der Ausschluss von Schulbildung.

Mehr Ganztagsschulen

Entsprechend der gestiegenen Nachfrage ist unser Ziel, dass mehr Schulen zur Ganztagschule werden. Diverse Angebote von zum Beispiel Sportvereinen, aber auch Kooperationen mit Hochschulen und der Universität, bereichern das Schulleben und können als sinnvolle Ergänzung des Unterrichts genutzt werden. Nicht zuletzt Kindern aus bildungsfernen Schichten wollen wir mit Hilfe von Ganztagsschulen und Quartierbildungszentren bessere Bildungschancen ermöglichen. Durch ein erhöhtes Angebot von Ganztagsschulen wollen wir Freien Demokraten berufstätigen Eltern eine zuverlässige Betreuung ihrer Kinder anbieten. Wir betrachten es als sinnvoll, Horte zugunsten von Ganztagsgrundschulen auslaufen zu lassen.

Schulwahl

Wir Freien Demokraten wollen die freie Schulwahl im Land Bremen. Wir wollen die Schuleinzugsgrenzen für Grundschulen abschaffen. Außerdem wollen wir auch den grenzübergreifenden Schulbesuch zwischen Bremen und Niedersachsen weitestgehend ermöglichen und diesbezüglich die Antragsstellung vereinfachen.

Sanierungsstau abbauen

Es sollte selbstverständlich sein, bauliche Mängel an Schulen zu beseitigen und Schulräume bedarfsgerecht zu gestalten. Den millionenschweren Sanierungsstau an den Bremer und Bremerhavener Schulen wollen wir innerhalb von zehn Jahren systematisch abbauen. Kinder dürfen nicht länger in unzumutbaren Umständen unterrichtet werden.

Grundbildung: Rechnen, Schreiben, Lesen, Werken, Wirtschaft. Werte

Für uns Freie Demokraten gilt, dass jeder Schüler und jede Schülerin entsprechend der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten bestmöglich gefördert wird. Die Schülerinnen und Schüler sollen sowohl Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen als auch naturwissenschaftliches und ökonomisches Verständnis sowie im Werkunterricht erwor-

benes handwerkliches Geschick erlangen. Bei der Rechtschreibung wollen wir die in Bremen gescheiterten Experimente beenden.

Korrekte Rechtschreibung soll einen höheren Stellenwert erhalten und vom ersten Schultag an korrigiert werden. Texte, die in der Klasse ausgehängt werden oder auf andere Art und Weise öffentlich gemacht werden dürfen keine Rechtschreibfehler enthalten. Grundsätzlich muss in allen Schulfächern auf korrekte Rechtschreibung geachtet werden.

Wirtschaftliche Aspekte müssen im Schulunterricht mehr Beachtung finden: Themen wie zum Beispiel Wertschöpfung, Steuern, Existenz- oder Unternehmensgründung werden bisher nur unzureichend behandelt. Dabei sind es gerade diese Themen, die zukunftsweisend für unser Land sind. Unabhängig vom Karrierezweig müssen bereits in der Schule wirtschaftliche Grundlagen vermittelt werden. Wir Freien Demokraten setzen uns unter diesem Gesichtspunkt für eine Einbindung von Handels- und Handwerkskammern sowie Unternehmensverbänden während der Betreuungszeit in Ganztagschulen ein.

Zur Schule gehört zugleich die kulturelle Förderung sowie Wertevermittlung für Demokratie, Freiheit, Toleranz, Rechtsstaat, Leistung und Eigenverantwortung. Diese müssen zukünftig noch stärker als Querschnittsthemen in den Schulunterricht eingearbeitet werden.

Digitalisierung in der Bildung

Moderne Technik und der Umgang mit dem Internet nehmen einen immer größeren Platz in unserem Leben ein. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, setzen wir uns dafür ein, dass das Thema Digitalisierung mehr Gewicht in den Schulen erhält. Dabei wollen wir die Grundfertigkeiten nicht vernachlässigen. Wir wollen den Taschenrechner und das Kopfrechnen. Wir wollen Zehn-Finger-Schreiben und eine gute Handschrift.

Die Digitalisierung öffnet uns Menschen immer neue Möglichkeiten, die es auch im Unterricht zu berücksichtigen gilt. Wer beispielsweise vor 50 Jahren Musik komponieren oder spielen wollte, musste sich teure Instrumente und über Jahre Unterricht leisten. Heute kann jeder mit einem günstigen Computer, Tablet oder Smartphone und der entsprechenden App „für kleines Geld“ in wenigen Tagen lernen, Musik zu komponieren und zu spielen. Gleiches gilt in der Malerei, der Fotografie und der Filmkunst bis hin zum 3D-Druck. Dazu ist Wissen immer und dauerhaft verfügbar. Vor 30 Jahren war der teure „Große Brockhaus“ im heimischen Bücherregal noch ein Statussymbol der deutschen Bildungselite. Heute hat jeder Internetnutzer einen fast kostenlosen Zugriff auf das gesamte Wissen der Welt über Wikipedia. Daher gilt es heute neben der Wissensvermittlung auch den Umgang mit Wissen zu lehren.

Die Digitalisierung führt zu mehr Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung, unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten. Wir fordern daher, entsprechend qualifizierte Lehrkräfte zu Digitalbeauftragten ihrer Schule zu machen. Die Vermittlung der Gratwanderung zwischen analoger und digitaler Autonomie sollte Grundlage der Arbeit unserer Bildungseinrichtungen mit Unterstützung der Digitalbeauftragten sein: Tablets im Unterricht alleine reichen eben nicht aus, um unsere Kinder fit für das Leben zu machen

Wir Freien Demokraten wollen die Vermittlung analoger und digitaler Kompetenzen als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum beruflichen Erfolg fest im Bildungssystem verankern. So bilden wir mündige, medien- und technikkompetente Menschen aus, die selbstverantwortlich ihre Chancen im Leben ergreifen können. Hier sollten Bremen und Bremerhaven Vorreiter sein.

Den Schülerinnen und Schülern sollten daher sowohl die zahlreichen sinnvollen Möglichkeiten der Technik als auch der richtige Umgang mit ihr nahegebracht werden - und das bereits in der Grundschule. Einen besonderen Fokus wollen wir auf mögliche Gefahren und Konsequenzen im Umgang mit privaten Daten, eigenen Bildern, der Nutzung von verschiedenen kommerziellen Angeboten und die Folgen aktueller Trends, wie Cybermobbing über soziale Netzwerke, legen. Hierfür gilt es, entsprechend allgemeinverbindliche Standards zu entwickeln, stets aktuell zu halten und nachhaltig zu verfolgen.

Durch die Vernetzung über das Internet und den Einsatz moderner Datenverarbeitung, ergeben sich zusätzlich zahlreiche Möglichkeiten zur Verbesserung der Bildung. Beispielsweise hierfür sind vernetzte Plattformen, auf denen Lehrkräfte die nötigen Lehrmaterialien ihrer verschiedenen Klassen individuell verfügbar machen können. Solange diese Materialien nicht urheberrechtlich geschützt sind, können sie in einem weiteren Schritt auch als sogenannte Open Educational Resources (OER) der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden und einen Beitrag zum Anspruch des lebenslangen Lernens leisten.

Eltern und Digitalisierung

Eine entsprechende Aufklärung sollte nach unserer Ansicht auch an die Erziehungsberechtigten der jeweiligen Schülerinnen und Schüler gerichtet werden. Unterstützt durch die Schulen wollen wir Freien Demokraten einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet und den Sozialen Medien fördern.

Stärkung der Gymnasien

Wir Freien Demokraten stehen für Vielfalt im Bildungswesen. Gymnasien sind ein elementarer Teil eines Bildungsangebots, das auch künftigen Generationen geboten werden muss. Bereits bestehende Gymnasien in Bremen und Bremerhaven sind zu erhalten und im Schulgesetz abzusichern. Außerdem setzen wir uns selbstverständlich für die bedarfsgerechte Gründung neuer Gymnasien ein.

Wir Freien Demokraten werden uns für mehr Gymnasien, die das Abitur nach 13 Jahren anbieten, stark machen, soweit dies nicht zu Lasten der Möglichkeit geht, dass leistungsbereite Schülerinnen und Schüler schon nach 12 Jahren die Abiturprüfungen ablegen können (G 8). Für uns ist klar, dass viele Schülerinnen und Schüler und deren Eltern den Wunsch haben, mit nicht mehr als 30 Stunden Unterricht pro Woche zum Abitur zu gelangen. Stattdessen wollen sie mehr Zeit für vertieftes, übendes Lernen und für die gründliche Reflexion und Aneignung von Inhalten und dauerhaft abrufbarem Wissen. G9 bietet mehr Muße für individuelle Freiräume. Wir wollen diese Möglichkeit vermehrt an den Gymnasien in Bremen schaffen, ohne dabei den schnellen Weg zum Abitur abzuschaffen.

Die Gymnasien stellen sich den Herausforderungen unserer Zeit. Sie leisten ihren Beitrag zur Integration von zugewanderten Jugendlichen und unterrichten Jugendliche mit Behinderungen, die dem Leistungsanspruch genügen.

Wir Freien Demokraten wollen die Klassengrößen an Gymnasien verkleinern und die Ausstattung der Gymnasien verbessern.

Wir Freien Demokraten nehmen wahr, dass auch Schülerinnen und Schüler Gymnasien besuchen, die den Leistungsanforderungen dieses Schultyps nicht gerecht werden. Wir wollen daher eine Probezeit für Gymnasien, welche die 5. und 6. Klasse umfasst, einführen. In dieser Probezeit wird festgestellt, ob die Schülerin oder der Schüler den Anforderungen des Gymnasiums gewachsen ist oder auf eine Oberschule wechseln muss. Die nötigen Kapazitäten wollen wir ab Klasse 7 in den Oberschulen bereitstellen.

Wir Freien Demokraten unterstützen die Neugründung von zwei Gymnasien, eines in Bremen Nord und eines im Bremer Westen. Schon jetzt ist festzustellen, dass die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichen, um dem Wunsch von Eltern nach einer klassischen gymnasialen Ausbildung außerhalb von Oberschulen gerecht zu werden. Spätestens wenn die geburtenstarken Jahrgänge 2016 und folgende in die weiterführenden Schulen drängen, wird der Bedarf anwachsen. Mit Blick auf die zu erwartende Planungs- und Realisierungsdauer planen wir die Grundsteinlegung von zwei neuen Gymnasien in der kommenden Legislaturperiode.

Berufsschulen stärken

Die Schulautonomie bei den bremischen Berufsschulen hat sich bewährt. Wir Freien Demokraten wollen, dass alle Berufsschulen als eigenständige Schulen arbeiten und auskömmlich und modern ausgestattet werden.

Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ist ein Erfolgsmodell. Berufsschulen leisten einen hohen Beitrag bei der Integration zugewanderter junger Menschen. Auch hierfür müssen sie die erforderlichen finanziellen und personellen Mittel erhalten.

Die beruflichen Gymnasien in Bremen und Bremerhaven erfüllen einen wichtigen berufsvorbereitenden Zweck und sind in der Stellung und Wahrnehmung durch die Behörde wie Oberstufen zu behandeln.

Meister-Förderung und Schulgeldfreiheit

Wir Freien Demokraten wollen, dass die Möglichkeiten des Aufstiegs-BAföG beziehungsweise Meister-BAföGs in Bremen stärker genutzt werden. Wir wollen Absolventen von Meisterausbildungen anerkennen, indem wir jedem erfolgreichen Absolventen eine Prämie von 4.000 Euro zahlen, um zumindest einen Teil der Kosten zu tragen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausbildungen an Fachschulen für Pflegeberufe (etwa Ergotherapeuten, Logopäden, Hebammen) künftig schulgeldfrei sind. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wollen wir hingegen in eine duale Ausbildung überführen.

Hochschulfreiheit

Unsere Ziele als Freie Demokraten sind mehr Hochschulfreiheit und autonome Hochschulen in Bremen und Bremerhaven. Ein wichtiges Kriterium hierfür ist, dass die Hochschulen selbst über Arbeitsschwerpunkte (mit Ausnahme der Lehrerausbildung) entscheiden und ihre eigenen Forschungs- und Bildungsschwerpunkte definieren können. Den staatlichen Hochschulen soll durch volle Personalhoheit die Möglichkeit gegeben werden, unabhängig über Einstellungen und Entlassungen ihres Personals entscheiden zu können.

Wir wollen auch weiterhin allen Studieninteressierten ein breites Angebot an Studiengängen zur Verfügung stellen. Die Vielfalt an Studienangeboten stärkt Bremen und Bremerhaven als Hochschulstandorte und macht unsere Städte für junge Menschen zu einem attraktiven Studienort.

Hochschulen als Wirtschafts- und Gestaltungsfaktor

Wir Freien Demokraten sehen unsere Hochschulen und Universitäten als Wirtschafts- und Gestaltungsfaktor. Sie sind Basis für Wachstum und Zukunft unseres Landes und damit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Hochschulen fördern regionalwirtschaftliche positive Effekte und sind bedeutend für das Wachstums- und Innovationspotenzial.

Studierende sind ein wesentlicher Faktor zur Stärkung kultureller Vielfalt sowie wissenschaftlicher Expansion. Dies führt auch zu einer Steigerung der Kaufkraft. Die Kontakte und sozialen Bindungen, die während des Studiums geknüpft werden, sind wichtige Grundpfeiler beim Start ins Berufs- und Familienleben und führen zu einer gestärkten Identifikation mit den Städten Bremerhaven und Bremen.

Im Durchschnitt verbleibt fast die Hälfte der Absolventen in der Region des Studienortes. Mittelfristig soll daher die Zahl der Studienplätze in Bremerhaven auf 5.000 angehoben werden.

Das duale Studium bis zum Bachelor soll an den Bedarfen der Wirtschaft orientiert und entsprechend ausgebaut werden.

Wohnraum für Studierende und Auszubildende

Durch das attraktive Studien- und Ausbildungsangebot ist auch in Bremen und Bremerhaven die Zahl der Studierenden und Auszubildenden in den letzten Jahren gestiegen. Der Ausbau von Studentenwohnungen ist nur langsam erfolgt. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum für Studierende, aber auch für Auszubildende. Wir Freien Demokraten setzen uns für mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende ein. Dabei haben Angebote von privaten und karitativen Anbietern für uns den Vorrang.

Forschungsfreiheit

Wir Freien Demokraten stehen für Forschungsfreiheit und setzen auf das verantwortliche Handeln aller Forscherinnen und Forscher an den Hochschulen. Gesetzliche Zivilklauseln lehnen wir ab.

Notwendige Tierversuche, bei denen alle Ethik- und Tierschutzstandards eingehalten werden, halten wir für vertretbar. Auf Erkenntnisse dieser Forschung zu verzichten, wenn sie auf anderem Wege nicht gewonnen werden können, ist nach unserer Auffassung nicht verantwortbar.

Wir begrüßen und unterstützen, dass Unternehmen durch Stiftungsprofessuren die Hochschulen im Land Bremen unterstützen und stärken.

Private Hochschulen

Wir Freien Demokraten befürworten eine vielfältige Hochschullandschaft. Neben den staatlichen Hochschulen sind die privaten Hochschulen eine Bereicherung der Wissenschaftslandschaft. Nicht nur in Zeiten hoher Studierendenzahlen leisten private Hochschulen einen wichtigen Beitrag. Wir bekennen uns dazu, private Hochschulen zu unterstützen. Gleichzeitig darf die Förderung pro Studienplatz – konkret auch im Falle der Jacobs University – nicht die Förderung der staatlichen Hochschulen übersteigen.

Hochschulfinanzierung

Die Grundfinanzierung der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven ist derzeit unzureichend. Dieser Zustand führt zu Nachteilen auf Seiten der Bremischen Hochschulen im Wettbewerb um Stellenbesetzungen, da durch die ständig auferlegten Kürzungsvorgaben kaum attraktive und auch langfristige Stellenangebote geschaffen werden können. Zudem sind die Hochschulen genötigt, sich in starke Abhängigkeit von Drittmitteln (externe Forschungsaufträge) zu begeben. Dies gefährdet immens die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Lehre und Forschung, insbesondere wenn es darum geht, Forschung unabhängig von Interessen externer Investoren zu leisten. Die mangelhafte Grundfinanzierung wirkt sich nicht nur auf das Personal, sondern auch auf die Infrastruktur der Hochschulen aus.

Etliche Gebäude sind stark sanierungsbedürftig und die entstehenden Kosten für eine Behebung steigen durch Aussitzen des Problems immer weiter. Begonnene Sanierungspläne sind umzusetzen und weiter vorzusehen. Entsprechend setzen wir Freien Demokraten uns dafür ein, dass unter anderem durch eine stärkere Kooperation mit dem Bund, den Hochschulen Bremens eine bessere, langfristiger planbare Grundfinanzierung zukommt. Die Hochschulen Bremens sind ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunft Bremens und gehören entsprechend gestärkt.

Wir Freien Demokraten bedauern, dass es der Universität Bremen nicht gelungen ist, den Exzellenzstatus zu halten. Wir wollen die Universität Bremen gezielt fördern, damit sie die Chance bekommt, sich erneut erfolgreich als Exzellenz-Universität zu qualifizieren.

Elternunabhängiges BAföG

Wir Freien Demokraten setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass BAföG elternunabhängig gezahlt wird - selbst bei einem Zweitstudium. Wir wollen, dass das Studium nicht vom Geldbeutel oder guten Willen der Eltern abhängt. Wer studieren möchte, soll dies frei

und selbstbestimmt tun können. Wir unterstützen Studentinnen und Studenten dabei, ihr Studium selbst zu gestalten und ihren akademischen Weg zu gehen.

Ausgründungen aus Hochschulen

Auch wenn ihre Leistungsfähigkeit in Zukunft derzeit leider immer noch gefährdet ist, bieten Hochschulen in Bremen durch ihre Kompetenz nicht nur ein herausragendes Forschungsumfeld, sondern auch Unterstützung bei Gründungen und Technologietransfer. Die Universität Bremen hat bereits viele Gründerinnen und Gründer bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützt. Das wollen wir Freien Demokraten fördern. Egal ob Alumni, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Studentinnen und Studenten: Wer den Mut hat, zu gründen, soll von den Bremer Hochschulen unterstützt werden! Wir wollen dafür sorgen, dass die Hochschulen die Mittel erhalten, zusammen mit den angehenden Unternehmerinnen und Unternehmern Ergebnisse aus Forschung und Wissenschaft zu einer Geschäftsidee weiter zu entwickeln. Hierfür wollen wir einen Gründerfonds einrichten und ein landesweites Netzwerk für alle mit Gründergeist aufbauen.

Zudem wollen wir ein Gründer-BAföG einführen, durch das Gründerinnen und Gründer, ob aus Hochschulen oder nicht, ohne anderes Einkommen für ein Jahr bis zu monatlich 1.000 Euro für ihren Lebensunterhalt erhalten können.

Darüber hinaus werden wir Freien Demokraten den Austausch zwischen den Universitäten und Hochschulen des Landes Bremen und der Wirtschaft stärker fördern. Hierbei müssen die Kammern und die Unternehmensverbände eng eingebunden werden.

Eine medizinische Fakultät im Land Bremen

Die Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Bremen bietet große Chancen für den Wissenschaftsstandort. Wir fordern die ergebnisoffene Prüfung der Möglichkeit der Einrichtung eines Medizinstudiums, die die Kliniken in Bremen und Bremerhaven einbezieht und eine Verzahnung mit Hochschulen, Instituten und vorhandenen Fachbereichen berücksichtigt. Nach Auffassung der FDP muss ein solches Studium den Anforderungen des Masterplans „Medizinstudium 2020“ genügen. Auf Basis einer breit angelegten Machbarkeitsstudie wollen wir vor dem Hintergrund der Kosten entscheiden, ob wir einen solchen Studiengang einrichten und finanzieren können, ohne dass dies zu Lasten des Bildungssektors geht und die Ausfinanzierung des Wissenschaftsplans gefährdet.

Digitalisierungsoffensive für Bremen und Bremerhaven

Wir Freien Demokraten wollen Bremen und Bremerhaven zum Vorreiter und Leuchtturm der digitalen Transformation machen. Wir schaffen einen Bürokratieabbau mit höherer Qualität und einer barrierefreien Daten-Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft durch die Digitalisierung der Öffentlichen Hand. Wir werden durch den verstärkten Einsatz von Open Source- und betriebssystemunabhängiger Software in den Behörden einen wirtschaftlichen Boom bei regionalen IT-Dienstleistern auslösen, der vorbildhaft für das Bundesgebiet und Europa sein wird. Für uns gehört eine sichere und leistungsfähige digitale Infrastruktur zur Grundversorgung von Bürgern und Wirtschaft, die uns ermöglicht, die Chancen der Modernisierung von Arbeit für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung zu nutzen. Wir werden in der Bildung analoges Wissen erhalten und digitales Empowerment zur Förderung individueller Stärken nutzen - und das nicht nur in den allgemeinbildenden Schulen sondern gerade auch im beruflichen Ausbildungsbereich. Die Zukunft ist digital.

Digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung – die Zukunft ist digital

Wir Freien Demokraten wollen mit einer Digitalisierungs-Offensive Bremen wieder fit für die Gegenwart machen, damit die Menschen in unserem Land nicht nur privat und geschäftlich, sondern auch mit der öffentlichen Verwaltung digital kommunizieren können. Dazu brauchen Bremen und Bremerhaven hohe Geschwindigkeiten in einer leistungsfähigen Netzstruktur. Dazu gehört eine entsprechend sichere Server- und Software-Infrastruktur, die es den Bürgern und den Mitarbeitern ohne große technische Hürden ermöglicht, von den Vorteilen der Digitalisierung zu profitieren. So erreichen wir neben einer höheren Servicequalität auch eine höhere Transparenz über Vorgänge in der Verwaltung.

Entbürokratisierung und eine Verschlankung der Verwaltung werden wir nur über die digitale Erfassung der Arbeitsprozesse erreichen, z.B. mithilfe von Hash-Algorithmen und Big-Data-Techniken. Redundante und damit zeitfressende und kostenintensive Arbeitsschritte können so erkannt und reduziert werden. Derartige Erfassungs- und Analyseverfahren sind in der Wirtschaft üblich und ein Erfolgsfaktor für die im internationalen Vergleich exzellente Situation, in der sich deutsche Unternehmen befinden.

Wir Freien Demokraten fordern daher die Einführung eines Bürgerkontos für alle Verwaltungsbelange zur Erledigung von digitalen Behördengängen als zentraler Dokumentenspeicher für Bürger und Mitarbeiter der Öffentlichen Verwaltung und als Transparenzportal, bei dem die Bürger genaues Wissen über die der Verwaltung zugänglichen Daten erlangen.

Open Source in den Behörden als Innovations- und Wirtschaftsfaktor

Die öffentliche Verwaltung muss die Vorteile von Open-Source-Software nutzen. Wir Freien Demokraten wollen, dass Open-Source-Software vordringlich zum Einsatz kommt, um Abhängigkeiten von einzelnen Softwareanbietern so weit wie möglich zu reduzieren. Gleichzeitig erhöhen offene Schnittstellen, Standards und Software die Verbrauchersouveränität und damit auch die IT-Sicherheit.

Die derzeitige Microsoft-Abhängigkeit ist nicht nur teuer für Bremen, sondern auch gefährlich: Windows und Microsoft Office sind beliebte Ziele für Cybercrime-Akteure. Daher gibt es auch erhebliche Datenschutz- und Datensicherheitsbedenken beim Einsatz von Microsoft-Produkten in Behörden. Selbst das BSI - Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik - warnt vor der Nutzung der Software. Eine Ablösung von Microsoft hin zu offener Software würde endlich zu einer Quelltext-Transparenz bei den Datenschutz- und Datensicherheitsproblematiken führen. Außerdem macht Open Source die Systeme preiswerter und sicherer. Nebenbei gäbe es einen wichtigen ökonomischen Effekt: Die Ablösung der Behörden von Microsoft würde zu einem Innovations-Boom bei den bremischen IT-Dienstleistern führen, vergleichbar mit der Silicon Valley-Welle, einen Motor für die ansässige IT-Wirtschaft bildet, von deren Innovationskraft beide Seiten massiv profitieren.

Wir Freien Demokraten fordern daher, dass die öffentliche Verwaltung bei der Erarbeitung von Konzepten und Umsetzung von Projekten die Möglichkeiten von Open Source-Systemen zwingend berücksichtigen muss.

Digitalisierung als Grundversorgung für Bürger und Wirtschaft

Wir Freien Demokraten wollen eine ausgezeichnete barrierefreie digitale Infrastruktur zum Markenzeichen des Landes Bremen machen. Im Bundesvergleich muss Bremen hier herausstechen und die digitale Infrastruktur als Standortvorteil nutzen. Für alle Bürger und Unternehmen gehört inzwischen eine leistungsfähige digitale Infrastruktur zur Grundversorgung. Und selbstverständlich wählen Bürger und Unternehmen ihren Standort dort aus, wo sie das beste Umfeld erwartet - das bezieht sich in Zeiten des digitalen Wandels ganz besonders auf die digitale Infrastruktur und die dazugehörenden digitalen Prozesse und Services.

Modernisierung der Arbeit

Die Digitalisierung hat und wird unsere Arbeitswelt verändern. Sie bietet neue Möglichkeiten bei der Arbeitsgestaltung und Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Mit der Digitalisierung werden sich die Anforderungen an die Arbeitskräfte verändern. Viele Schüler von heute werden in Berufen arbeiten, die wir heute noch nicht kennen. Die Beschäftigten benötigen Qualifizierung, um komplexere, schwer automatisierbare Aufgaben neu zu übernehmen, aber auch um die Technologien als Arbeitsmittel zu verwenden.

den. Die Bereiche Bildung, Weiterbildung, Fortbildung und Umschulung werden zunehmen und lebenslanges Lernen wird für alle selbstverständlich sein.

Wir brauchen in Bremen ein Bildungsangebot, das sich den Herausforderungen der Digitalisierung stellt, ohne die vom digitalen Wandel nicht betroffenen kreativen und manuellen Tätigkeiten außer Acht zu lassen. Die Gratwanderung der gleichwertigen Vermittlung digitaler und analoger Kompetenzen ist ein Paradigmenwechsel unserer aktuellen Bildungspolitik, die bisher den akademischen Abschluss als höchstes Ziel betrachtet hat. Wir brauchen daher neue Bildungskonzepte, die zugleich analoge und digitale Autonomie fördern.

Wir Freien Demokraten nehmen die Herausforderungen der digitalen Transformationen an. Wir wollen die Digitalisierung zum Vorteil der Menschen in Bremen und Bremerhaven nutzen und den Menschen ihre Ängste vor den Veränderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, nehmen.

Sichere Infrastrukturen

Unser Leben basiert immer mehr auf Internet-Technologien. Dies macht unser Energiesystem, unsere Logistik und Versorgung und letztlich unser gesamtes Leben anfällig. Daher wollen wir dafür sorgen, dass die Systeme widerstandsfähiger werden. Es ist notwendig, über die Digitalisierung verschmolzene Infrastrukturen auch innerhalb des Landes Bremen regional zu begrenzen, um im Sinne des Risiko-Managements einen potentiellen Schaden lokal eindämmen zu können und über entfernte Backup-Systeme die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir Freien Demokraten wollen Bremen mit einem entsprechenden Forschungs-Cluster zum Vorreiter in Deutschland und Europa machen.

Moderne Bildung - Analoges Wissen erhalten und digitales Empowerment nutzen

Wir Freien Demokraten wollen die Chancen der Digitalisierung in der Schulbildung nutzen, ohne die Grundfertigkeiten zu vernachlässigen. Wir wollen den Taschenrechner und Kopfrechnen. Wir wollen Zehn-Finger-Schreiben und eine gute Handschrift. Wir wollen Navigationssysteme nutzen und uns in der Umgebung orientieren – mit und ohne Karte.

Die Digitalisierung öffnet uns Menschen immer neue Möglichkeiten, die es auch gilt im Unterricht zu berücksichtigen: Wer z.B. vor 50 Jahren Musik komponieren oder spielen wollte, musste sich teure Instrumente und über Jahre Unterricht leisten (können). Heute kann jeder mit einem günstigen Computer, Tablet oder Smartphone und der entsprechenden App „für kleines Geld“ in wenigen Tagen lernen, Musik zu komponieren und zu spielen. Gleiches gilt in der Malerei, der Fotografie, der Filmkunst bis hin zum 3D-Druck. Dazu ist Wissen immer und dauerhaft verfügbar. Vor 30 Jahren war der teure „Große Brockhaus“ im heimischen Bücherregal noch ein Statussymbol der deutschen Bildungselite. Heute hat jeder Smartphone-Besitzer einen fast kostenlosen Zugriff auf das gesamte Wissen der Welt über eine Wikipedia-App: „A world of knowledge at your fingertips“. Daher gilt es heute neben der Wissensvermittlung auch den Umgang mit Wissen zu lehren.

Die Digitalisierung führt zu mehr Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung, unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten. Die Vermittlung der Gratwanderung zwischen analoger und digitaler Autonomie sollte Grundlage der Arbeit unserer Bildungseinrichtungen sein: iPads im Unterricht alleine reichen eben nicht aus, um unsere Kinder fit für das Leben zu machen.

Wir Freien Demokraten wollen die Vermittlung analoger und digitaler Kompetenzen als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum beruflichen Erfolg fest im Bildungssystem verankern. So bilden wir mündige, medien- und technikkompetente Menschen aus, die selbstverantwortlich ihre Chancen im Leben ergreifen können. Hier sollten Bremen und Bremerhaven Vorreiter sein.

Berufsschule 4.0 - Digitalisierung des beruflichen Bildungssystems

Berufsschulen sind - im Vergleich zu Schulen - bisher ein „blinder Fleck“, wenn es um gutes digitales Lehren und Lernen geht. Die berufliche Bildung darf bei der Digitalisierung auf keinen Fall vernachlässigt werden. Beispielsweise sind kaufmännische Berufe und der Kraftfahrzeugmechatiker schon massiv digitalisiert und gehören zu den beliebtesten Berufsbildern. Insgesamt sind alle Ausbildungsberufe von der Digitalisierung betroffen.

Wir Freien Demokraten begrüßen daher das kürzlich gestartete Projekt der Telekom Stiftung in Kooperation mit dem Bremer Uni-Institut IFIB. In dem wird bis Ende 2019 geklärt, welche berufsübergreifenden und berufsspezifischen digitalen Kompetenzen Berufsschülerinnen und -schüler erlernen müssen. Außerdem wird ermittelt, welche Bedingungen berufliche Schulen benötigen, um digitale Medien gewinnbringend in ihren Unterricht und in ihren Alltag einbinden zu können. Die Erkenntnisse des Telekom-Projekts wollen wir zeitnah an Bremer Berufsschulen umsetzen und diese zu bundesweiten digitalen Leuchttürmen ausbauen. Konkret wird es dabei unter anderem um virtuelle Lernlabore gehen, in denen beispielsweise Schweißkurse oder Sicherheits-trainings mithilfe von Virtual und Augmented Reality-Techniken durchgeführt werden und damit den schulischen Aufwand spürbar entlasten können. Digitale Tests und virtuelle Selbstlernphasen, hochwertige Video-Lektionen und Online-Kurse werden dazu beitragen, die knappen Ressourcen der Berufsschulen zu entspannen. Differenziertere Lehrangebote ermöglichen, auf die individuellen Bedürfnisse der Lernenden besser einzugehen.

Wir Freien Demokraten werden in Bremen und Bremerhaven nicht nur die allgemeinbildenden Schulen hinsichtlich Digitalisierung fördern - wir vergessen die Berufsschulen aber dabei nicht.

Wir werden Bremen und Bremerhaven zu einem bundesweiten Vorbild der digitalen Transformation im gesamten Bildungsbereich machen.

Datenschutz im Digitalen Wandel

In der digitalen Welt ist der Umgang mit den eigenen Daten elementar, um unsere Freiheit und Individualität zu schützen. Deswegen wollen wir Freien Demokraten eine Datensouveränität, die uns die Hoheit über unsere Daten garantiert, aber den Weg in die digitale

Welt nicht blockiert. Wir geben in der digitalen Welt täglich unsere Daten preis. Jeder sollte aber das Recht haben, uneingeschränkt in die über ihn gespeicherten Daten einsehen zu können. Beim Staat schafft diese Transparenz neues Vertrauen.

Aber jeder Bürger muss auch die Rohdaten, die über ihn gespeichert sind, bei Unternehmen einsehen können. Es darf nicht sein, dass die Staatsanwaltschaft mit richterlichem Beschluss z.B. auf Bewegungsprofile, die von Smartphone-Betriebssystemherstellern gesammelt werden, zugreifen darf - nicht aber der Verursacher dieser Bewegungsdaten selber. Das betrifft auch die Daten und Nutzungsprofile, die beim Bedienen jedweder Software oder App über den Nutzer gespeichert werden. Dabei wollen wir Freien Demokraten zwischen den Rohdaten und ausgewerteten Daten unterscheiden. Die Geschäftsgeheimnissen unterliegende Auswertung, Datenverknüpfung, Hashing etc. sind und bleiben selbstverständlich Eigentum des aus den Rohdaten mehrwertschöpfenden Unternehmens und muss auch nicht an anfragende Bürger weitergegeben werden.

Nur eine transparente Handhabung mit den Daten beim Staat und bei Unternehmen ermöglicht es dem Bürger, den Schutz seiner eigenen Daten sicherzustellen.

Starke Wirtschaft, bessere Arbeit und geschützte Umwelt

Wir haben einen klaren Fokus auf wirtschaftliches Wachstum und einen konsequenten Abbau von bürokratischen Hemmnissen, um die Lebensverhältnisse der Menschen in Bremen und Bremerhaven zu verbessern. Bremens Wirtschaft ist stark: Sie wächst über den Bundesdurchschnitt - trotz schwerer Versäumnisse und Fehler von Behörden und Senat. Bremen und Bremerhaven müssen aber zukünftig im Standortwettbewerb besser punkten und ihre spezifischen Vorteile als wirtschaftliche Oberzentren nutzen. Das erreichen wir Freien Demokraten, indem wir das Wachstum fördern und die Bürokratie abbauen. Die ressortweite Digitalisierung mit offenen Schnittstellen für Bürger und Wirtschaft ist dabei das zentrale Element, das zu einer Beschleunigung und Verschlinkung aller Prozesse führt. Gleichzeitig können so überflüssige oder sich wiederholende Verfahren erkannt und gestrichen werden. So wird die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten steigert. Im Rahmen des Megatrends Digitalisierung werden sich völlig neue Berufsbilder ergeben, die den Menschen neue Beschäftigungschancen geben. Diese Chancen müssen wir durch ein Neudenken der Arbeitsmarktförderung im Land Bremen nutzen. Ein wichtiges Arbeitsmarktinstrument ist die Kinderbetreuung für arbeitende Eltern. Wir werden neben den öffentlichen Betreuungseinrichtungen auch betriebliche Angebote fördern, um eine hundertprozentige Versorgung sicherzustellen. Damit Bremens Wirtschaft weiter wachsen kann, müssen Gewerbeflächen schneller erschlossen werden und Genehmigungen zeitnah erfolgen. Für Gründer planen wir einen Public-Private-Fonds, damit wir mehr Start-Ups und damit auch mehr Beschäftigung und Steuereinnahmen nach Bremen ziehen. Dazu werden wir flächendeckend den Breitbandausbau und freies WLAN an öffentlich zugänglichen Hotspots fördern. Schnelles Internet ist eine Grundvoraussetzung für die Digitalisierung der Bremer Wirtschaft.

Bei all diesen Vorhaben darf der für uns notwendige Umwelt- und Klimaschutz nicht vernachlässigt werden. Wir werden den Umwelt- und Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gemäß der UN-Nachhaltigkeitsregeln verbessern.

Digital First!

Wie altbacken und altmodisch kommt dem inzwischen digital erfahrenen Durchschnittsbürger der Kontakt mit einer Bremer Behörde vor: Es werden Behördenbriefe auf Papier mit der Post verschickt, auf die man im selben Medium zu antworten hat, obwohl die allermeisten Bürger digitale Instrumentarien wie Mail, WhatsApp etc. zur Verfügung haben, die Behörden sich aber (aufgrund veralteter Durchführungsverordnungen und Gesetze) weigern, das wilhelminische Papierablagensystem aus dem 19. Jahrhundert durch ein moderneres, digitales zu ersetzen. Seit 18 Jahren arbeiten unsere Bremer Verwaltungen an einer zuverlässigen Digitalsignatur, die eine digitale Kommunikation mit den Bürgern rechtsverbindlich sicherstellen könnte (Projekt Governikus) - allein, es scheitert an Datenschutz-, Datensicherheitsgesetzen und antiquierten Vorschriften, die über einer leistungsfähigen, kundenorientierten Verwaltung stehen und jede Entwicklung in Richtung höherer Effizienz blockieren.

Performante digitale Schnittstellen in der Kommunikation Wirtschaft ↔ öffentliche Verwaltung statt wilhelminischer Papieradministration verbessern die Leistung und die Qualität in Wirtschaft und Verwaltung und würden Bremen in den nationalen Ratings und Vergleichsstudien sofort besser stellen.

Arbeit zur Armutsbekämpfung

Ein eigener Arbeitsplatz ermöglicht es Menschen, selbstbestimmt zu leben und sich aus dem Armutskreislauf zu befreien. Wer - aus welchen Gründen auch immer - nicht arbeiten kann, ist angemessen aber auch effektiv und ohne einen aufgeblähten bürokratischen Apparat zu fördern. Dabei gilt: Arbeit muss sich lohnen. Wer arbeitet, muss spürbar mehr erhalten als derjenige, der nicht arbeitet. Und wer Transferleistungen bezieht und Eigen-Engagement zeigt, darf für dieses nicht abgestraft werden. Wir Freie Demokraten fordern deshalb seit langem die Einführung eines Bürgergeldes zur Grundsicherung, bei dem Hinzuverdienste maximal zur Hälfte angerechnet werden. Auf diesem Weg wollen wir auch die Bezieher von staatlichen Unterstützungsleistungen motivieren, hinzuzuverdienen und sich so aktiv aus der Armutsfalle herauszuarbeiten. Die Höhe des Bürgergeldes sollte so bemessen sein, dass die Grundsicherung und das Wohngeld umfasst werden. Die Zahlung soll dabei von den Finanzämtern übernommen werden, damit sich die Sozialämter auf ihre Kernaufgaben, die sozialen Problemlagen, konzentrieren können.

Neudenken bei der Förderung in den Arbeitsmarkt

Unabhängig von der Struktur der Grundsicherung stehen wir als Freie Demokraten dafür, dass das Bestreben jedes Bürgers auf der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Transferleistungen basieren sollte. Vor diesem Hintergrund muss sich auch das mit den Hartz IV-Gesetzen eingeführte Prinzip der Aktivierung und des „Fordern und Fördern“ hinsichtlich seiner Erfolge und Nachhaltigkeit einer kritischen Revision stellen. Eine moderne Arbeits- und Sozialpolitik muss ihre Erfolge in regelmäßigen Abständen evaluieren und neue, angepasste Perspektiven entwickeln. Die geplanten Förderzentren in Bremen lassen in ihrer Leistungsbeschreibung innovative Ansätze vermissen und orientieren sich durchgehend an den gängigen Ausschreibungskriterien der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Auch das neu installierte Jugendförderzentrum trägt die Handschrift der üblichen Maßnahme- und Vergabekultur und weist keine kreativen inhaltlichen Neuerungen oder Ideen auf. Das werden wir besser machen. Es ist gerade - hinsichtlich der arbeitsmarktändernden Mega-Trends Industrie 4.0 und Digitalisierung - sinnvoller, die Menschen in neue Berufsbilder zu lotsen, anstatt in auslaufende Berufe zu investieren. Die Zukunft ist immer neu.

Mehr Wachstum und Arbeit durch Flexibilisierung

Durch die Digitalisierung gibt es eine Zunahme von Projektaufträgen. Unternehmen müssen darauf flexibel reagieren können. Mit Hilfe von Zeitarbeit können sie Auftragsspitzen abfangen und kurzfristig spezialisierte Fachkräfte finden. Zudem beschäftigt Zeitarbeit eine überproportional hohe Anzahl von Menschen aus Arbeitslosigkeit beziehungsweise Langzeitarbeitslosigkeit sowie Ältere und Geflüchtete.

Dadurch wird vielen Arbeitssuchenden der (Wieder-)Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt erleichtert. Es ist daher dringend erforderlich, überflüssige Regulierungen bei der Zeitarbeit abzubauen. Wir Freien Demokraten unterstützen daher eine Bundesratsinitiative, die dies zum Ziel hat. Die Zusammenarbeit der Tarifpartner stellt sehr gute und marktgerechte Lösungen sicher. Garant hierfür ist die hohe Tarifiedichte (nahezu 100 Prozent), ein flächendeckender Mindestlohn, der in der Lohnuntergrenzen-Verordnung verankert ist, sowie die üblichen Branchenzuschlagstarifverträge.

Arbeitsmarktpolitik

Wir Freien Demokraten wollen die Arbeitsmarktpolitik kritisch auf Inhalte, Zielsetzungen und vor allem hinsichtlich ihrer Vergabepaxis prüfen und sie mit innovativen Instrumenten für den Wandel unserer zunehmend digitalisierten, technik-affinen Wissens- und Informationsgesellschaft aufstellen.

Wir werden für die Bedarfsträger in der Bremer Region Modellprojekte initiieren, die sich durch neue Ansätze im Hinblick auf Zielgruppen, innovative Konzeption, Methodik und Finanzierung auszeichnen, weil wir Antworten auf drängende Fragen vieler verängstigter Arbeitnehmer finden müssen, da mittelfristig ein Großteil der menschlichen Tätigkeiten von Maschinen oder selbstlernenden Systemen übernommen wird: Wie viele der Jobs und Berufe, die wir heute kennen, wird es morgen noch geben? Welche Aufgaben bleiben für den Menschen übrig? Und wie könnten die neu entstehenden Jobs aussehen - in einer digitalisierten Arbeitswelt?

Die jüngere Vergangenheit zeigt, dass jede technologische Veränderung in der Arbeitswelt, die Arbeitsplätze an bestimmten Stellen reduziert, an anderen Stellen völlig neuartige Jobs schafft. Wer konnte vor 25 Jahren heute boomende Berufsfelder wie Web- und Datenbank-Administration (IT-Admins), Suchmaschinen-Optimierung (SEO-Manager), Suchmaschinen-Marketing (SEA-Manager) oder gar den äußerst lukrativen Job des „Influencers“ vorhersagen? Alte arbeitsmarktpolitische Strategien, aufgrund technologischer Innovation auslaufende Berufsfelder an die neuen Umgebungsparameter anzupassen, reichen da eben nicht mehr. Wir Freien Demokraten sind Technologieoptimisten. Wir begreifen die digitale Job-Verschiebung als Chance für Bremen, hier Vorreiter zu sein und werden die bestmöglichen Voraussetzungen dafür schaffen. Wir denken das Thema komplett neu.

Kinderarmutsbekämpfung

Die wirksamsten Maßnahmen gegen Kinderarmut sind berufstätige Eltern und gute, fundierte Bildung. Wir Freien Demokraten wollen deshalb die Rahmenbedingungen für die Arbeitsaufnahme der Eltern weiter verbessern, zum Beispiel durch ausreichende, flexible Betreuungszeiten in Kindergärten und Krippen und durch gezielte Bildung die Chancen jener Kinder, die heute in Kinderarmut leben, stärken. Unser Ziel ist es, das Übel an der Wurzel zu bekämpfen, sodass Kinder ihr Leben selbstbestimmt und ohne Armut führen können.

Kinderbetreuung auch als Arbeitsmarktinstrument

Um möglichst allen Eltern das Arbeiten zu ermöglichen, müssen sie auf attraktive und zuverlässige Kinderbetreuungsmöglichkeiten zurückgreifen können. Wir Freien Demokraten wollen, dass die Kinder von Erwerbstätigen und insbesondere auch von Alleinerziehenden bei der Vergabe von Plätzen in Ganztagskindergärten und Ganztagschulen bevorzugt berücksichtigt werden. Dabei muss die angebotene Betreuungszeit ausreichen, um den Eltern eine ganztägige Arbeit zu ermöglichen. Ebenso muss Eltern in Schichtarbeit und mit wechselnden Dienstzeiten ermöglicht werden, ihre Arbeit auszuüben. Hierfür sollen ergänzend entsprechende Angebote von Tagespflegepersonen zugelassen und finanziert werden. Und wir wollen, dass betriebliche Einrichtungen gefördert werden, um das Angebot ausreichend zu vergrößern.

Aufhebung der Arbeitsverbote für Flüchtlinge

Wir Freie Demokraten wollen Arbeitsverbote und -beschränkungen für Flüchtlinge, Zugewanderte und Asylbewerber lockern beziehungsweise aufheben. Wer sich potentiell länger in unserem Land aufhält, die nötigen Erfordernisse für eine Arbeitstätigkeit erfüllt und selbst zu seinem Lebensunterhalt sowie dem seiner Familie beitragen will und kann, soll dies auch tun können. Dies stärkt die Integration und den sozialen Frieden und entlastet die öffentlichen Kassen. Dieses muss im Einklang mit einem Einwanderungsgesetz auf Bundesebene geregelt werden.

Für uns ist die Familie Kern der Gesellschaft. Deshalb wollen wir den Nachzug von Familienangehörigen auch von Flüchtlingen erlauben, sobald diese eigenständig für den Lebensunterhalt von sich und ihren Angehörigen sorgen können.

Mehr Gewerbeflächen ausweisen

Die mittelständische Wirtschaft im Handwerk, der Produktion und in Dienstleistungen, ist nicht nur in ganz Deutschland, sondern gerade auch im Bundesland Bremen eine tragende Säule, das Rückgrat der Wirtschaft. Die Auswertungen der letzten Jahre zeigen, dass der Bedarf der Wirtschaft an neuen Gewerbeflächen in Bremen doppelt so hoch ist wie die Leistungsfähigkeit der Bremer Behörden, Gewerbeflächen freizugeben. Das führt dann zur Abwanderung ins niedersächsische Umland und zu entsprechenden Steuermindereinnahmen für Bremen. Um diesem Trend entgegenzuwirken und die Bremische Wirtschaft zu stärken, wollen wir Freien Demokraten neue Gewerbegebiete, wie beispielsweise die Mahndorfer Marsch, schneller erschließen, ausweisen und optimal an den Verkehr anschließen. Bestehende Gewerbebrachen, wie zum Beispiel die Funkschneise, das Vulkan Gelände und das Gelände des Güterbahnhofs gilt es mit der gebotenen Dynamik zu reaktivieren und verkehrlich anzubinden. Großflächige Ansiedlungen ohne nennenswerte Schaffung/Erhaltung von Arbeitsplätzen und ohne Auswirkungen auf die Loco-Quote, also den Anteil der Waren, die vom Hafenverkehr in Bremen und Bremerhaven verbleiben, sind zu vermeiden. Wir werden dem Wirtschaftsressort auch die aktuell beim Umweltsenator angesiedelten Bereiche Bau und Verkehr zuordnen, da eine florierende Wirtschaft einen fließenden Verkehr braucht, mit dem die Zu- und Auslieferer schnellstens ihre Waren transportieren können. Der Ringschluss der A281, die Fertigstellung des Wesertunnels, eine

weitere Innenstadtbrücke zur Erschließung der boomenden Überseestadt und die seit Jahren vernachlässigte Sanierung der Wirtschaftsverkehrswege sind Kernelemente der Attraktivitätssteigerung des Bremer Wirtschaftsstandorts und gehören daher in die Hand des Wirtschaftsressorts. Ohne ausreichend verfügbare und an schnelle Verkehrswege angebundene Gewerbeflächen wird die Zukunft Bremens ausgebremst. Die FDP steht für eine Wirtschaft, die Fahrt aufnimmt.

Bürokratieabbau

Wir Freien Demokraten wollen die Anliegen der Wirtschaft fördern und von unnötiger Bürokratie befreien. Die wirtschaftliche Ausrichtung vieler Bremer Unternehmen auf zukunftsorientierte Sektoren wie Digitalisierung, Automatisierung, künstliche Intelligenz und Robotik ist mit Nachdruck voranzutreiben und weiterhin zu verfolgen; auf diese Weise werden bestehende Arbeitsplätze in Bremen gesichert und neue geschaffen. Die öffentlichen Verwaltungen müssen aber auch Schritt halten mit der Innovationsdynamik der Unternehmen. Einheitliche digitale Schnittstellen zwischen Staat und Wirtschaft führen zur Fehlervermeidung, einer höheren Qualität im Datenaustausch und zu einer insgesamt besseren Effizienz auf beiden Seiten - das spart bei der Wirtschaft und der Verwaltung viele Ressourcen und Kapital ein, das an anderer Stelle besser genutzt werden kann.

Unternehmensnachfolge unterstützen

Die Wirtschaft in Bremen steht vielfach vor der Herausforderung des „Generationswechsel“. Daher wollen wir Freien Demokraten Rahmenbedingungen schaffen, die zielgerichtet kleine und mittlere Unternehmen für eine frühzeitige Planung der Nachfolgeregelung sensibilisieren.

Das Moderatoren-Konzept, wie es bereits in Baden-Württemberg etabliert ist, stellt eine erprobte und erfolgreiche Vorgehensweise dar, die die Kammern in ihrer Arbeit unterstützt. Gleichzeitig sollen gelungene Übergänge des Generationswechsels („best practice“-Beispiele) herausgestellt werden, um die Sensibilisierung für die Thematik zu erhöhen.

Über die Sensibilisierung und Beratung hinaus ist der Blick auf die Finanzierung zu richten. Wenn ein starkes Signal an Nachfolge-Interessenten gesendet werden soll, müssen zwingend gleiche Voraussetzungen bei der Zuschussgewährung geschaffen werden: Erfolgreiche Firmenübergaben sind ein wichtiger Baustein zur Sicherung der bremischen Wirtschaftsstruktur.

Um Nachfolgen zu erleichtern, sind auch Hilfestellungen bei weiteren Formen der Übergabe zu prüfen. Dies betrifft etwa Übernahmen durch Mitarbeiterbeteiligungen, welche – nicht zuletzt unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung – durch spezifische Beratungsangebote und Zuschussgewährungen vom Land gefördert werden sollten.

Gründungsförderung

Unser Ziel als Freie Demokraten ist es, Existenz- und Unternehmensgründungen zu fördern. Die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven sollen zunehmend durch neue Ideen

und Kreativität geprägt werden, wodurch sich ihre Attraktivität für ansiedlungswillige Unternehmen verbessert. Wir wollen Gründer direkt fördern, zum Beispiel durch Aufhebung der Pflichtbeiträge der Kammern für Unternehmensgründer in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit. Ein wirtschaftsfreundliches und nicht durch Bürokratie geprägtes Wirtschaftsklima ist hierfür unverzichtbar. Eine Überregulierung, ohne das nötige Interesse für die Belange der Bürger und Unternehmen, ist Gift für die wirtschaftliche Entwicklung in Bremen. Insofern ist dringend eine Wende zu einer mittelstandsfreundlicheren und liberalen Politik einzuleiten. Dazu wollen wir den Einsatz von Venture Capital unterstützen (z.B. durch steuerliche Begünstigungen) aber auch einen Public-Private-Fonds für Start-Ups initiieren, an dem alle Bremer - auch mit Kleinstbeträgen - partizipieren und profitieren können.

Freihandel ausbauen

Wir Freien Demokraten sprechen uns für mehr Freihandelsabkommen aus. Freihandelszonen nützen der deutschen Exportwirtschaft. Insbesondere der Logistikstandort und die Häfen in Bremen und Bremerhaven profitieren von derartigen Abkommen. Damit diese Abkommen eine möglichst breite Unterstützung in der Öffentlichkeit finden, müssen die entsprechenden Verhandlungen transparenter geführt werden. Bisher in der EU und in Deutschland erreichte hohe Verbraucherschutzstandards werden wir erhalten.

Wirtschaftsklima verbessern

Nur eine liberale Wirtschafts- und Bildungspolitik ermöglicht es, das Land Bremen als Standort mit Wachstum und Beschäftigung dynamisch weiter zu entwickeln. Ein nachhaltiges Wirtschaftsklima, welches Leistung, Wettbewerb und unternehmerischen Mut fördert und eine Bremer Unternehmenswillkommens-Kultur sind die besten Instrumente, um die Zukunft für unseren Standort zu gewinnen und gleichzeitig die Zahl der Transferempfänger abzubauen. Dafür stehen wir Freien Demokraten.

Tourismusförderung

Die von Rot-Grün eingeführte Bettensteuer ist schädlich für die aufblühenden Tourismusstandorte Bremen und Bremerhaven. Sie offenbart beispielhaft einen typischen Fehler der rot-grünen Politik: Positive Entwicklungen werden nicht gefördert. Stattdessen wird umgehend versucht, Gelder abzuschöpfen. Dieses Vorgehen verlangsamt das erfolgreiche Wachstum im Tourismusbereich und steht in starkem Kontrast zur Forderung von uns Freien Demokraten, dem Fortschritt Raum zu geben, damit die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt und so der Wohlstand aller gefördert wird. Wir stehen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung, auch mit den notwendigen Investitionen der Tourismusstandorte Bremen (beispielsweise mit Innenstadt, Schnoor und Häfen) und Bremerhaven (beispielsweise in die Einrichtungen der Havenwelten und das Schaufenster Fischereihafen). Wir Freien Demokraten sprechen uns für die Realisierung eines Rundlaufes am Schaufenster Fischereihafen aus z.B. durch eine Fußgängerbrücke. Wir unterstützen den Vorschlag der Handelskammer, im Innenstadtbereich Bremens und Bremerhavens den ÖPNV kostenfrei zu stellen. Außerdem wollen wir das Schwimmen am Weserstrandbad gesichert freigeben. All das fördert den Tourismus.

Mehr verkaufsoffenen Sonntage

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine Abschaffung gesetzlich beschränkter Ladenöffnungszeiten ein: Der Einzelhandel soll selbst entscheiden, ob er sonntags öffnen und diese zusätzlichen Einkaufstage als Chance nutzen will, dem zunehmenden Online-Handel Paroli zu bieten. Einzige Ausnahmen sollen Heiligabend und Silvester ab nachmittags, sowie der 1. Weihnachtsfeiertag, Neujahr, Karfreitag, Ostersonntag, Himmelfahrt, Pfingstsonntag und der Tag der Deutschen Einheit sein. An diesen Tagen soll die aktuelle Regelung für Feiertage beibehalten werden.

Längere Öffnungszeiten bei Sonderveranstaltungen

Wir Freien Demokraten wollen längere Öffnungszeiten für Läden und Geschäft an weiteren Tagen, wie zum Beispiel beim Wein- oder Musikfest ermöglichen. In diesem Zusammenhang sollen auch die Öffnungszeiten der Volksfeste und Weihnachtsmärkte angepasst werden.

Breitbandausbau

Dienstleistungen und Werke aus geistiger Arbeit sind für die deutsche Wirtschaft von sehr hoher Bedeutung. Daten sind der Rohstoff der Zukunft. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, müssen möglichst optimale Rahmenbedingungen für den Datentransport geschaffen werden. Hierzu gehört der flächendeckende Zugang zum Internet über Breitbandanschlüsse mit hoher Übertragungsrage. Derzeit gleicht Bremen diesbezüglich einem großen Flickenteppich. Daher wollen wir Freien Demokraten einen flächendeckenden, zuverlässigen und schnellen Zugang zum Internet gewährleisten. Insbesondere in der Wirtschaft ist die schnelle und fehlerfreie Übertragung von Daten ins Internet essenziell. Breitband ist insbesondere für Ansiedlung von Unternehmen sowie für werthaltiges Wohnen elementar.

Freies WLAN ausbauen

Eine möglichst schnelle und stabile Internetverbindung ist heutzutage nicht mehr nur an festen Standorten, sondern auch mobil notwendig. Wir Freien Demokraten sprechen uns für öffentlich zugängliche Hotspots in allen städtischen Gebäuden sowie auf allen öffentlichen Plätzen aus und fordern deren Einrichtung in Bussen, Straßenbahnen und Bahnen der Regional- und S-Bahn.

Umweltschutz

Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Umweltschutz. Dieser darf aber nicht ideologisch zu einer Verhinderung von notwendigen Veränderungen in der Wirtschaft und der sich wandelnden Arbeitswelt missbraucht werden. Nur eine stabile und funktionierende Wirtschaft führt zu einer gesellschaftlichen Prosperität, die Armut, Chancenungleichheiten und Raubbau an der Natur verhindert.

Wir setzen uns daher für eine ökonomische Ökologie ein, indem wir ganz konkret die Abgas-Emissionswerte des motorisierten Verkehrs durch eine intelligente, stauvermeidende Verkehrssteuerung dramatisch reduzieren. Durch den Ausbau der Wirtschaftsverkehrsstraßen wird der Einsatz von mehr Lang-LKWs in der Logistik zu einem deutlich kleineren ökologischen Fußabdruck der transportierten Güter führen. Wir setzen auf eine dogmatikfreie Mobilitätspolitik, die einen flexiblen, hochwertigen ÖPNV, einen staufreien motorisierten Wirtschafts- und Individualverkehr und einen schnellen und sicheren Fahrrad- und Fußgängerverkehr fördert – zum Nutzen der Bremer Bürger und Bürgerinnen, der Wirtschaft am deutschen Logistikstandort Nummer 2 und einer sauberen Umwelt.

Wir bekennen uns zu einer grünen und naturverbundenen Städtelandschaft und unterstützen Renaturierungsprojekte ebenso wie begrünte Dächer und „urban gardening“. Wir stehen neuen umweltfreundlichen und wirtschaftlichen Mobilitätskonzepten aufgeschlossen gegenüber und werden uns dafür einsetzen, dass in Bremen und Bremerhaven eine aus Bundes- und EU-Mitteln geförderte Modellregion für „Urbane Mobilität“ entsteht. Wir versprechen uns neben dem bundesweit wirksamen Leuchtturmcharakter eines solchen Projekts für das Land Bremen auch einen wirtschaftlichen Anreiz für Unternehmen der Mobilitätswirtschaft in Bremen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen zu initiieren.

Nachhaltigkeitsstrategie

Ein selbstbestimmtes Leben und die eigene, freie Entfaltung kann nur durch persönliches und gesamtgesellschaftliches Wachstum erreicht werden. Ein freies Handeln der Menschen schafft gesellschaftliches und wirtschaftliches Wachstum. Menschlicher Einfallsreichtum und Schaffenskraft tragen zu einer gesamtgesellschaftlich besseren Lebensqualität bei. Dieser Wohlstand schließt sowohl materielle wie auch immaterielle Dinge ein. Wachstum braucht Bildung, Wissen, Innovation und Investitionen. Um diese Entwicklung generationsübergreifend sicherstellen zu können, muss mit den Grenzen der Natur verantwortungsvoll umgegangen werden.

Wir Freien Demokraten begrüßen und bekennen uns zu der Agenda 2030 und den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen vom 25. September 2015. Ziel der Agenda 2030 und den SDGs ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen, die Steigerung und Erhalt des Wohlstandes und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der intelligente Umgang mit Ressourcen in einer friedlichen und gerechten Sphäre. Die Mehrheit der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele bedarf ein koordinierendes Engagement der einzelnen Bundesländer und Kommunen und einer überregionalen Vernetzung. Auf Landesebene ist eine enge Verzahnung aller Politikfelder unumgänglich, um Benachteiligungen einzelner Stakeholder zu vermeiden und Wohlstand für alle zu schaffen, ohne unseren Planeten in Gefahr zu bringen. Nachhaltigkeit heißt keineswegs Verzicht oder Stillstand, sondern ein maßvoller Umgang mit Ressourcen, sodass diese Ressourcen und der erarbeitete Wohlstand generationsübergreifend Bestand haben.

Wir Freien Demokraten setzen uns deshalb für eine Nachhaltigkeitsstrategie in Bremen ein, welche insbesondere technologische Innovationen und Kreativität sowie intelligente Nutzungskonzepte von Ressourcen in den Mittelpunkt stellt. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein ideologiefreies Instrument zu Koordinierung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingun-

gen, ein Ordnungsrahmen für Freiheit und systemisch smartes Wachstum. Wir Freien Demokraten sehen eine liberale Ordnungspolitik als Grundlage für die Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen. Die Knappheit von Ressourcen soll, soweit möglich, über den Marktpreis wiedergespiegelt und beim Versagen und Auftreten von externen Effekten durch marktwirtschaftliche Instrumente innerhalb des Ordnungsrahmens und der Nachhaltigkeitsstrategie internalisiert werden. Mit einer liberalen Nachhaltigkeitsstrategie trägt das Land zur Generationengerechtigkeit, nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und Wohlstand sowie zur Minimierung langfristiger ökologischer Risiken bei.

Wir wollen ein senatorisches Ressort, das sowohl für Umwelt als auch für Nachhaltigkeit zuständig ist und als Koordinierungsstelle die Handlungsfelder der Nachhaltigkeitsstrategie bündelt und mit den anderen Ressorts auch überregional abstimmt. Wichtige Themenfelder für Bremen sind die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, eine nachhaltige Finanzpolitik, eine ideologiefreie moderne Verkehrspolitik, Forschung und Entwicklung für nachhaltige Innovationen, nachhaltige Personalgewinnung, der soziale Zusammenhalt, ein nachhaltiges Bildungs- und Gesundheitssystem sowie die nachhaltige Energieversorgung und der intelligente Ressourcenverbrauch.

Digitaler Fortschritt ist ebenso entscheidend für die nachhaltige Entwicklung wie Investitionen in moderne Infrastrukturen. Eine verantwortungsvolle Nachhaltigkeitsstrategie auf Landesebene ist unser Beitrag zur Lösung globaler Probleme und dient der Verbesserung des Lebens aller Menschen.

Hafenpolitik

Fast 80.000 Arbeitsplätze hängen im Land Bremen von den Häfen ab. Das ist jeder vierte Arbeitsplatz. Die Häfen in Bremen und Bremerhaven sind die Lebensader beider Städte. Damit das so bleibt, setzen wir neben einem unverhandelbaren Bekenntnis zur Weservertiefung konsequent auf Investitionen in die Hafeninfrastruktur und eine Verbesserung der Hafenhinterlandbindung. Wir setzen außerdem auf eine stärkere Kooperation der Häfen im Lande Bremen mit den anderen deutschen Seehäfen. Der Wettbewerb besteht nicht zwischen Bremen und Hamburg, sondern zwischen den norddeutschen Häfen und Häfen wie Rotterdam und Antwerpen.

Weservertiefung

Wir Freien Demokraten stehen zu der zentralen Funktion der Häfen für die Zukunft Bremens und Bremerhavens. Das Land Bremen lebt von seinen Häfen, ist Logistikkreuzung und der größte deutsche Umschlagshafen für Automobile. Damit das so bleibt, braucht Bremen die Vertiefung und den Ausbau der Weser – zur See und zum Binnenland. Nur so können die Häfen weiterhin Anlaufpunkt für die modernen Großschiffe bleiben und damit den Logistikstandort auch in Zukunft sichern.

Ausbau Hafeninfrastruktur

Bremen muss für den Erhalt der Hafeninfrastruktur investieren. Ein Sanierungsstau von mehreren hundert Millionen Euro zeigt die Dramatik des Problems. Wir dürfen unsere Käfen nicht verfallen lassen. Hier sind mehr Investitionen notwendig, um später höhere Kosten zu vermeiden. Im Zuge der Modernisierung der Handels- und Kreuzfahrtschiffe unterstützt die FDP die Einrichtung eines LNG-Terminals.

Hoheit der Häfen

Wir Freien Demokraten sind für klare Handlungsstrukturen einer einheitlichen Hafenpolitik für sämtliche Häfen des Landes. Die Verwaltungshoheit der Häfen ist der Stadt zuzuordnen, in deren geografischem Bereich sie sich befinden, um Hafen- und Gewerbegebiete sinnvoll miteinander koordinieren zu können.

Ausweitung der Hafenskapazitäten

Eine Ausweitung der Hafenskapazitäten insbesondere im Wachstumsmarkt „High and Heavy“, also Güter die sperrig oder besonders schwer sind, in Bremerhaven begrüßen wir Freien Demokraten. Voraussetzung ist, dass dieses Multifunktionsterminal, das auch die notwendigen Offshore-Windkraft-Teile umschlagen kann, privat betrieben wird.

Universalhäfen

Als Teil der Bundesrepublik Deutschland ist das Universalhafen-Prinzip für unser Land verpflichtend. Umschlagsverbote lehnen wir Freien Demokraten ab.

Hafenhinterlandanbindung

Die Bremischen Häfen müssen besser ans Hinterland angebunden werden. Hier wollen wir Freien Demokraten uns auch über das Hoheitsgebiet der Freien Hansestadt Bremen hinaus für einen Ausbau der Trassen auf Schiene und Straße einsetzen. Wichtigstes zu realisierendes Projekt auf der Schiene ist die ALPHA-E-Variante. Alle Strecken ab Bremerhaven sollen bis 2030 elektrifiziert sein und um mindestens ein Gleis erweitert werden. Die wichtigsten Projekte im Straßenbau sind die Küstenautobahn A20 und die B212 nach Niedersachsen. Auf Bremer Stadtgebiet muss der Ringschluss der A281 mit Wesertunnel und Anbindung an die A1 dringend umgesetzt werden.

Ausbau Mittelweser

Das Binnenschiff ist ein umweltfreundlicher Verkehrsträger. Im Gegensatz zu Straße und Schiene verfügt die Binnenschifffahrt noch über große verfügbare Kapazitäten. Um den Verkehrsträger Binnenschiff zu stärken und unsere Häfen nicht vom restlichen Wasserstraßennetz abzuhängen, setzen wir Freien Demokraten uns für den planfestgestellten Ausbau der Mittelweser ein. Wir begrüßen, dass der Bund auf dem Weg zum vollständig planfestgestellten Ausbau der Mittelweser weitere Schritte geht.

Norddeutsche Hafenkooperation ausbauen

Die Bremischen Häfen konkurrieren weniger mit Hamburg und Wilhelmshaven, als vielmehr mit Antwerpen und Rotterdam. Um gegen die Konkurrenz aus Benelux weiterhin zu bestehen und Marktanteile zurückzugewinnen, brauchen wir eine stärkere Kooperation der nordwestdeutschen Seehäfen.

Seewasseranschluss BWK-Gelände

Entlang der Unterweser in Höhe BWK-Gelände befindet sich ein Industrie-Gebiet mit Ansiedlungs-Potenzial, das durch eine entsprechende Investition in Kajen für Umschlag entwickelt werden könnte.

Wir fordern die flussseitige Erschließung des Gewerbegebietes für Seeschiffe, damit maritime Industrie-Produktion hier möglich wird.

Liberaler Verkehrspolitik für Bremen und Bremerhaven

Für uns Freie Demokraten sind der ÖPNV, Fuß-, Fahrrad- und Autoverkehr gleichberechtigt. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die ideologischen Auseinandersetzungen beendet werden und die einzelnen Verkehrsträger wieder ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden. Dafür wollen wir Bremen wieder stärker als Autostadt begreifen und sichergestellt, dass im Sinne der Ökologie und der Ökonomie der Verkehr fließt.

Wir setzen dabei auf Investitionen in die Infrastruktur und auf eine bessere Anbindung der jeweiligen Stadtteile. Wir werden uns für eine Stärkung der Bahninfrastruktur und insbesondere für eine Anbindung Bremerhavens ans Fernbahn-Netz einsetzen. Im Flughafen Bremen sehen wir großes Potenzial, daher werden wir den Investitionsstau am Flughafen auflösen und uns für mehr Wachstum stark machen.

Moderne Autostadt

Wir Freien Demokraten stehen dazu, dass Bremen und Bremerhaven Autostädte sind. Nicht nur die Infrastruktur ist auf Autos ausgerichtet, sondern mit dem Mercedes-Werk ist eine der größten Automobilfabriken der Welt in Bremen zu Hause. Wir wollen Bremen und Bremerhaven zu modernen Autostädten umgestalten, in denen sich auch Radfahrer und Fußgänger sicher bewegen können. Dazu wollen wir Car- und Ride-Sharing ausbauen und den Bereich des Car-Sharing für weitere Anbieter öffnen. Wir wollen die Infrastruktur für alternative Antriebe und autonomes Fahren schaffen und gleichzeitig ein Innovationscluster "Alternative Antriebe und autonomes Fahren" an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen etablieren.

Infrastruktur

Für uns Freie Demokraten gilt: Eine starke Verkehrsinfrastruktur setzt zunächst die ordnungsgemäße und nachhaltige Pflege von Straßen, Schienenwegen und Radwegen voraus. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur brauchen klare Prioritäten. Erhalt muss grundsätzlich Vorrang vor Aus- und Neubau haben.

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sowie eine intelligente Vernetzung der Verkehrsträger ermöglichen eine nachhaltigere Mobilität: umweltschonender, leiser und bezahlbar. Nachhaltige Verkehrspolitik erfordert auch, gerade bei größeren Projekten, eine frühzeitige, aktive und offene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Verkehr muss fließen

Wir Freien Demokraten setzen auf die Förderung des Verkehrsflusses. Dies reduziert auch die Umweltbelastungen durch Schadstoffe und Lärm. Durch die Prüfung von Verkehrszeichen und Ampeln auf Sinnhaftigkeit sowie die Ergänzung weiterer "grüner Pfeile" werden wir es den Verkehrsteilnehmern erleichtern, Fahrzeiten und Fahrwege zu verkürzen. Der

Liefer- und Handwerkerverkehr zum Endverbraucher muss gesichert, Anliegerinteressen und Wirtschaftsverkehr fair ausgeglichen werden. Wir brauchen ein leistungsfähiges Verkehrsnetz für den Gewerbe- und Durchgangsverkehr und keine Entschleunigung auf den Haupttangentialen. Wir wollen die „Grüne Welle“ auf Hauptverkehrsadern statt Fahrverbote.

Die Anschlussstelle Bremen-Nord in Fahrtrichtung Norden ist durch Änderung der Markierungen so zu ertüchtigen, dass von der mittleren Spur sowohl auf der A27 verblieben werden kann wie bisher, als auch die Autobahn verlassen werden kann.

An unfallträchtige Kreuzungen soll entsprechend der baulichen Möglichkeiten geprüft werden, ob Kreisverkehre geeignet sind, Unfallrisiken zu minimieren.

Überseestadt besser anbinden

Wir Freien Demokraten wollen die Anbindung des Ortsteils Überseestadt an die übrigen Ortsteile des Stadtteils Walle vorantreiben.

Die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Besucherinnen und Besucher des Ortsteils nutzen häufig einen PKW, um sich fortzubewegen. Zwar existieren im Ortsteil mittlerweile einige Parkhäuser und bewirtschaftete Parkplätze - allerdings werden diese wenig genutzt. Stattdessen werden alle Freiflächen dichtgeparkt. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Stadt ihren Einfluss auf die Betreiber der Parkangebote geltend macht, um günstigere Tarife zu gestalten. Für die Parkstreifen entlang der Straßen ist ein kostenfreies Parken für die ersten zwei Stunden anzustreben. Im Übrigen sind Polizei und Ordnungsdienst angehalten, die Überwachung des ruhenden Verkehrs auch in diesem Bereich durchzuführen. Es ist Aufgabe der Stadt zu prüfen, inwiefern Gleiskörper der Hafeneisenbahn noch genutzt werden und ob diese zurückgebaut werden können. Die Erschließungsstraßen der Überseestadt münden alle auf die Nordstraße/Hans-Böckler-Straße bzw. die Bundesstraße 6. Hier kommt es jeden Feierabend zu extremen Stausituationen. Auf der Nordstraße/Hans-Böckler-Straße sollten daher die Verkehrsanordnungen überprüft werden. Ziel sollte es sein, dass diese Straße schneller eine größere Menge an Verkehr aufnehmen kann. Wir setzen uns für den Neubau einer Weserbrücke in Verlängerung der Kommodore-Ziegenbein-Allee mit Anschluss an die Straße Zum Lankenauer Höft und den Neubau einer KFZ-Brücke mit einem Fahrstreifen je Richtung zwischen Eduard-Suling-Straße und Getreidestraße ein.

Die Freien Demokraten fordern die Stadt auf, alle Ampelschaltungen auf Optimierung des Verkehrsflusses hin zu untersuchen. Insbesondere in der Nacht können viele Ampeln abgeschaltet werden.

Für die ansässigen Gewerbebetriebe ist eine Belieferung mit LKW notwendig. Daher müssen die Bedürfnisse des LKW-Verkehrs in allen Planungen mitgedacht werden. Zurzeit hat die Überseestadt zwei gut ausgebaute Ein- und Ausfahrten für LKW. Aus Sicht der FDP reichen diese aus. Weitere für LKW befahrbare Straßen würden zu einer Mehrbelastung der örtlichen Anwohner führen und sind aus liberaler Sicht daher keine Option.

Der öffentliche Personennahverkehr erschließt den Ortsteil zurzeit mit einem Streckenabschnitt der Straßenbahn Linie 3 sowie den Buslinien 20 und 26, wobei auf der Strecke der Linie 26 lediglich die Endhaltestelle in der Überseestadt liegt. Die bisherigen Ideen des

Verkehrssenators überzeugen nicht. Eine neue Straßenbahnlinie ist zurzeit nicht erforderlich. Es müssen die vom Gleiskörper entfernten Teile der Überseestadt besser an den ÖPNV angebunden werden. Zentral für die Erschließung ist die Linie 20, da nur sie die entfernteren Teile des Ortsteils, wie zum Beispiel die Hafenkante, anfährt. Die Linie 20 sollte an der Haltestelle Bayernstraße enden. So kann mit annähernd gleichem Personal- und Materialeinsatz eine höhere Taktung erzielt werden. Eine komplette Streckensortierung, wie von der BSAG angedacht, führt nur zu zusätzlichen Kosten für eine Verlegung der betroffenen Haltestellen.

Ergänzend zum ÖPNV auf der Straße sollte geprüft werden, ob über die Einrichtung einer dauerhaften pendelnden Fähre, dem sogenannten Wasserbus, eine Entlastung des PKW-Verkehrs erreicht werden kann. Das bisherige Pilotprojekt muss ausgewertet werden. Die Fähre sollte den Bereich Überseestadt, Pier2/Waterfront und Woltmershausen miteinander verbinden. Diese Verbindung muss so attraktiv gestaltet werden, dass möglichst viele Pendler auf diese umsteigen. Dazu sind sowohl Preis- als auch Taktgestaltung von zentraler Bedeutung. In Hamburg beweist ein solches Angebot aktuell seine Leistungsfähigkeit.

Anschluss Innenstadt

Die Bremer Innenstadt ist beispielsweise mit seinem UNESCO-Weltkulturerbe „Rathaus und Roland“ ein wunderbarer Ort für Erlebnis und Shopping mit einer hohen Aufenthaltsqualität und sollte nachhaltig gestärkt werden.

Daher wollen wir Freie Demokraten, dass bei einer Neugestaltung der Domsheide die Gleise durch die Obernstraße/Hufilterstraße entfernt und in die Westerstraße verlegt werden. Zur Stärkung bisher abseitiger Nebenlagen wollen wir Kleinbusse oder People-Mover einsetzen, sodass ein neuer, entschleunigter Freiraum im öffentlichen Raum entsteht. Im Rahmen eines Kleinbus-Ringverkehrs soll es mehr Haltepunkte auf der Obernstraße/Hufilter Straße geben.

Wir Freie Demokraten wollen in diesem Zuge eine Neugestaltung des Brills und der Bürgermeister-Smidt-Straße in nördlicher Richtung. Der private Straßenverkehr soll nach der Brücke rechts und links in die Martini- bzw. Faulenstraße geführt werden. Nur der ÖPNV und Anlieger dürfen durch die entstehende beruhigte Zone weiter geradeaus in Richtung Hauptbahnhof fahren. In der Gegenrichtung soll der Autoverkehr rechts und links in die Straße am Wall abgeleitet werden.

Der durch die Sperrung autobefreite Teil der Bürgermeister-Smidt-Straße soll dann durch Bänke und Bäume zu einem fußgängerfreundlichen Boulevard umgestaltet werden, der nach dem vorgesehenen Abriss der verkauften Landesbausparkasse einen breiten, bequemen Übergang in das Faulenquartier bietet. Damit wird die schon lange beklagte Teilung der historischen Bremer Altstadt endlich überwunden und der jetzige Stadtkern erheblich erweitert. Der Boulevard könnte durch Öffnung des Erdgeschosses der Brillgarage für Geschäfte und Cafés sehr attraktiv werden.

Im Zuge der Führung des Autoverkehrs um die Bremer Altstadt herum wird das Ansgaritor zu einem Kreisverkehr für die Bürgermeister-Smidt-Straße aus Richtung Bahnhof, die Straße Am Wall sowie die Jacobi- und Ansgaritorstraße umgebaut, der Flyover für den Wall bleibt unverändert und die Straßenbahnen fahren wie am Stern mitten hindurch.

Der Brill soll durch den Fortfall des starken Autoverkehrs in Richtung Hauptbahnhof zu einem großzügigen Platz mit Aufenthaltsqualität und als wichtiger Kreuzungspunkt für die Straßenbahnen 1, 2 und 3 umgebaut werden.

Ringschluss A281

Wir Freien Demokraten wollen den Ringschluss der A281 schnellstmöglich verwirklichen, auch um den Verkehr gezielt zu kanalisieren und andere Straßen und deren Anwohner zu entlasten. Die A281 ist aus Sicht der Freien Demokraten ein vorrangiges und überfälliges Verkehrsprojekt. Das GVZ braucht seit Jahrzehnten diese Anbindung. Die Anwohner sind zunehmend genervt von der provisorischen Abfahrt an der Neuenlander Straße. Zudem benötigen wir den Wesertunnel. Durch den Autobahnring wird die Infrastruktur entscheidend verbessert. Am Runden Tisch wurde eine sinnvolle Lösung, ein tragbarer Kompromiss für die Neustadt und Obervieland gefunden. Woltmershausen, Seehausen und Strom benötigen auch eine Entlastung.

Lang-LKW zulassen

Lang-LKW haben sich im bundesweiten Feldversuch als ökologische Alternative für den Transport von leichten, großräumigen Waren erwiesen. Dazu können durch die Zulassung des kürzesten Lang-LKW (Typ 1, verlängerter Sattelaufleger) umständliche Sondergenehmigungsverfahren für 45 Fuß Container entfallen. Daher wollen wir Freien Demokraten Lang-LKW auf allen Bundesautobahnen und autobahnähnlichen Bundesfernstraßen in Bremen und Bremerhaven zulassen.

Sanierung von Straßen und Brücken

Wir Freien Demokraten werden den Sanierungsstau innerhalb von zehn Jahren abbauen. SPD und Grüne haben die Sanierung von Straßen und Brücken jahrelang systematisch vernachlässigt. Statt Provisorien und Flickschustereien wie bei der Stephani-Brücke wollen wir zügige Sanierungen, insbesondere der zentralen Infrastruktur wie der Weserbrücken und der A1 umsetzen. Aktuelle Sperrungen, wie bei der Lesumbrücke (A27), zeigen die ganze Dramatik der zurückgefahrenen Planungskapazitäten beim Amt für Straßen und Verkehr.

Wir wollen die Straßenbaustandards in Bremen überprüfen. Insbesondere die Gestaltung des Regenwasserablaufs/Bordsteins sowie der Radwege ist in Qualität und Material deutlich über den Standards anderer Städte und sollte auf das normale Maß zurückgeführt werden, um Sanierungen nicht unnötig zu verteuern.

Bremer ZOB

Durch die dynamische Entwicklung des Fernbusverkehrs, auch in und nach Bremen, hat der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) keine ausreichenden Kapazitäten mehr. Bremen braucht daher seit Jahren schon einen neuen ZOB, um an der weiteren Entwicklung partizipieren zu können und Fernbustouristen eine attraktive Ankunft in der Stadt zu bieten. Dieser muss

zentral gelegen sein und, im Sinne einer vernetzten Mobilität, gut für den ÖPNV und für überregionale Anbindungen erreichbar sein. Wir Freie Demokraten fordern, dass die entsprechenden Planungen unverzüglich umgesetzt werden.

Schienerverkehr Bremen-Bremerhaven

Beide Städte unseres Bundeslandes wollen wir Freie Demokraten besser über die Schiene verbunden haben. Aktuell wird die Verbindung im Rahmen einer Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) bis zum Jahr 2022 als Regio-S-Bahn RS2 von der NordWestBahn und als Expresskreuz RE8 und RE9 von DB Region betrieben. In der neuen Ausschreibung ab 2022 sind klimaneutralere Fahrzeuge, wie zum Beispiel ein Brennstoffzellenzug (vergleiche Alstom-Zug, Bremerhaven-Bremervörde-Buxtehude), zu berücksichtigen. Der Bahnsteig in Lehe ist auf 220m zu verlängern. Der Takt Regio-S-Bahn ist auf allen Linien tagsüber auf einen Halbstunden-Takt im Einzugsbereich der beiden Städte zu verdichten. Die RE-Züge und die Regio-S-Bahn sollen in der Hauptverkehrszeit beide Städte bedarfsgerecht im Halbstunden-Takt verbinden. Zusätzlich setzen wir uns für die Reaktivierung der Bahnhöfe Speckenbüttel und Columbusbahnhof (Kreuzfahrtterminal) in Bremerhaven ein, um diese mit ins Ausschreibungsverfahren aufzunehmen. Beide Bahnhöfe wollen wir mit fernverkehrstauglichen Bahnsteigen ausstatten. In Bremen sollen wir im Bereich der Universität einen neuen Bahnhof einrichten. Auch an den Bahnhöfen im Land Bremen wollen wir den Sanierungsstau abbauen.

Die Verbindungen für den Personenverkehr und dem zunehmenden Wirtschaftsverkehr (Autos und Container) werden derzeit über einen Flaschenhals geführt, der bereits heute überlastet ist. Vegesack und weiter Farge werden allein durch die RS 1 der Nordwestbahn bedient, die wegen der weitgehenden Eingleisigkeit sehr eingeschränkt leistungsfähig sind. Der Zustand der Gleise ist als prekär zu bezeichnen, weswegen häufig Reparaturen nötig sind. Diese an sich attraktive Verbindung nach Bremen ist dringend zu sanieren und Potentiale für zwei Gleise zu ermitteln. Dafür wollen wir uns beim Inhaber der Gleise einsetzen.

Eine Verlängerung der Straßenbahntrasse 2/10 von Gröpelingen zum Bahnhof Oslebshausen sehen wir Freien Demokraten als sinnvoll an, da die Buslinien in dem Maße verkürzt werden und Bürger der Region einen komfortableren Anschluss an die Regio S-Bahnen erhalten.

Der Engpass „Burger Brücke“ steht bereits seit Jahren zur Erweiterung an, aber das dritte Gleis fehlt noch immer.

Im Rahmen der Ertüchtigung des Bahnknotens „Bremen“ ist es dringend erforderlich, dieses Gleis auf einer verbreiterten Brücke zu bauen. Wir Freien Demokraten wollen uns bei der Deutschen Bahn dafür nachdrücklich einsetzen, da eine zu verbessernde Anbindung von Vegesack und Farge nicht anders umsetzbar ist.

Bremerhaven ans Fernbahnnetz

Die Anbindung Bremerhavens an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn ist unzureichend. Wir Freien Demokraten wollen, dass Bremerhaven wieder ans Fernverkehrs-Netz angebunden wird. Zudem soll das Kreuzfahrtterminal kurzfristig (spätestens ab 2022) in

das deutsche Fernverkehrsnetz aufgenommen werden und der Gleisanschluss elektrifiziert werden.

Lärmschutz an den Bahnstrecken

Durch die starke Zunahme des Schienengüterverkehrs ist die Lärmbelastung vieler Bürgerinnen und Bürger entlang der Schienenwege extrem gestiegen. Weniger Lärm bei mehr Verkehr ist dank technischer Entwicklungen aber heute möglich. Ein ehrgeiziger und ausgewogener Ansatz muss auf Lärmvermeidung an der Quelle (Emission) durch neue Technologie, den aktiven Lärmschutz auf dem Ausbreitungsweg (Transmission) und auf Lärmschutz an Häusern (Immission) setzen.

Wir Freien Demokraten halten daher am Ziel fest, den Schienengüterverkehrslärm durch die Umrüstung aller Güterwaggons mit sogenannten Flüsterbremsen deutlich zu reduzieren. Geplante Lärmschutzwände müssen so schnell wie möglich errichtet werden.

Stadtbusse und Straßenbahnen / Park & Ride

Wir Freien Demokraten wollen eine deutliche Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erreichen. Dazu gehören Taktverdichtungen im Bus- und Straßenbahnverkehr, die Anpassung an die verlängerten Ladenöffnungszeiten in den Innenstädten, insbesondere abends und an den Wochenenden, sowie die Einrichtung beziehungsweise bedarfsgerechte Erweiterung von Park-and-Ride-Systemen. Wir unterstützen den Vorschlag der Handelskammer, im Innenstadtbereich den ÖPNV kostenfrei zu stellen. Sie stellen eine sinnvolle und nützliche Verbindung von Individualverkehr und ÖPNV dar. Hier müssen Standorte gefunden, Konzepte entwickelt und Ideen verwirklicht werden.

Fahrradverkehr

Wir Freien Demokraten wollen den Fahrradverkehr in Bremen und Bremerhaven sicherer machen. Daher setzen wir uns dafür ein, das Konzept der klaren Trennung unterschiedlich starker Verkehrsteilnehmer konsequent zu verfolgen. Wenn Straßen saniert werden, sollen wo möglich separate Fahrradwege entstehen. Fahrradstraßen, die bei vielen Radfahrern zu einem Gefühl der Unsicherheit führen, werden so überflüssig.

Außerdem wollen wir in den Fußgängerzonen in Bremen und Bremerhaven, die breit genug sind, das Fahrradfahren mit der Maßgabe der gegenseitigen Rücksichtnahme als Test zunächst befristet freigeben.

Luftverkehr und Flughafen

Bremen ist ein traditionsreicher und erfolgreicher Luftverkehrsstandort. Der City Airport Bremen ist schnell von der Innenstadt zu erreichen und stark frequentiert. Rund um den Flughafen haben sich in der Airport-Stadt über 500 Unternehmen mit mehr als 16.000 Mitarbeitern angesiedelt. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und dabei auch

berechtigte Anwohnerinteressen wahren. Lärmschutz und eine weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens sind dank leiserer Flugzeuge und bei Nutzung geeigneter Anflugrouten möglich.

Wir Freien Demokraten stehen grundsätzlich zum Nachtflugverbot. Zugleich muss sich der Flughafen Bremen bedarfsgerecht weiterentwickeln können. Daher werden wir prüfen, ob während der Sommerferienzeit die Betriebszeiten um eine Stunde vorverlegt werden können.

Des Weiteren setzen wir Freie Demokraten uns für die Abschaffung der Luftverkehrsabgabe ein.

Wir Freie Demokraten wollen den Investitionsstau am Flughafen auflösen und in die Zukunft des BRE investieren.

Freiheit braucht Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

Für uns Freie Demokraten hat die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger höchste Priorität. Statt auf populistische Maßnahmen wie die flächendeckende Videoüberwachung setzen wir auf eine bessere Ausstattung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Die Zielzahl bei der Polizei wollen wir auf 2.900 in Bremen und 540 in Bremerhaven anheben und die Polizei endlich mit modernem technischen Equipment auszustatten. Bei der Anwendung des Rechtsstaats setzen wir auf schnellere Verfahren, damit zwischen Tat und Urteil nicht mehr so viel Zeit vergeht.

Wir wollen außerdem das Hundegesetz modernisieren und die Rasseliste abschaffen. Stattdessen setzen wir auf das erfolgreiche niedersächsische Modell, in dem jeder Hund individuell einem Wesenstest unterzogen wird und die Halter einen Hundeführerschein machen müssen.

Ausstattung der Polizei verbessern

Um angesichts veränderten Bedrohungslagen und der vielen Überstunden der Polizisten die Sicherheit zu gewährleisten, fordern wir Freien Demokraten, die Personalstärke der Polizei planvoll bis auf 2.900 in Bremen und 540 in Bremerhaven anzuheben. Die entsprechende Nachwuchsausbildung und die Besetzung aller Stellen hat daher Priorität. Bremen als zukunftsorientiertes Bundesland braucht eine moderne und mit besten Sachmitteln und einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur ausgestattete Polizei, die eine wirksame und zügige Aufgabenerfüllung im Interesse aller Bürger sicherstellt und von aufgabenfremden und bürokratischem Ballast befreit wird. Für seine Bürger und alle Besucher müssen Bremen und Bremerhaven sichere Städte sein. Wir Freien Demokraten setzen uns daher für eine bürgernahe Polizei ein, die auch auf den vorhandenen Revieren in den Stadtteilen ansprechbar bleibt. Ferner sind Kontaktpolizisten als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unerlässlich. In der Polizeiverwaltung muss geprüft werden, welche Aufgaben weiterhin von Polizistinnen und Polizisten durchgeführt werden müssen und welche Aufgaben auch Verwaltungspersonal übernehmen kann.

Verurteilung von Straftätern

Wir Freie Demokraten möchten die Polizei im Kampf gegen das Verbrechen bestmöglich unterstützen. Kriminelle, vor allem Intensivtäter, sind mit Nachdruck zu verfolgen, zu stellen und rasch zu verurteilen. Auch die Behinderung von Helfern muss unnachlässig bestraft werden. Der Opferschutz steht für uns klar im Vordergrund. Zu diesem Zweck müssen die Rechte der Opfer gestärkt werden. Eine schnelle und gerechte Verurteilung von Straftätern dient auch als Motivation für die gut ausgebildeten Beamtinnen und Beamte im Land Bremen. Dazu wollen wir besonders beschleunigte Verfahren einführen, damit Gerichte schnell entscheiden. Auch Täter, deren Straftaten sich auf das Internet beziehen, müssen zukünftig härter bestraft werden.

Verhinderung von Brennpunkten

Unsere Bevölkerungsstruktur befindet sich im Wandel, nicht zuletzt in Folge der demografischen Entwicklung, aber auch durch die Zuwanderung aus dem EU-Raum, asylsuchende Flüchtlinge und weitere Gruppen. Bremische Politik muss vor diesem Hintergrund, wie die Politik in anderen Großstädten auch, stets darauf achten, sozial ausgewogene Verhältnisse zu fördern. Wir Freie Demokraten wollen dem Bestand, beziehungsweise auch schon der Entstehung von Brennpunkten entgegenwirken, wofür der Staat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen muss. Maßnahmen sind beispielsweise die Verbesserung der Infrastruktur, die Wahrnehmung der Möglichkeiten aus Bebauungsplänen, erhöhte Polizeipräsenz und ebenso verstärkter Austausch zwischen den Vertretern der öffentlichen Verwaltung, der Polizei und den Bewohnern der betreffenden Bereiche. Nur so kann das Sicherheitsniveau im Land Bremen insgesamt kontrollierbar gehalten werden.

Gegen Waffenverbot und anlasslose Videoüberwachung

Wir Freien Demokraten sprechen uns klar gegen Waffenverbotszonen und eine vermehrte anlasslose Überwachung durch Kameras aus. Diese Schritte tragen allenfalls zur Verschiebung von Gefahrenschwerpunkten bei, besitzen in der Regel aber nur Symbolcharakter und führen nicht zu einer tatsächlichen Senkung der Kriminalitätsrate. Anlassbezogene, mit Personal hinterlegte Videoüberwachung und unmittelbar folgendem polizeilichen Einschreiten an Gefahrenschwerpunkten unterstützen wir.

Die anlasslose Überwachung von Bürgern auf digitalem Wege lehnen wir Freie Demokraten rigoros ab. Die Freiheit der Privatsphäre einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers sollte bei deren Gestaltung weitest möglich ihr oder ihm selbst überlassen bleiben und nicht unangemessen vom Staat angegriffen werden.

Prävention in den Fokus

Sicherheit in den Stadtteilen kann nicht allein durch die Polizei gewährleistet werden. Hierzu gehört auch die Förderung der Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen, die im Bereich der Gewalt- und Kriminalprävention tätig sind. Hinzu kommt mehr und bessere Beratung der Bürgerinnen und Bürger durch die Polizei. Wir Freien Demokraten setzen uns für eine übergreifende Schul-, Jugend- und Sozialpolitik ein, die darauf hinwirkt, dass eine kriminelle Laufbahn für Jugendliche ausgeschlossen wird.

Zivilcourage

Wir Freien Demokraten setzen auf Mitbürgerinnen und Mitbürger, die bei Straftaten nicht wegsehen, sondern umsichtig und helfend eingreifen. Zivilcourage innerhalb der Bevölkerung hält viele potentielle Täter von einer Straftat ab. Wir wollen eine „Kultur des Hinsehens“ etablieren, indem wir in den öffentlichen Schulen anhand von lebensnahen, kritischen Beispielen Strategien zum Handeln und zur Deeskalation vermitteln.

Feuerwehr

Für die Sicherheit in den Stadtteilen sorgen nicht nur Polizei und Justiz sondern auch die Feuerwehren, sowohl in Form der Berufs- als auch der Freiwilligen Feuerwehr. Sie leisten bei Bränden, Unfällen und anderen Katastrophenfällen eine hervorragende Arbeit. Ihr Einsatz ist für Städte wie Bremen und Bremerhaven, mit ihren Häfen, ihrer Industrie und dem damit verbundenen erheblichen Gefahrenpotential unverzichtbar. Wir Freien Demokraten machen uns für die bestmögliche Förderung dieses herausragenden Engagements stark. Dies gilt besonders für die kontinuierliche technische Modernisierung der Ausrüstung und des Fuhrparks anhand von Brand- und Rettungsmittelbedarfsplänen, aber auch für eine hinreichende Abdeckung der Stadtgebiete mit Feuerwachen bei entsprechend notwendiger Besetzung. Die persönliche Schutzausrüstung muss neusten Sicherheitsanforderungen genügen. Dabei sind insbesondere die Freiwilligen Feuerwehren zu unterstützen, damit deren Bestand und das mit ihnen verbundene ehrenamtliche Engagement und ihr Beitrag zum Brandschutz langfristig gesichert werden kann.

Wir halten ein Brandschutzziel von zehn Kräften in acht Minuten für richtig.

Wir unterstützen daher den Neubau der Feuerwachen im Bremer Osten, in Obervieland und im Norden von Bremerhaven, sowie die Besetzung entsprechender fehlender Stellen bei den Berufsfeuerwehren.

Das Strukturkonzept mit den Freiwilligen Feuerwehren, insbesondere Erneuerung von Wachen und Fahrzeugpark, ist mit Nachdruck umzusetzen.

Ausreichende Ausstattung in der Justiz

Die Gerichtsbarkeit ist eine hoheitliche Aufgabe. Hier machen wir Freie Demokraten uns dafür stark, dass die Justiz personell stets ausreichend ausgestattet ist und ihr alle erforderlichen Sachmittel, besonders aus dem Bereich EDV, zur Verfügung stehen, auf die eine moderne Justiz angewiesen ist. Die Vergütung und Besoldung ist konkurrenzfähig auszugestalten.

Schiedsgerichtsverfahren in Bremen

Wir Freie Demokraten wollen dem Justizstandort Bremen national und international, beispielsweise im Rahmen von Schiedsgerichtsverfahren, zu mehr Anerkennung verhelfen. Das fördert den Ruf Bremens, welcher ein wesentlicher Baustein für die Wahrung der Selbstständigkeit unseres Bundeslandes ist.

Jugendliche Intensivtäter verhindern

Wir Freie Demokraten wollen Jugendkriminalität schneller und wirkungsvoller bekämpfen. Zu den staatlichen Kernaufgaben gehört eine funktionierende rechtsstaatliche Ordnung, die auch den Schutz und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten hat. In der Wahrnehmung dieser Bürger, beeinflusst durch die hohe Anzahl von Straftaten in Bremen, ausgeführt von Jugendlichen, unter ihnen auch sogenannte Intensivtäter mit

Einbruchdiebstählen und Gewaltdelikten, wird diese Aufgabe aktuell nicht erfüllt. Wir wollen, dass der Staat hier seiner Aufgabe wieder gerecht wird.

Jugendstrafrecht

Wir Freien Demokraten wollen den Erziehungscharakter des Jugend(straf-)rechts durch möglichst frühzeitige und nachhaltige, präventiv wirkende Maßnahmen ergänzen.

Sanktionsmöglichkeiten im Jugendgericht

Wir Freien Demokraten wollen die Sanktionsmöglichkeiten für das Jugendgericht erweitern. Bei jugendlichen Wiederholungstätern ist, zur Verhinderung einer kriminellen Karriere und zur generalpräventiven Abschreckung im Einzelfall, die Dauer des Arrests auf drei Monate verlängerbar zu gestalten. Darüber hinaus ist die Funktion des Warnschussarrestes, der neben einer Freiheitsstrafe auf Bewährung ausgeworfen werden kann, hinsichtlich seiner bisherigen Wirkungen konsequent durchzuführen. Eine Verlängerung der Jugendstrafe über zehn Jahre hinaus lehnen wir ab.

Beschleunigung von (Jugend-)Strafverfahren

Wir Freie Demokraten wollen schnellere Strafverfahren. Nach Entdeckung von Tat und Täter ist sicherzustellen, dass insbesondere jugendliche Täter unverzüglich dem Jugendrichter zur Ahndung seines Vergehens gegenüberzutreten hat. Eine schnelle staatliche Reaktion auf kriminelles Verhalten hat die höchste Wirkung auf Täter und Allgemeinheit und verhindert am effektivsten weitere Taten. Um die nötige Beschleunigung zu erwirken, ist eine bessere Vernetzung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendbehörden und Jugendgerichten herzustellen. Dies kann auch räumlich durch ein „Haus des Jugendrechts“ erreicht werden.

Erziehungsrichter

Wir Freie Demokraten wollen in Bremen die Position des Erziehungsrichters einführen. Die Einrichtung von Erziehungsrichtern - durch Erweiterung der Aufgaben der Jugendrichter sowie deren Fortbildung - ermöglicht es, familienrechtliche und jugendrechtliche Sachverhalte in einer Hand zu bündeln. Auf diese Weise kann bei noch nicht strafmündigen Tätern bereits im Rahmen des Jugendstrafrechts erzieherischer Einfluss ausgeübt werden. Falls mehrere Personen aus der Familie in die Problematik einbezogen sind, kann so auch auf sie gerichtlich eingewirkt werden, beispielsweise durch die Unterstützung der Eltern oder Geschwister sowie durch Maßnahmen zur Abwendung von Gefährdungen des Kindes oder des Jugendlichen selbst.

Durch den Erziehungsrichter kann so frühzeitig Auffälligkeiten in der Entwicklung entgegen gewirkt werden, beziehungsweise können diese korrigiert und kriminelle Karrieren verhindert werden.

Beschleunigte Zivilgerichtsverfahren

Wir Freie Demokraten wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen der Gerichtsbarkeit auf möglichst zeitnahe Verhandlungen verlassen können. Daher sind die Strukturen der Bremischen Justiz grundsätzlich auf ihre Effizienz hin zu prüfen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um unverhältnismäßige zeitliche Verzögerungen in der Rechtsprechung zu verhindern.

Sicherheit im Netz

Wir Freien Demokraten sprechen uns klar gegen eine übermäßige Überwachung des Bürgers im Internet aus. Eine pauschale Vorratsdatenspeicherung beispielsweise, lehnen wir mit Nachdruck ab. Trotzdem müssen Polizei und Justiz auch gegen neue, durch das Internet entstehende Gefahren gewappnet werden. Immer mehr persönliche Daten, aber auch Alltagsprozesse im öffentlichen Leben und in der Industrie, werden über das Netz kommuniziert. Dabei entstehen in steigendem Maße Probleme beim Missbrauch von persönlichen Daten, wie etwa Betrug über Identitätsdiebstahl oder massives Mobbing. Auch andere Bereiche, beispielsweise Verkehrsinfrastrukturen, Energienetze und Fertigungsanlagen, werden zunehmend über das Internet angreifbar. Hier gilt es, entsprechend ausgebildete Spezialeinheiten bei der Polizei zur Ermittlung zu unterhalten -aber auch die Gerichte entsprechend fortzubilden, damit bestehende Rechtsprechung im Internet angewendet werden kann. Mit Blick auf die Dezentralität des Internets, sollten auch Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den Behörden anderer Länder genutzt und gemeinsame Kompetenzzentren gebildet werden. Entsprechend zur Verfügung zu stellende Haushaltsmittel können so möglichst effizient und effektiv genutzt werden.

Novellierung des Bremer Hundegesetzes

Wir Freien Demokraten befürworten ein Hundegesetz, welches die Gefahr im Umgang mit allen Hunderassen berücksichtigt. Für die Sozialisierung und Tierschutzaspekte, und somit auch die Gefährlichkeit der Hunde für ihre Umgebung, ist ihr jeweiliger Halter verantwortlich. Ein den derzeit in Bremen verbotenen Rassen zugehöriges Tier kann sehr wohl zu einem zuverlässigen und sozialverträglichen Begleiter erzogen werden. Ebenso, wie ein einer vermeintlich harmlosen Rasse angehöriges Tier, zu einer Gefahr für alle und auch sich selbst getrimmt werden kann. Ein Hundegesetz hat sich daher entsprechend auf die Verantwortung des Halters und nicht die Rasse des Hundes zu fokussieren.

Ein Sachkundenachweis der Halter über die Befähigung zum artgerechten Halten und Führen von Hunden, bereits vor der Erstanschaffung eines Hundes ist nach Ansicht von uns Freien Demokraten auch im Land Bremen notwendig. Auf diese Weise wird nicht nur die Sicherheit unserer Bürger gefördert, sondern auch der Tierschutz. Der Erwerb eines Sachkundenachweis ist, unter Berücksichtigung der Belastung von Hundehaltern durch Hundesteuer und Versicherung, möglichst kostengerecht und unbürokratisch zu gestalten.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, wo freie Naturflächen in Bremen und Bremerhaven als Hundefreilaufflächen gestaltet werden können, ggf. auch eingezäunte Flächen. Hunden soll ein artgerechter Auslauf ermöglicht werden, ohne dass deren Halter das Stadtgebiet verlassen oder hohe Strafen fürchten müssen.

Schnelleres Bauen, besseres Wohnen und eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung

Der mit Abstand größte Kostentreiber beim Bauen und Wohnen war in den vergangenen Jahren der Staat, der mit zu vielen bürokratischen Vorgaben immer wieder für unnötige Preissteigerungen sorgte. Damit wollen wir Schluss machen und so kostengünstigen Neubau ermöglichen. Mit der Digitalisierung und der Verschlinkung der Bau-Fachverfahren werden wir die Ausweisungen und Genehmigungen von Baugebieten massiv beschleunigen.

Wir wollen für das erste selbstgenutzte Wohneigentum einen Wegfall der Grunderwerbsteuer und wir werden die gescheiterte Mietpreisbremse abschaffen. Um die Markttransparenz zu erhöhen, werden wir einen landesweiten Mietspiegel einführen.

Wir Freien Demokraten werden die Oberzentren Bremen und Bremerhaven sowie die gewachsenen Mittelzentren in Bremen-Nord attraktiver machen: Wir treten für eine Stärkung der Stadtteile ein, inklusive Schaffung dezentraler Behördenstrukturen, um die Wege für die Bürgerinnen und Bürger kurz zu halten und schaffen finanzielle Anreize sowie eine entsprechende Infrastruktur, damit junge Familien in überalternde Stadtteile ziehen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Schaffung und Modernisierung seniorengerechten, barrierefreien Wohnraums ein, um älteren Mitbürgern möglichst lange das selbstbestimmte Leben in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu ermöglichen. Wir setzen uns für öffentliches und privates Grün sowie der besonderen Situation der Bremer Kleingartengebiete ein und schaffen durch Verschärfung von Bußgeldern ein sauberes und gepflegtes Erscheinungsbild in allen Ortsteilen Bremens und Bremerhavens.

Wir wollen ein ausgezeichnetes und attraktives Wohnumfeld für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes.

Oberzentren Bremen & Bremerhaven

Als Großstädte haben Bremen und Bremerhaven eine besondere Funktion für ihr Umland und bieten nicht nur Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, sondern auch Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten und ärztliche Versorgung durch Krankenhäuser und Ärztezentren. Beide Städte sind wichtige Verkehrsdrehscheiben für die Region. Senat und Magistrat stehen in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass beide Großstädte leistungsfähig bleiben und ihre Aufgaben als Oberzentren wahrnehmen können. Wir Freien Demokraten wollen, dass Bremen und Bremerhaven ihre Funktionen als Oberzentren in der Metropolregion ausfüllen und die dafür nötige Infrastruktur vorhalten, besser pflegen und deutlich verbessern.

Die Innenstadtentwicklung der Oberzentren Bremen und Bremerhaven ist uns dabei ein besonderes Anliegen und wird von uns als zentrale Aufgabe angesehen. Wir Freien Demokraten begrüßen und unterstützen ausdrücklich das Engagement von Investoren, die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen. Die angedachten baulichen Veränderungen sind derart massiver Natur, dass sie das Stadtbild des Zentrums stark beeinflussen können. De-

shalb werden wir Freie Demokraten uns für eine größtmögliche Transparenz der Pläne vor Erteilung der Baugenehmigungen einsetzen.

Seit einigen Jahren haben attraktive Oberzentren wieder eine hohe Anziehungskraft. Diese auszubauen und zukünftig weiter mit Leben zu erfüllen, ist unser Ziel. Unsere Überzeugung ist es, dass eine Stadt von der ständigen dynamischen und kreativen Erneuerung sowohl im Bereich des Wohnens und der Kultur als auch der Wirtschaft lebt und profitiert. Diese Erneuerungsprozesse müssen von Bürgerschaft und Senat nachhaltig gefördert werden. Dies ist für Lebensqualität, Beschäftigung und Wohlstand unerlässlich.

Starke Stadtteile

Wir Freien Demokraten treten zugleich für die Stärkung dezentraler Strukturen in Bremen und Bremerhaven ein, die den einzelnen Stadt- und Ortsteilen die größtmögliche Entfaltungsfreiheit erlauben.

Durch Baurecht und Ansiedlungspolitik ist dafür zu sorgen, dass die einzelnen Stadtteile über örtliche Nahversorgungsstrukturen verfügen. Hiermit wird beispielsweise auch älteren Bürgern die Möglichkeit geboten, Einkäufe auf kurzen Wegen zu tätigen. Wir wollen die einzelnen Stadtteile stärken, indem Baumaßnahmen gefördert werden, die auch der Bevölkerungsentwicklung entsprechen. Die Zurverfügungstellung von städtischem Grund und Boden ist eine weitere Maßnahme, die wir zur Stärkung der Stadtteile fördern wollen.

Mit der Stärkung der Stadtteilzentren wird ein erhöhtes Verkehrsaufkommen vermieden und einer Zersiedlung entgegengewirkt.

Ein gutes Beispiel für die Stärkung der Stadtteile ist Vegesack. Vegesack stellt als Mittelzentrum einen herausgehobenen Standort für die Region im Bremer Norden inklusive benachbarter Gebiete dar.

Wir fordern, dass Vegesack in seinen oberzentralen Funktionen weiter gestärkt wird und die Stadtteile Blumenthal und Lesum analog nicht den Anschluss an die allgemeine Entwicklung verlieren.

Die bisherigen Bemühungen des Bremer Senats haben den Niedergang des Standortes für Gewerbe-Ansiedlungen nicht bremsen können. Es wurden sogar der Teilstadt Bremen-Nord wichtige öffentliche Dienststellen entzogen, so dass für diese Bremer Verwaltungswege länger sind.

Dem wollen wir durch neue Impulse Einhalt gebieten und insbesondere den Wohnort durch kurze Wege wieder attraktiver machen.

Ausweisung von Baugebieten

Die Ausweisung attraktiver Bauflächen in Bremen wurde bisher unnötig lange verzögert. Durch transparente Digitalisierung der zugrundeliegenden Fachverfahren werden wir die Bearbeitungszeiten massiv verkürzen und eine schnellstmögliche Ausweisung weiterer attraktiver Baugebiete, sowohl für den Geschosswohnungsbau (Miet- und Eigentumswohnungen) als auch für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern erreichen. Nur durch eine echte Beschleunigung der Planverfahren wird auch jüngeren Familien der Zuzug

beziehungsweise der Verbleib in Bremen und Bremerhaven ermöglicht. Bremen soll bei der Neuschaffung von Stadtteilen bzw. Baugebieten eine Leuchtturmfunktion einnehmen.

Attraktivere Wohngebiete

Wir Freien Demokraten wollen die Attraktivität bereits vorhandener Wohngebiete wieder steigern. In vielen einst gefragten Stadtteilen Bremens und Bremerhavens ist eine schlechende Vergreisung ohne ausreichende Infrastruktur festzustellen. Wir wollen die Grundsteuer auf das Durchschnittsniveau der Umlandgemeinden einpendeln, umso die Folgekosten von Eigentumserwerb zu reduzieren und einen echten Wettbewerb zwischen den Kommunen zu ermöglichen. Wir Freien Demokraten werden zeigen, dass Ökologie und technischer Fortschritt sich gut ergänzen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in einem der großen geplanten Wohnbebauungsgebiete ein Leuchtturmprojekt entsteht. Wir werden PKW-Parkflächen am Rande dieser Gebiete ausweisen und diese Gebiete per neuer Technologie wie zum Beispiel RoboBussen in hoher Taktfrequenz an den ÖPNV anbinden. Ein solches autofreies Wohngebiet erhöht die Lebensqualität und reduziert Abgase. Insbesondere junge Familien werden sich motiviert fühlen, in der Stadt statt außerhalb von Bremen zu wohnen.

Schnellere Genehmigungsverfahren

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass der Staat die Menschen und Unternehmen, die in unseren Städten investieren wollen, beim Bauen unterstützen muss. Deswegen wollen wir die Baugenehmigungsverfahren durch offene, digitale Schnittstellen beschleunigen. Die schnelle Erteilung von Baugenehmigungen ist ein entscheidender Faktor, der maßgeblich zur Attraktivitätssteigerung des Standorts für Investoren und Bauherren beiträgt. Wir wollen daher, dass unsere Bauämter statt Aktenbergen aus Papier Bauanträge und -genehmigungen komplett digital verarbeiten. Das Baugenehmigungsverfahren soll dabei über eine webbasierte, barrierefreie Plattform und einen virtuellen Projektraum abgewickelt werden, wo nicht nur Antragsteller und Behörden, sondern auch weitere Dienststellen und Projektbeteiligte Dokumente einstellen und austauschen können. Ein solches Verfahren erhöht die Transparenz, verkürzt den Beratungs- und Kontrollaufwand und damit die Bearbeitungszeit deutlich. Darüber hinaus entfallen sowohl die Kosten für Papier und Druck als auch für Porto- bzw. Transportkosten.

Schließung Grauwalledeponie

Speckenbüttel ist ein hochwertiges Wohngebiet in Bremerhaven. Durch die Sicherung des Deponiekörpers und Schließung der Deponie "Grauwall" für Gift- und Fremdmüll wollen wir Freien Demokraten das Wohnen in der Umgebung des Wellnessparks Speckenbüttel gesünder machen. Umweltschäden, insbesondere Grundwasservergiftungen, müssen verhindert werden.

Altengerechtes Wohnen

Wir Freien Demokraten setzen uns für die Schaffung von Wohnraum ein, welcher das Älterwerden der Bevölkerung berücksichtigt und ein Zusammenleben von Jung und Alt sowie Menschen mit Handicaps ermöglicht.

Für unsere Forderung nach einer aktiven, selbstständigen und souveränen Teilnahme von Seniorinnen und Senioren am Leben im Land Bremen, ist die Qualität des Wohnumfelds maßgeblich. Sie entscheidet über die Chancen für ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden, auch bis ins hohe Alter. Wir halten es daher für erforderlich, die Stadt durch gezielte Strategien in den Bereichen Wohnungsbau, Stadtentwicklung, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Sozial- und Kulturpolitik sowie Bildung, Sport und Freizeit, altengerecht und somit zukunftsfähig zu gestalten.

Um es älteren Menschen zu erleichtern, möglichst bis an ihr Lebensende den Komfort und die Vertrautheit ihres eigenen Zuhauses genießen zu können, machen wir uns dafür stark, dass Vermieter, die altengerechte Wohnungen und Hilfen planen und anbieten, unterstützt werden. Auf diese Weise wollen wir ein einträchtiges Zusammenleben der verschiedenen Generationen zukünftig sichern.

Städtischer Grund und Boden sowie attraktive Baugebiete sollen gemäß unserer Forderung nach Wohnformen, welche das generationsübergreifende Zusammenleben von Familien und anderen Gemeinschaften fördern, auch für derartige Projekte bereitgestellt werden.

Wohnungsbau und Erhalt von Wohnraum

Bremen und Bremerhaven brauchen dringend Flächen für den Wohnungsneubau. In Bremerhaven wollen wir ein attraktives und grünes Einfamilienhausgebiet „Neue Aue“ schaffen. Der Erhalt und die Instandsetzung unserer Bestandsimmobilien darf nicht aus dem Auge verloren werden. Immer neue Baustandards bei ständig steigenden Bau- und Materialkosten, immer mehr Nachrüst- und Wartungspflichten sowie ständig steigende Steuern und Abgaben belasten insbesondere die vielen privaten Kleinvermieter, die auch in Bremen und Bremerhaven den größten Teil des Wohnungsbestandes finanziert haben. Investitionen bleiben bei unsicheren Rahmenbedingungen aus oder werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Die für Modernisierungs- und Instandhaltungsinvestitionen notwendigen Bruttorenditen sind häufig nicht mehr ausreichend.

Zur schnellen Schaffung neuen Wohnraums und perspektivischen Senkung von Immobilienpreisen im Eigentums- und Mietsegment fordern wir Freien Demokraten, bestehende Baustandards zu hinterfragen, unnötige Vorschriften abzuschaffen und die einmaligen und laufenden Kaufnebenkosten spürbar zu senken.

Eigentum aus staatlichen Wohnungsbaugesellschaften

Angesichts der aktuell niedrigen Zinsen besteht auch die einmalige Möglichkeit der Eigentumsbildung in privater Hand durch Veräußerung von Wohnungen der Gewoba und StäWoG an die jeweiligen Mieter - auch über Mietkauf. So können wir Freien Demokraten

Menschen bei ihrer Zukunftsvorsorge helfen. Die zusätzlichen Einnahmen sollten gezielt der Wohnungsbauförderung und Erschließung neuer Wohngebiete zugutekommen.

Senkung von Grunderwerbs- und Grundsteuer

Junge Familien sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Es muss jungen Familien - wie in vorherigen Generationen auch - möglich sein, sich durch den Erwerb von Wohneigentum nicht nur ein Zuhause zu schaffen, sondern mit dem Ziel des mietfreien Wohnens auch für das Alter vorzusorgen. Um sie zu entlasten, fordern wir Freien Demokraten eine Grunderwerbsteuerfreiheit für das erste selbstgenutzte Wohneigentum bis zu einer Höhe von 500 000 Euro. Zudem fordern wir eine Überprüfung, ob und inwieweit die Grunderwerbsteuer und die Grundsteuer im Zuge der Neugestaltung gesenkt werden können.

Abschaffung Mietpreisbremse

Die Mietpreisbremse ist ein untaugliches Instrument. Sie verhindert bzw. schränkt den Umfang von Investitionen ein und hat sich gleichzeitig als funktionslos erwiesen. Wir Freien Demokraten lehnen die Mietpreisbremse daher ab.

Soziale Marktwirtschaft in der Wohnungswirtschaft

Wir werden uns stattdessen dafür einsetzen, dass in Zukunft in der Wohnungswirtschaft wieder die Kriterien der sozialen Marktwirtschaft gelten. Das ist der beste Garant für eine gute Wohnraumversorgung.

Mietspiegel für Bremen

Wir Freien Demokraten wollen, dass Bremen dem Beispiel Bremerhavens folgt und endlich einen Mietspiegel erstellen lässt, der Mieter und Vermieter jederzeit transparent Auskunft darüber gibt, wie der durchschnittliche Mietpreis einzelner Gebiete liegt und wo sich die eigene Immobilie einordnet. Mehr Markttransparenz hilft Mietern und Vermietern gleichermaßen und verhindert, dass überhöhte Mieten gefordert werden.

Kleingärten

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass die im Land Bremen funktionierenden Kleingartengebiete als Bestandteil des öffentlichen Grüns auf ihren ausgewiesenen Flächen erhalten bleiben. Für frei gefallene oder nicht mehr bewirtschaftete Flächen darf sich die Bremer Politik alternativen Nutzungsformen („Tiny Houses“, Naturausgleichsflächen etc.) nicht verschließen.

Bremen und Bremerhaven als grüne Städte

Bremens Stadtbild ist geprägt von zahlreichen Grünflächen, Bäumen, Beeten und Gärten. In neuen Wohn-Baugebieten erwarten wir Freien Demokraten Grünzüge und Anpflanzungen, die den Charakter Bremens als grüne Stadt erhalten.

Bremerhaven ist bisher in Punkto Grünflächen ein bundesweites Schlusslicht, was nicht akzeptabel ist. Insbesondere den Bereich der Havenwelten wollen wir in Zukunft durch neue Grünflächen attraktiver machen.

Wir Freien Demokraten setzen uns für die Begrünung von Gebäuden, Baumer-satzpflanzungen und zusätzliche Baumpflanzungen in unserem Bundesland ein. Un-genutzte und brachliegende Flächen, für die es keine Verwendungsmöglichkeiten gibt, sollen ebenfalls begrünt werden und so zur Attraktivität unserer Stadt beitragen. Vorhan-dene Grünflächen in Bremen und Bremerhaven, auch das Straßenbegleitgrün, müssen nachhaltiger und ganzjährig gepflegt werden. Dafür sollten auch pflegeleichte Begrünun-gen genutzt werden.

Sauberkeit

Wir Freien Demokraten wollen ein gepflegtes Erscheinungsbild aller Stadt- und Ortsteile in Bremen und Bremerhaven. Unsere Städte bleiben dadurch attraktiv und steigern das Wohlbefinden und die gefühlte Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner und unserer Gäste. Bürgerinnen und Bürger, die zur Verschmutzung beitragen, müssen dafür konse-quenter zur Verantwortung gezogen werden. Ein deutlich schärferer Bußgeldkatalog muss umgesetzt werden. Wir treten nicht nur für pflegeleichte Bepflanzungen ein, sondern auch dafür, Projekte zu fördern, in denen Bürgerinnen und Bürger die Verantwortung für die Pflege öffentlicher Naturflächen eigenverantwortlich und ehrenamtlich übernehmen.

Eine nachhaltige und eigenverantwortliche Finanz- und Haushaltspolitik

Wir Freien Demokraten stehen für die Selbstständigkeit der Freien Hansestadt Bremen. Dies kann in Zukunft nur funktionieren, wenn Bremen und Bremerhaven ihren Verpflichtungen nach einer soliden Haushaltsführung nachkommen. Wir werden das ab 2020 zur Verfügung stehende zusätzliche Geld dazu nutzen, den Investitionsstau nachhaltig abzubauen und Schulden zurückzuzahlen. Dazu werden wir eine Personalstrukturreform anschieben und eine stärkere Kooperation mit anderen Bundesländern vorantreiben. Außerdem werden wir den Verkauf von Beteiligungen wie der BLG prüfen.

Eigenständigkeit der Freien Hansestadt Bremen

Wir Freien Demokraten stehen dafür, dass Bremen als Freie Hansestadt ein selbstständiges Bundesland bleibt. Legitimiert werden kann diese Selbstständigkeit nur durch die spezifisch bremischen Aufgaben in der Gemeinschaft der deutschen Bundesländer. Dazu gehört vor allem die Unterhaltung der Universalhäfen in Bremen und Bremerhaven als Dienstleister für Deutschland und seine Nachbarländer. Aber auch die herausragenden und beispielhaften bremischen Leistungen in der Wissenschaft, Forschung und Lehre, in der Kultur, der Raumfahrt und im Automobilbau erfordern besondere Anstrengungen und berechtigen zu Stolz auf das eigene Bundesland. Daneben müssen Bremen und Bremerhaven auch ihre wichtigen Aufgaben als lebendige Oberzentren in Nordwestdeutschland erfüllen. Dazu gehören vor allem die Bereiche Handel, Verkehr und Kultur und die Bereitstellung attraktiver Einkaufszentren, leistungsfähiger Krankenhäuser und Bahnhöfe, Hochschulen und Flughäfen. Auch viele einmalige bremische Traditionen müssen gepflegt werden und fördern den Tourismus.

Nur wenn das Bundesland Bremen alle erforderlichen Anstrengungen unternimmt, kann es seine Stellung als selbstständiges Bundesland bewahren. Wir Freien Demokraten sind zu den notwendigen Schritten bereit. Wir wollen Bremen zu einem modernen, zukunftsorientierten Zwei-Städte-Staat machen. Nur ein wirtschaftsfreundliches, liberales, auf den gesellschaftlichen und demographischen Wandel vorbereitetes Bremen kann auch ein selbstständiges Bremen bleiben.

Investieren und Schulden abbauen

Wir Freien Demokraten stehen für eine Trendwende in der Finanz- und Haushaltspolitik, hin zu einer Politik, die auf Effizienz setzt, unnötige Ausgaben kürzt und auf einen ausgeglichenen Haushalt abzielt. Wir stehen zur Schuldenbremse in der Bremer Verfassung.

Ab 2020 muss Bremen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Als Haushaltsnotlageland erhält Bremen im Rahmen einer Härtefallregelung 400 Mio. Euro pro Jahr vom Bund. Zudem erhält das Land durch diverse Änderungen 80 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich.

Wir Freien Demokraten wollen, dass mehr als die vorgeschriebenen 80 Mio. Euro für die Schuldentilgung eingesetzt wird. Ende 2019 wird Bremen mehr als 22 Mrd. Euro Schulden haben. Unser Ziel ist es, dass 2030 die Schulden unter 20 Mrd. Euro und bis 2050 die Schulden deutlich unterhalb von 15 Mrd. Euro liegen.

Darüber hinaus wollen wir Freien Demokraten den Sanierungsstau nachhaltig abbauen. Wir wollen den übrigen Teil der zusätzlichen Gelder für Investitionen einsetzen, sofern die Investitionen nachweislich die Bildungsmöglichkeiten deutlich verbessern, nachhaltig Arbeitsplätze schaffen, die Wirtschaftskraft stärken, das Wachstum fördern, die Einwohnerzahl erhöhen und die innere Sicherheit verbessern.

Personalstrukturreform

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Bremen zu hohe Personalausgaben in einigen Verwaltungsbereichen. Dies gilt insbesondere für die senatorischen Dienststellen. Wir Freien Demokraten wollen die Verwaltungsquote senken, indem wir eine intensive Aufgabenkritik durchführen, interne Bürokratie abbauen und durch eine verstärkte Digitalisierung Vorgänge und Prozesse optimieren und die Arbeitszeiten flexibler gestalten.

Der Personalbestand und die Aufgaben in den Eigenbetrieben und Eigengesellschaften sind ebenfalls kritisch zu überprüfen.

Mehr Kooperationen mit anderen Bundesländern

Mit dem Ziel einer effizienteren Verwaltung und Ausgabenkürzungen engagieren wir Freien Demokraten uns auch für die Ausweitung von Kooperationen mit den anderen norddeutschen Bundesländern. Bremen muss sich auf seine Stärken als Hafen- und Industriestandort besinnen und diese, in Kooperation mit Bürgern, der mittelständischen Wirtschaft und den norddeutschen Bundesländern weiterentwickeln. In weiteren Bereichen muss eine Zusammenarbeit mit anderen angestrebt oder zumindest geprüft werden, um Synergien zu heben und Kosten zu senken. Beispiel sind der Verfassungsschutz, das Statistische Landesamt und die Wolfsbeauftragten.

Veräußerungen von Beteiligungen

Wir Freien Demokraten wollen Veräußerungen von Beteiligungen und anderen Wirtschaftsgütern angehen, um die Erlöse in die Modernisierung der Infrastrukturen Bremens und Bremerhavens zu investieren beziehungsweise für die Entschuldung des Landes einzusetzen. Das ist aus unserer Sicht ein unumgänglicher Ansatz um Schulden abzubauen und den Investitionsstau bei Schulen, Straßen, Krankhäusern und Häfen aufzulösen.

Das Land Bremen und dessen Kommunen haben sich, gerade angesichts ihrer finanziellen Notlage, aus wirtschaftlichen Aktivitäten und Unternehmensbeteiligungen herauszuhalten. Der Staat sollte nur jene Funktionen ausüben, die private Unternehmen selbst nicht mindestens genauso gut übernehmen können. Wir Freien Demokraten haben deshalb unter anderem die Rekommunalisierung der zuverlässig und effizient von Privatunternehmen

durchgeführten Müllabfuhr abgelehnt. Wir lehnen auch in Zukunft eine Ausweitung des staatlichen Engagements im Abfall- und Entsorgungssektor ab.

Die Beschränkung des Staates auf seine gesetzliche Kontrollfunktion halten wir in diesem, wie in vielen anderen Bereichen, für geboten. Aufsichtsräte sollen durch Kompetenz statt nach politischen Interessen besetzt werden.

Ein notwendiger Schritt ist die Privatisierung landeseigener und sich in kommunalem Eigentum befindlicher Unternehmen und Beteiligungen, wie beispielsweise die Flughafen Bremen GmbH, Brepark GmbH, die B.I.T. GmbH in Bremerhaven oder die Bremer Lagerhaus Gesellschaft. Hier darf es keinerlei Tabus geben, auch wenn strategische Interessen beachtet werden müssen. Eine weitere kostspielige Rekommunalisierung, beispielsweise von Netzen, lehnen wir ab. Die Anteile an Weser-Netz sollte Bremen veräußern.

Frauen und Familie

Wir Freien Demokraten setzen uns für die Gleichstellung der Geschlechter ein und werden durch umfangreiche Maßnahmen Familien und Alleinerziehende stärken auch indem wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Um eine verlässliche Kinderbetreuung zu gewährleisten, setzen wir auf private Angebote, die wir fördern wollen, und einen auf Landesebene finanzierten Springerpool, der im Notfall Familien zur Verfügung steht.

Wir wollen das Land Bremen zum Vorzeigebundesland für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland machen.

Gleichstellung

Wir Freien Demokraten setzen uns für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben mit einem individuellen Lebensentwurf. Wer seinen eigenen individuellen Lebensentwurf finden und leben will, der braucht alle Angebote: Von flexibler Kinderbetreuung über Ausbildung in Teilzeit bis zu modernen Arbeitsformen. Der Staat hat die Aufgabe, die Gleichstellung der Geschlechter durch die Bereitstellung gerechter Chancen sicherzustellen. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Die Differenz in vergleichbaren Kontexten beträgt heute 6-7%. Wir Freien Demokraten begrüßen Instrumente, die zur Transparenz der Lohnlücke beitragen. Die Lohnlücke zu schließen ist letztlich die Herausforderung an die Unternehmen.

Familien stärken

Wir wollen Familien mit Kindern stärker als bisher unterstützen. Die Freien Demokraten werden in der neuen Legislaturperiode ein umfangreiches Gesetzespaket schnüren, das das Leben junger Familien erleichtern wird. So werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, für eine verlässliche U3- bzw. Ü3-Kinderbetreuung sorgen und für natürliche Personen die Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Erwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie (bis 500.000 Euro) abschaffen, um die Vermögensbildung für Familien und Alleinerziehende zu erleichtern. Zudem werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Alleinerziehende und Familien mit Kindern von Steuern und Abgaben stärker entlastet werden.

Arbeit und Ausbildung

Vielfach sind Frauen beim Leben ihres individuellen Lebensentwurfs im Nachteil. Noch immer sind sie es besonders häufig, da sie für die Erziehung von Kindern ihre Karriere hintenanstellen. Besonders deutlich wird dies bei den Alleinerziehenden: Über 80 Prozent der Alleinerziehenden in Bremen sind Frauen, fast die Hälfte der Alleinerziehenden ist arbeitslos und fast 70 Prozent haben keinen Berufsabschluss.

Damit in Bremen zukünftig mehr alleinerziehende Frauen eine Chance auf beruflichen Erfolg haben, setzen wir uns für eine verlässliche, flexible, der Lebensrealität der Menschen entsprechende Kinderbetreuung ein. Wir wollen dabei auch andere Formen der Kinderbetreuung einbeziehen, wie Kindertagespflegepersonen. Um auch kurzfristige Lücken in der

Kinderbetreuung zu decken, setzen wir auf einen auf Landesebene finanzierten Springerpool, der im Notfall Familien zur Verfügung steht.

Um den Hauptgrund der hohen Arbeitslosigkeit von alleinerziehenden Frauen zu bekämpfen ist es wichtig, Weiterbildungsmaßnahmen zu stärken. Wir setzen dabei auf Weiterbildungstreppe, die modular und in kleinen Schritten die Betroffenen zu qualifizierenden Berufsabschlüssen führen. Wenn Kinder und Beruf in Einklang gebracht werden müssen, ist dafür mehr Zeit notwendig. Daher sind auch gemeinsam mit den Arbeitgebern Modelle zur Ausbildung in Teilzeit zu stärken. Bei allen Qualifizierungsmaßnahmen ist die Kinderbetreuung unbedingt mitzudenken: Es darf nicht mehr sein, dass Frauen eine Weiterbildungsmaßnahme nicht antreten oder abbrechen, weil die Kinderbetreuung nicht gewährleistet ist. Als Freie Demokraten fordern wir eine Anhebung des Kinderfreibetrages für Alleinerziehende und eine engagiertere Eintreibung der Unterhaltsvorschüsse durch das Land Bremen, denn im Moment sind es nur 6%, die eingetrieben werden.

Wir wollen das Land Bremen zum Vorzeigebundesland für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland machen. Dazu gehört neben der Verbesserung der Kinderbetreuung auch das Thema „Arbeit der Zukunft“. Zusammen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern wollen wir für mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten und dem Arbeitsort werben. Mit gutem Beispiel müssen das Land Bremen, seine Kommunen sowie die Eigenbetriebe vorgehen. Wir wollen dabei stärker darauf schauen, was die oder der Einzelne konkret leistet und nicht, wie voll das Stundenkonto ist. Zur Zukunft der Arbeit gehört stetige Weiterentwicklung und lebenslanges Lernen. Wir wollen, dass zukünftig in Bremen vorbildhaft die öffentliche Hand und ihre Eigenbetriebe jährliche Gespräche über die persönliche berufliche Entwicklung mit den Angestellten führen. Dabei soll insbesondere auch aufgezeigt werden, welche Schritte notwendig sind, um eine berufliche Weiterentwicklung zu gewährleisten.

Frauen und Flucht

Frauen, die nach Deutschland geflüchtet sind, haben besonders Bedürfnisse. Aus der Erfahrung anderer Länder wissen wir, dass Migrantinnen sich besser in eine Gesellschaft integrieren, wenn sie eine Tandempartnerin haben. Wir wollen daher eine Vermittlungsstelle für Tandempartnerschaften schaffen.

Flüchtlingfrauen brauchen auch eine andere Betreuung auf dem Arbeitsmarkt. Um die Integration zu fördern, setzen wir uns dafür ein, dass sie Spracherwerb und Berufsausbildung häufiger dual gestalten können. Somit sind sie schneller im Betrieb und haben schneller Kontakt zur Belegschaft. Wie bei allen Maßnahmen ist auch bei der Ausbildung die Kinderbetreuung unbedingt mitzudenken.

Geflüchtete Frauen haben sehr häufig Gewalterfahrungen gemacht. Es ist daher besonders wichtig, dass die Bremer Frauenhäuser sowohl räumlich als auch personell für die zusätzlichen Herausforderungen gerüstet sind. Die Finanzierung der Frauenhäuser muss so gestaltet sein, dass alle Frauen in Bremen, die vor Gewalt flüchten, die Angebote wahrnehmen können.

Frauen und Wissenschaft

Im Bereich der Frauenförderungen brauchen die Hochschulen im Land Bremen einen Neustart. Statt einzelner Förderschwerpunkte ist eine echte Gesamtstrategie notwendig.

Dazu gehört eine Stärkung der Frauen im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), die Verstärkung von Mentorinnen-Programmen und einen stärkeren Fokus auf die Netzwerke. Um mehr Frauen für den MINT-Bereich zu begeistern, ist es notwendig, bereits in der Schule ein stärkeres Engagement auf die Förderung von Mädchen zu legen. Das darf nicht alleine der Zukunftstag sein, sondern bedarf neuer, innovativer Ansätze, wie etwa ein Mentorinnen-Programm für besonders begabte Schülerinnen.

Aber auch an anderen Stellen wollen wir Frauen in der Wissenschaft stärken. Dazu gehört unbedingt eine generelle Verlängerung des Forschungszeitraums bei Schwangerschaften, wie sie aktuell bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft gewährt wird.

Frauen und Gewalt

Menschenhandel und Zwangsprostitution sind sogenannte Kontrolldelikte. Präsenz im Sinne regelmäßiger Kontrollen in den relevanten Milieus trägt in bedeutendem Maße dazu bei, Taten im Sinne der Dunkelfeldaufhellung zu erkennen und Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu identifizieren. Eine verstärkte Polizeipräsenz im Milieu hat ferner zur Prävention, Erkennung von Brennpunkten und Schaffung sowie Gewinnung von Vertrauen bei den Prostituierten eine hohe Bedeutung. Eine regelmäßige Kontrolltätigkeit, vorzugsweise durch die gleichen Polizeibeamtinnen und -beamten, möglichst in Begleitung eines Dolmetschers, stellt einen wichtigen Faktor zur Identifizierung von Opfern dar. Die Entwicklung der Personalzahlen der Polizei Bremen und insbesondere die Anzahl der sog. „polizeilichen Ermittler“ haben auf die Personalentwicklung in der Abteilung für Strukturdelikte bis voraussichtlich 2019/2020 erhebliche Auswirkungen. Als Freie Demokraten fordern wir, dass die Polizei dafür sorgt, dass sie im Bereich der Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel durchgehend handlungsfähig bleibt.

Als Freie Demokraten ist uns die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen in Partnerschaft und Ehe ebenso wie auf der Straße oder in der Prostitution wichtig. Nein heißt nein. Wir setzen uns daher für wirksame und schnelle Konsequenzen ein, wenn Täter die Ohnmacht, Behinderung oder Einwirkung von Drogen ausnutzen, um Frauen sexuell zu belästigen oder zu vergewaltigen, insbesondere wenn dies als Gruppentat geschieht.

Über die Landesgrenzen hinaus setzen wir Freien Demokraten uns gegen Kinderheirat, Genitalverstümmelung, Sexsklaverei, selektive Abtreibung weiblicher Föten, Zwangsverheiratung und den Ausschluss von Frauen und Mädchen bei Bildung und Teilhabe ein.

Ein unkomplizierter Staat

Verwaltung ist kein Selbstzweck: Im Mittelpunkt müssen die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger stehen.

Immer mehr Menschen möchten heute online zu der von ihnen gewünschten Zeit mit der Verwaltung in Kontakt treten und Verwaltungsleistungen in Anspruch nehmen. Es gibt aber auch viele Menschen, die auch weiterhin Anlaufstellen in zumutbarer Entfernung erreichen möchten. Die Einführung des digitalen e-Governments ist daher als primäres Angebot für Bürgerinnen und Bürger neben der klassischen Beratung durch die Verwaltung und dem persönlichen Kontakt zu verstehen.

Bürgerinnen und Bürger erwarten aber auch eine effiziente Organisation der Verwaltung und einen unkomplizierten Umgang bei der Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen. Hier bietet die Digitalisierung große Chancen.

Staatliche Daten öffentlich zugänglich machen

Die meisten staatlich erhobenen Daten sollten, immer unter Rücksicht auf bestehende Datenschutzrichtlinien, über standardisierte Schnittstellen, in einheitlichen Formaten und ohne unnötige Bürokratie öffentlich online abgerufen werden können. Diese Daten könnten schnell und unkompliziert für verschiedene Dienstleistungen herangezogen werden, wodurch wirtschaftliche Prozesse zukünftig optimiert würden. Derartige auf Open Data basierende Projekte können sowohl privatwirtschaftlich, insbesondere im Rahmen von Public Private Partnerships, als auch bezüglich der Kommunikation zwischen Bürgern und Behörden im sogenannten E-Government umgesetzt werden.

Verwaltung als moderne Serviceeinrichtung

Wir Freien Demokraten wollen, dass Bremen und Bremerhaven die modernsten Verwaltungen Deutschlands bekommen und zu modernen Serviceeinrichtungen umgebaut werden. Erreichen wollen wir dies durch eine grundlegende Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes (PVG) und die damit möglich werdende, lange überfällige Personalstrukturreform in der öffentlichen Verwaltung, begleitet von einem strikten Abbau überflüssiger Verordnungen und Vorschriften mit verschlankten und prozessoptimierten Strukturen. Alle Aufgaben und Arbeitsschritte müssen auf Notwendigkeit, Effizienz und Nutzen überprüft werden. Vorbild kann das Entfesselungsgesetz aus Nordrhein-Westfalen sein. Überflüssige Regelungen sind konsequent abzuschaffen. Notwendig sind zudem flache Hierarchien und kurze Dienstwege. Der öffentliche Dienst muss ein Dienstleister für alle Bürgerinnen und Bürger sein und sich als solcher verstehen.

Angemessene Ausstattung in der Verwaltung

Der Krankenstand der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung Bremens liegt erheblich über dem durchschnittlichen Krankenstand aller Beschäftigten. Im Ländervergleich nimmt Bremen auch hier einen negativen Spitzenplatz ein. Dies ist ein deutliches Zeichen für nicht akzeptable, schwierige Arbeitsbedingungen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen

für Angestellte und Beamte ist daher unverzichtbar. Alle erforderlichen Sachmittel, die nötige EDV und zweckmäßige Räumlichkeiten sind den Mitarbeitern zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie, durch Digitalisierungsprozesse, die Kommunikation zwischen Bürgern und Behörden und die Arbeitsabläufe innerhalb einer Behörde sowie zwischen den Behörden vereinfacht werden können.

Demokratie stärken und Transparenz leben

Wir Freien Demokraten stehen für mehr Demokratie in Bremen und Bremerhaven. Dafür wollen wir den Oberbürgermeister in Bremerhaven zukünftig genauso direkt wählen lassen wie die Ortsamtsleiter in Bremen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass beim Wahlrecht wieder Listenplätze vor Personenstimmen vergeben werden, um den Einfluss der Wählerinnen und Wähler zu erhöhen. Wir wollen außerdem die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide senken sowie die Beiräte stärken.

Direktwahl Oberbürgermeister und Ortsamtsleiter

Wir Freien Demokraten trauen den Menschen in unserem Bundesland zu, wichtige Entscheidungen selbst zu treffen. Deshalb wollen wir auch ein Mehr an Demokratie erreichen. Wir wollen daher die Direktwahl des Oberbürgermeisters in Bremerhaven und die Direktwahl der Ortsamtsleiter in Bremen einführen. Die Wahlperioden sollen sich an den der Bürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung orientieren. Ziel ist eine Direktwahl bereits bei den nächsten Wahlen.

Listenplätze vor Personenplätzen

Wir Freien Demokraten wollen mehr Einfluss der Wähler auf die Zusammensetzung der Bürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung und den Beiräten. Daher sprechen wir uns dafür aus, bei den Wahlen im Land Bremen wieder die Sitze zuerst nach Listenstimmen und dann nach Personenstimmen zu besetzen. Auch sind wir Freien Demokraten für eine Beibehaltung der flexiblen Quotierung von Listen- und Personenstimmen je nach Verteilung der Stimmen auf beide Gruppen.

Parlamentsrechte stärken – Ausschüsse statt Deputationen

Wir Freien Demokraten wollen die Umwandlung der staatlichen und städtischen Deputationen in echte Parlamentsausschüsse. Parlamentsausschüsse sind unabhängig von der Verwaltung und daher besser zur Kontrolle der Senatspolitik geeignet. So wollen wir Freien Demokraten alle Verwaltungsbereiche unter die volle parlamentarische Kontrolle stellen.

Magistratsreform Bremerhaven

Die Bremerhavener Magistratsverfassung in ihrer jetzigen Form halten wir Freien Demokraten für überholt, denn sie ist wenig schlagkräftig und undurchsichtig. Wir sind daher für eine grundlegende Reform der Bremerhavener Verfassung. Im Wesentlichen geht es dabei um drei Dinge: Eine Reform der politischen Strukturen, mehr Einflussmöglichkeiten des Wählers auch zwischen den Wahlen, und eine Entrümpelung der Verfassung. Insbesondere die Ausschreibungspflicht für Magistratsmitglieder und die Auflage eines Juris-

ten im Magistrat sind überholt und gehören abgeschafft. Unsere zentralen Forderungen sind die Direktwahl des Oberbürgermeisters durch die Bürgerinnen und Bürger der Seestadt, eine Verwaltungsspitze mit vier hauptamtlichen Dezernenten, welche vom Oberbürgermeister vorgeschlagen und von der Stadtverordnetenversammlung für die Dauer einer Wahlperiode gewählt werden. Eine deutliche Ausweitung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger der Seestadt u.a. durch öffentliche Petitionen ist mehr als überfällig.

Bürgerantrag

Wir wollen einen Bürgerantrag, der es den Einwohnern künftig ermöglicht, die Parlamente dazu zu veranlassen, sich mit einem Thema zu befassen und darüber zeitgerecht zu entscheiden. Nötig sind hierfür die Unterschriften von einem halben Prozent der Gesamteinwohnerzahl.

Bürgerbegehren

Wir Freien Demokraten wollen ein Bürgerbegehren, das zu einem Bürgerentscheid führen kann, dem nahezu alle Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung unterworfen werden können. Der Negativkatalog muss, analog zu dem des Bundeslandes Bayern, entsprechend zusammengestrichen werden. Die Beteiligung von zwei Prozent der Einwohner ist notwendig, um einen entsprechenden Bürgerentscheid zu beantragen. Wir halten dabei einen Kostendeckungsvorschlag für ein Hemmnis. Daher wollen wir ihn bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheid nicht länger einfordern.

Bürgerentscheide

Wir Freien Demokraten wollen Bürgerentscheide vereinfachen. So können auch stadtteilpolitische Entscheidungen, die unter Umständen in den nicht betroffenen Stadtteilen zu einer sehr geringen Wahlbeteiligung führen, von den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Eventuelle Fristen müssen zukünftig entsprechend bürgerfreundlich gestaltet und ohne Kostendeckungsvorschlag möglich werden. Politisches Engagement wird auf diese Weise belohnt.

Stärkung von Beiräten und Stadtteilkonferenzen

In Bremen bestehen demokratisch gewählte Beiräte in den Stadtteilen, während Bremerhaven über gut organisierte, aktive Stadtteilkonferenzen und Bürgervereine verfügt. Alle Vertreter wissen um die Probleme und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen und setzen sich engagiert für Veränderungen ein. Deshalb wollen wir Freien Demokraten die Beiräte und Stadtteilkonferenzen stärken und ihnen mehr Entscheidungsrechte in Angelegenheiten von Stadtteilentwicklung, Verkehr, Kultur und Sozialem geben. Dazu gehört auch, dass wir die Identität der Stadtteile mit entsprechendem Marketing ausbauen und in bevorstehende Stadtmarketing-Maßnahmen einbinden werden.

Transparentes Handeln in der Politik

Bremen und Bremerhaven brauchen mehr Transparenz im politischen Handeln. Der Verlauf und die Wirkung politischer Entscheidungen sind in unserem Zweit-Städte-Staat oft nur sehr schwer zu erkennen. Wir Freien Demokraten treten aktiv dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger auf Entscheidungen in Stadt und Bundesland Einfluss nehmen und diese auch nachvollziehen kann. Schon in der Schule soll deshalb das demokratische System mit seinen Beteiligungsmöglichkeiten besser erklärt werden.

Zurück zu den Parlamenten, weg von den Eigenbetrieben

Wir Freien Demokraten wollen für die Politik in Bremen und Bremerhaven ein Höchstmaß an Offenheit und Transparenz. Politik muss wieder dort stattfinden, wo sie in einer Demokratie hingehört: im Parlament. Entscheidungen müssen wieder in der Bürgerschaft oder der Stadtverordnetenversammlung getroffen und anschließend von der Verwaltung ausgeführt werden. Der Gesamtkonzern Bremen/Bremerhaven mit seinen zahlreichen Eigenbetrieben, Gesellschaften und seiner Verwaltung muss einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Die Zielsetzung hierbei muss es sein, eine transparente, demokratische und kostengünstige Struktur zu erreichen. In diesem Zuge muss auch überprüft werden, welche Aufgaben besser von der Privatwirtschaft selbst und ohne Eingriffe durch den Staat erfüllt werden können. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Dort, wo weiterhin Gesellschaften bleiben, wollen wir als liberale Wirtschaftspartei darauf hinwirken, dass Fachleute aus der Wirtschaft in der Führung berücksichtigt werden.

Vielfalt, Integration, Inklusion

Freiheit, Toleranz und Verantwortung bilden den Kern der Freien Demokratischen Partei. Dafür stehen wir in Bremen und Bremerhaven. Wir setzen uns aktiv für den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen und für mehr Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ein. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Behinderung, die mehr aktivierende Hilfen brauchen.

Wir stehen für ein buntes, vielfältiges Bremen und unterstützen die Entwicklung des Diversity-Managements, das nachhaltig die Chancen von Bremer Unternehmen im internationalen Wettbewerb verbessert.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehören seit Jahrhunderten zu weltoffenen Städten wie Bremen und Bremerhaven. Wir Freien Demokraten wollen eine gezielte Zuwanderung und treten daher für ein Einwanderungsgesetz ein.

Für ein buntes, vielfältiges Bremen

Niemand darf aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder einer Behinderung von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben oder von Bildung ausgeschlossen werden. Unsere Gesellschaft lebt von der Vielfalt. Alle Menschen bereichern unsere Gesellschaft.

Für moderne Großstädte wie Bremen und Bremerhaven bietet eine auf Vielfältigkeit ausgelegte Politik mit einem breiten Diversity-Management große Chancen für den Arbeitsmarkt sowie für die Kreativität und die Entwicklung der Stadtgesellschaften. Niemand soll sich verstecken müssen!

Wir Freien Demokraten unterstützen diese Entwicklung. Diversity-Management nimmt einen immer bedeutenderen Stellenwert in Wirtschaft und Gesellschaft ein. Es erleichtert das Gewinnen neuer Mitarbeiter, ermöglicht die Erschließung neuer Marktsegmente, wirkt sich positiv auf das Image aus und verbessert nachhaltig die Chancen von Unternehmen im lokalen und globalen Wettbewerb.

Integration und Zuwanderung

Eine Region kann erst dann stark vom Zuzug neuer Mitbürger aus weiteren EU-Staaten und anderen Teilen der Welt profitieren, wenn wir über ein bundesweites Einwanderungsgesetz den Zuzug steuern können. Gut ausgebildete Migranten dieser Flüchtlingswelle, die das Anforderungsprofil unseres Staates in beruflicher und gesellschaftlicher Hinsicht erfüllen, müssen unbürokratisch unterstützt und gefördert werden.

Wir Freien Demokraten wollen eine gezielte Zuwanderung und treten daher für ein Einwanderungsgesetz ein. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind jedoch, dass neue Bürger aufgrund der Attraktivität von Wirtschaft, Bildung und Kultur angezogen und dass entsprechende Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Wir wollen eine gelebte Integration in allen Bereichen des Zusammenlebens. Der Zuzug ausländischer Mitbürger darf nicht zum Ausgangspunkt von gesellschaftlichen Konflikten werden. Die erfolgreiche Integration ist

eine mit höchstem Vorrang zu bewältigende Aufgabe nicht nur Bremens, sondern aller Bundesländer.

Wir stehen für eine kontrollierte, bedarfsgerechte Zuwanderung von beruflich qualifizierten Menschen und Familien im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes.

Wir Freien Demokraten sind der Auffassung, dass Bremen dieser Aufgabe, ausgehend von seiner Tradition und der Struktur der Bevölkerung, grundsätzlich gewachsen ist. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehören seit Jahrhunderten zu weltoffenen Städten wie Bremen und Bremerhaven.

Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen dahingehend zu verbessern, dass die erforderlichen zusätzlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Wirtschaft entstehen können. Sie hat außerdem dafür zu sorgen, dass Bildungsdefizite verhindert werden und stattdessen das Potenzial aller neuen Bremerinnen und Bremer gefördert wird. Ziel dieser Maßnahmen muss es sein, dass sich der Standort weiter entwickelt.

Wir stehen außerdem zur Verantwortung unserer Gesellschaft, Flüchtlinge aus den verschiedenen Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt befristet und entsprechend unserer Leistungsfähigkeit aufzunehmen und unterstützen ihre mögliche Rückkehr in ihre Heimat.

Wir stehen zum Recht auf Asyl und lehnen eine Einschränkung des Asylrechts ab. Zugleich wollen wir den Missbrauch eindämmen, auch indem wir legale Einwanderungsmöglichkeiten für diejenigen schaffen, die bei uns eigenständig leben wollen. Asylsuchende haben Anspruch auf ein faires Verfahren. Die Verwaltungsverfahren sind aber kürzer und effektiver zu gestalten. Wir stehen außerdem zur Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten.

In allen Fällen muss klar sein, dass erhebliches kriminelles Verhalten zur Abschiebung führt. Wir wollen, dass ausländische Straftäter konsequent abgeschoben werden, solange ihnen weder Folter noch Todesstrafe drohen.

Inklusive Gesellschaft leben

Wir Freien Demokraten wollen, dass Menschen mit Handicaps, so weit wie individuell möglich und von den Betroffenen selbst gewünscht, eigenständig und selbstbestimmt leben können.

Deshalb setzen wir uns nicht nur in Schulen, sondern in allen Teilen der Gesellschaft für Inklusion ein. Dazu gehört auch eine außerschulische Förderung, um all die Menschen mit einer Behinderung, die dazu in der Lage sind, auf die Arbeitswelt vorzubereiten und möglichst in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir wollen, dass die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen stärker als bisher das Ziel verfolgen, diese Menschen erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt zu führen.

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmte Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu schaffen

Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen

In einem persönlichen Budget und dem Ausbau der ambulanten Betreuung von Menschen mit Behinderung, sehen wir Freien Demokraten für viele die Chance zu mehr Eigenständigkeit. Zugleich stellen wir aber auch fest, dass weiterhin haltgebende und institutionalisierte Wohneinrichtungen erforderlich sind, um alle Betroffenen - auch die mit psychischen Erkrankungen - angemessen zu betreuen und ihnen Wohnraum bieten zu können.

Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung

Das Ziel von uns Freien Demokraten bezüglich einer Förderung der Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am alltäglichen Leben muss ein möglichst hoher und nach individuellen Fähigkeiten erreichbarer Bildungsabschluss sein. Dieser ist Basis für einen späteren Berufseinstieg. Wer selbstbestimmt einer Arbeit nachgehen kann, ist finanziell unabhängig von sozialen Transferleistungen und erreicht damit trotz einer Behinderung die größtmögliche persönliche Freiheit. Menschen, die ungeachtet ihrer körperlichen Behinderung eine feste Arbeit anstreben, sind nicht abhängig von Fördermitteln. Sie leisten stattdessen, unter anderem durch die generierten Steuereinnahmen, einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft.

Förderung für Elternvereine und Selbsthilfegruppen

Elternvereine und Selbsthilfegruppen bieten vielfältige Angebote für Menschen mit Behinderungen, die ihnen eine Teilhabe oftmals erst möglich machen. Diese wichtige Arbeit wollen wir Freien Demokraten auch in Zukunft weiter angemessen finanzieren.

Aktivierende Hilfe für Menschen mit Behinderung

Statt Alimentation muss aktivierende Hilfe angeboten werden. Sie ist der richtige Weg, um mehr Menschen, trotz einer Behinderung, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die angemessene Förderung durch Institutionen, welche sich ausschließlich um Menschen mit Behinderungen kümmern, wird auch zukünftig notwendig bleiben und muss entsprechend finanziell ausgestattet sein. Wenn möglich, sollte dieser Weg jedoch für Ausnahmefälle vorbehalten sein. Wir Freien Demokraten begrüßen es außerdem ausdrücklich, wenn Werkstätten für Menschen mit Behinderungen Arbeitsplätze in regulären Betrieben zur Verfügung stellen. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit unserer Forderung, den Betroffenen einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Förderung von Arbeitsplätzen in Unternehmen

Unternehmen, in denen Menschen mit Behinderungen Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unter anderem ermöglichen sie diesen Menschen ein spürbares Mehr an Selbstbestimmung. Unternehmerinnen und Unternehmer, die Verantwortung übernehmen und bereit sind, Menschen mit Behinderungen, trotz oder wegen ihrer Beein-

trächtigung und nach ihrem individuellen Leistungsvermögen in ihren Betrieben einzusetzen, verdienen die Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger. Mehrkosten, die dadurch für die Unternehmen anfallen, sind daher vom Staat zu tragen.

Familie

Die Förderung von Familien ist für uns Freie Demokraten ein zentrales Anliegen. Wir vertreten dabei ein modernes Familienbild, bei dem der Staat keine bestimmte sexuelle Orientierung bevorzugt sondern jede Gemeinschaft, in der Menschen langfristig füreinander Verantwortung übernehmen, gleichermaßen fördert.

Eine moderne Großstadtpartei muss, gerade in Zeiten des demografischen Wandels, vor Ort in den Stadtteilen, Kitas und anderen Einrichtungen Förderarbeit leisten. Hierfür sind bürokratische Hemmnisse weitestgehend abzubauen. Zu diesem Zweck geeigneter städtischer Grundbesitz sollte zur Verfügung gestellt und entsprechende Vorkehrungen in den Bebauungsplänen berücksichtigt werden.

Freizeitangebote für Jugendliche

Jugendliche, die sich in ihrer Freizeit frei entfalten wollen, werden im Land Bremen oftmals durch eingezäunte Sportstätten und ein mangelndes Angebot an Freizeiteinrichtungen ausgebremst. Wir Freien Demokraten machen uns für mehr Freiraum zur sinnvollen Freizeitgestaltung stark, unter anderem durch ein breiteres Angebot von Freizeitheimen. Vergangene Initiativen, wie beispielsweise am Freizeitheim Buntentor, haben verdeutlicht, dass unsere jugendlichen Bürgerinnen und Bürger hohes Engagement zeigen. Die Voraussetzung hierfür ist aber, dass man ihnen entsprechende Strukturen zur Verfügung stellt und ihre Bedürfnisse ernst nimmt. Wir streben eine bessere Vernetzung zwischen öffentlichen und privaten Trägern von Freizeiteinrichtungen sowie ihrer Nutzer an, um das Freizeitangebot insgesamt zu verbessern und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu ermöglichen. In diesem Rahmen ist zusätzlich zu prüfen, wie an Nachmittagen und in den Ferien ungenutzte Schulgebäude zu diesem Zweck sinnvoll genutzt werden können.

„Offene Jugendarbeit“ – ein „Muss“ für Integration und Prävention

Die „offene Jugendarbeit“ ist ein bewährtes Instrument für alle Jugendlichen in sozialen Brennpunkten. Sie verhindert den Einstieg junger Menschen in Kriminalität und Perspektivlosigkeit und fördert die Integration junger Leute mit Migrationshintergrund. Sie trägt darüber hinaus dazu bei, dass Lernschwache in eine selbstbestimmte Karriere einsteigen und Qualifikationen anstreben wollen.

Diese Arbeit der Jugendhilfe-Träger leidet an der Starrheit des Systems, das auf veränderte Bedarfe und Kostenstrukturen viel zu langsam reagiert und Leistungen fehlsteuert.

Die Zukunft des Landes Bremen liegt in der Hand der heutigen Jugendlichen. Jeder kann etwas und jeder will eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben. Daher wollen wir

Freien Demokraten eine Verstärkung dieser Mittel und ein an den Bedarfen orientiertes, flexibles Management.

Gesundheit und Pflege

Gesundheit und Pflege sind Themen, die viele Menschen in Bremen und Bremerhaven bewegen. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf eine gute medizinische Versorgung und gute Pflege. Der Staat hat als Krankenhausbetreiber in Bremen versagt. Daher setzen wir uns für mehr privates Engagement bei den Krankenhäusern ein. Wir wollen eine bessere medizinische Nahversorgung durch ausreichend Fachärzte. In der Pflege setzen wir auf mehr Pflegekräfte, indem wir den Pflegeberuf attraktiver gestalten und im Bund für ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz stehen.

Medizinische Nahversorgung

Wir Freien Demokraten setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass den Bürgerinnen und Bürgern im Krankheitsfall eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung erhalten bleibt. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen am medizinischen Fortschritt teilhaben können; unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko und ihrem Alter. Es bleibt eine der zentralen Aufgaben der Politik vor Ort, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir fordern einen ausreichenden hausärztlichen, zahnärztlichen und augenärztlichen Notdienst in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven.

Krankenhausprivatisierung

Die Krankenhauslandschaft befindet sich bundesweit in einer Umbruchphase. Damit wächst auch in Bremen und Bremerhaven der Handlungsbedarf, die Krankenhausstrukturen bei gleichzeitiger Sicherung einer hohen medizinischen Qualität anzupassen. Fehlplanungen und Politikversagen haben den Bremer Haushalt immer wieder unnötig belastet, den Wettbewerb zwischen städtischen Krankenhäusern und frei-gemeinnützigen Krankenhäusern verfälscht und die Versorgung der Menschen hintenangestellt. Wir Freien Demokraten sehen die Funktion des Landes Bremen in erster Linie als Aufsicht der Krankenhäuser. Übernimmt der Staat Aufgaben, welche gleichermaßen oder besser von frei-gemeinnützigen Organisationen oder Privaten erfüllt werden können, geht dies zu Lasten effizienter Strukturen und verwässert die hoheitliche Überwachung, wie sowohl Keim- als auch Bauskandale in der Vergangenheit eindrucksvoll verdeutlicht haben beziehungsweise das weiterhin bestehende hohe Defizit des städtischen Klinikverbundes deutlich zeigt. Ein unbeschränktes Schultern von finanziellen Risiken durch Bremen ist darüber hinaus unverantwortlich.

Wir brauchen ein tragfähiges Konzept für die städtischen Bremer Krankenhäuser mit einer ergebnisoffenen Prüfung auch hinsichtlich der Möglichkeit einer Privatisierung.

Kooperationen der Krankenhäuser

Um die medizinische Betreuung in den Krankenhäusern auf hohem medizinisch-technischem und personellem Niveau halten zu können, sind Verhandlungen der Träger zur medizinischen und betriebswirtschaftlichen Optimierung notwendig. Soweit es keine Möglichkeiten zur Übertragung des Krankenhausbetriebs städtischer Kliniken auf frei-

gemeinnützige Träger gibt, sollte eine strategische Partnerschaft der Krankenhäuser mit anderen privaten oder öffentlich-rechtlich organisierten Trägern von Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken in der Region angestrebt werden. Hierdurch werden dauerhaft tragfähige Strukturen geschaffen sowie kostensenkende Effekte und Synergien erzeugt. Wir Freien Demokraten wollen eine dem Bedarf angepasste und eine die älter werdende Bevölkerung berücksichtigende Versorgung auf allen Leistungsebenen, (Rehabilitation, Grund-, Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung) gewährleisten. Dabei soll, trotz des überall eingeleiteten Bettenabbaus, eine intelligente, die Notfallversorgung und Frühgeborenenversorgung gewährleistende Krankenhausplanung umgesetzt werden.

Erhalt der ambulanten Versorgung

Die Zahl der Patientinnen und Patienten, die gerade bei komplexeren ambulanten Behandlungen gerne auf die Möglichkeiten und die Infrastruktur einer Klinik zurückgreifen, steigt kontinuierlich. Trotzdem werden wir Freien Demokraten darauf achten, dass bei einem Einstieg oder Ausbau der Kliniken in die ambulante Versorgung die wohnortnahe ärztliche Versorgung durch freiberufliche Ärztinnen und Ärzte erhalten bleibt.

Mehr Wettbewerb beim Krankentransport

Pflegedienste, Krankentransporte und Rettungsdienste wollen wir Freien Demokraten in der Stadt Bremen so organisieren, dass ein chancengleicher Wettbewerb für kommunale, private und freigemeinnützige Anbieter ermöglicht wird.

Verbesserte Versorgung in der Psychiatrie

Bei der Versorgung psychisch kranker Menschen im Bereich der stationären und teilstationären Angebote konnten in den letzten Jahren wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Auch auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie wurden Versorgungslücken geschlossen. Gleichwohl besteht nach wie vor ein akuter Bedarf an einer weiteren Verbesserung des Versorgungsangebotes für psychisch kranke Menschen. Psychiatrische Kliniken sind bis heute nicht in der Lage, in vollem Umfang mit Krisen und Probleme von Patienten mit tiefgreifenden Entwicklungsstörungen, wie beispielsweise Autismus, umzugehen. Wir Freien Demokraten sehen hier weiterhin erheblichen Verbesserungsbedarf.

Patienten, die an psychischen Krisen leiden, müssen überdurchschnittlich lange auf Termine bei Psychologen und Psychotherapeuten warten. Wohnortnahe psychiatrische Versorgungsangebote sind daher weiter auszubauen. Darüber hinaus gilt es, die Vernetzung von medizinischen und psychologischen Angeboten konsequent umzusetzen.

Hebammen unterstützen

Jedes Kind ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Wir haben mehr Geburten und wollen eine wachsende Stadt, ein wachsendes Land. Wir erkennen an, was Hebammen in diesem Feld für werdende Mütter, Gebärende und Wöchnerinnen leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Hebammen ausgebildet, Berufsrückkehrerinnen gewonnen und fort- und

weitergebildet werden. Wir fordern die Arbeitsbedingungen der Hebammen zu verbessern. Das hilft auch Teilzeitkräfte dazu zu bewegen, ihre Stundenzahl zu erhöhen.

Wir Freien Demokraten unterstützen den Aufbau der akademischen Ausbildung von Hebammen an der Hochschule Bremen.

Wir begrüßen den Aufbau von Hebammenzentren in unterversorgten Stadtteilen Bremens und Bremerhavens.

Mangel an Pflegekräften

Angesichts des demographischen Wandels hat das Land Bremen alle Anstrengungen zu unternehmen, um einem akuten Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck sollten auch qualifizierte Arbeitskräfte mit entsprechenden Deutschkenntnissen aus dem Ausland angeworben werden.

Menschen aus den sogenannten Drittstaaten dürfen derzeit nicht in der Zeitarbeit tätig werden. Dies gilt auch dann, wenn sie in einem Mangelberuf wie der Pflege ausgebildet sind oder tätig waren. Die Zeitarbeitsbranche wird im derzeitigen Referentenentwurf „Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes“ nicht berücksichtigt. Nach der aktuellen Rechtslage soll es der Zeitarbeitsbranche demnach weiterhin verwehrt bleiben, Fachkräfte aus Drittstaaten zu beschäftigen. Hier muss nachgebessert werden.

Das Aufenthaltsgesetz muss dahingehend modifiziert werden, dass eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung auch dann erteilt wird, wenn die ausländische Fachkraft in der Zeitarbeit beschäftigt werden will. Gleiches gilt für die Beschäftigung von Ausländern mit ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen. Auch hier ist die Zeitarbeit zu berücksichtigen, um dem Pflegekraftmangel entgegenzuwirken. Es ist nicht ersichtlich, warum die Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeit für Asylbewerbende und Geduldete akzeptabel sind, nicht aber für Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Wir machen uns daher im Bund dafür stark, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch für die Zeitarbeitsbranche zu öffnen.

Zur Steigerung der Attraktivität dieses Berufsfeldes sind außerdem Verbesserungen im Lohnniveau, der Auslastung von Arbeitskräften sowie der Qualität der Ausbildung unerlässlich.

Wir Freien Demokraten meinen, dass die anspruchsvolle Arbeit in diesem Sektor entsprechend honoriert werden muss.

Wir sind dafür, dass neben der Ausbildung von Pflegekräften auch die direkte Ausbildung von Operations- sowie Anästhesie-Assistenzen anerkannt und ausgebaut wird.

Die Interessenvertretung der Pflegekräfte wird von verschiedenen Stellen gut wahrgenommen. Eine Pflegekammer bedarf es dazu nicht. Wir Freien Demokraten lehnen die Einrichtung einer Pflegekammer ab.

Pflege und älter werdende Bevölkerung

Als Freie Demokraten unterstützen wir kreative Wege zur Qualifizierung von Fachkräften. Hierzu gehören Modellprojekte, wie PflegeWege2020 oder die Schulstation im Klinikum

Reinkenheide. Dort bilden sieben Auszubildende direkt die Stationsleitung und lernen schnell und lebensnah in der Praxis, mit Unterstützung durch eine Fachkraft, die im Hintergrund als Ansprechpartnerin fungiert. Wir brauchen mehr kreative Initiativen, die Lernende „on the job“ qualifizieren und durch Fordern fördern.

Die Präsenzpflcht nach der Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) muss aufgehoben werden. Träger müssen mit adäquaten eigenen Konzepten auf die individuellen Bedarfe und Wünsche der jeweiligen Bewohnerschaft eingehen können.

Die Fachkraftquote von 50 Prozent muss hinsichtlich des stetig wachsenden Fachkräftemangels überprüft werden, wenn die pflegerische Versorgung der Bevölkerung vor Ort auch zukünftig sichergestellt werden soll. Träger sollten dazu aufgerufen werden, in Modellprojekten alternative Konzepte zu entwickeln, wie die Versorgungsqualität bei sinkender Fachkraftquote gehalten werden kann.

Es muss ein Anspruch der Politik sein, die Lebensqualität der älterwerdenden Bevölkerung vor Ort durch eine ausreichende Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte und Versorgungsmöglichkeiten zu erhalten. Eine akutstationäre und rehabilitative Versorgung im Krankheitsfall sowie eine bezahlbare und qualifizierte Pflege sind zentrale Anliegen von uns Freien Demokraten für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven.

Eine Überarbeitung und Fortschreibung des Bremer Geriatriekonzepts, in Abstimmung und unter Einbezug aller altersmedizinischen Versorgungsbereiche in Bremen, stellt hierfür einen zentralen Baustein dar.

Sterbebegleitung

Speziell mit Blick auf die demografische Entwicklung wollen wir Freie Demokraten den weiteren Ausbau der ambulanten und stationären palliativmedizinischen Versorgung. Die zum Teil veränderten Familienstrukturen, aber auch Trennungen oder Kinderlosigkeit beziehungsweise Angehörige, welche weiter entfernt leben, erfordern den Ausbau professioneller Versorgungsstrukturen. Nur so kann dem Wunsch eines Großteils der Sterbenden Rechnung getragen werden, zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung versorgt zu werden.

Neben der ambulanten Hospizbetreuung und der Versorgung Sterbender in Pflegeheimen sind ausreichend stationäre Hospize und Kinderhospize notwendig. Wir begrüßen, dass die Plätze in den Einrichtungen in der Vergangenheit ausgeweitet wurden und so neue Angebote entstehen konnten. Zugleich sehen wir, insbesondere in Bremerhaven, einen weiter steigenden Bedarf durch Menschen, deren Versorgung zu Hause nicht zu leisten ist. Wir wollen einen weiteren Ausbau von selbstständigen Einrichtungen, in denen Sterbende mit familiärem Charakter und dem eigenständigen Versorgungsauftrag gepflegt und auf ihrem letzten Weg begleitet werden.

Kinderhospize betreuen nicht nur die jungen Patienten, sondern auch ihre Eltern und Geschwister. Der Betreuungsaufwand ist dadurch aus verschiedenen Gründen besonders groß: Neben ausreichend Platz und Wohnraum für die gesamte Familie muss ihre emotionale und psychosoziale Betreuung ebenso gewährleistet sein, wie die palliative Betreu-

ung der jungen Patienten. Freizeitaktivitäten und schulische Verpflichtungen der begleitenden Geschwister müssen angemessen berücksichtigt werden.

Wohnortabhängige Gesundheit

In Bremerhaven und Bremen sehen wir Freien Demokraten, dass viele der gesundheitlichen Problemlagen wiederholt vor Ort entstehen und oftmals von den örtlichen Gegebenheiten und der Bewohnerstruktur in den Stadtteilen abhängig sind. Den Gesundheitsämtern kommt in diesem Kontext eine wichtige Schlüsselrolle zu. Es liegt an ihnen, aus dokumentierten Erkenntnissen und ergänzenden Bestandsaufnahmen Strategien zu entwickeln, mit deren Hilfe die Verhältnisse und die Handlungen in den einzelnen Stadtteilen, der Umwelt und im Verkehr nachhaltig verbessert werden können. Zu diesem Zweck wollen wir die Ämter strukturell und personell zukünftig so ausstatten, dass sie verschiedene Gesundheitsrisiken in unterschiedlichsten Lebenslagen angemessen bearbeiten und ebenso umwelthygienische Probleme professionell angehen können.

Förderung des Gesundheitsbewusstseins

Wie Menschen ihr Leben gestalten, ob sie einen gesunden Lebensstil pflegen oder nicht, ist nicht Angelegenheit des Staates. Seine Verantwortung in diesem Bereich liegt darin, das nötige Wissen zu vermitteln, um es jeder Bürgerin und jedem Bürger zu ermöglichen, sich eigenverantwortlich gesund zu verhalten und zu ernähren, beziehungsweise dieses Wissen an die eigenen Kinder weiterzugeben. Einseitige Maßnahmen, die Lebensmittel betreffen, sind kaum zielführend. Daher lehnen wir Freien Demokraten jegliche zusätzliche Konsumsteuer wie Fett-, Zucker-, Milchprodukte- oder Fleischsteuer ab. Auch die staatlich verordnete Reduzierung von Fett und Zucker in Lebensmitteln lehnen wir ab, weil sie kaum zur Übergewichtsprävention beiträgt, vor allem aber gesunde Verbraucher trifft und insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen belastet.

Sucht und Drogen

Suchtbezogene Probleme sind in unserer Gesellschaft kein Randphänomen. Ein Teil unserer Bevölkerung ist direkt davon betroffen. Neben denen als harte Drogen eingestuften Mitteln wie Heroin, Ecstasy und Kokain, verursachen außerdem der Konsum, die Beschaffung und vor allem der Missbrauch von Alkohol, Nikotin, Cannabis und Tabletten zahlreiche Gesundheitsprobleme. Oftmals wird in diesen Fällen auch das soziale Umfeld der Betroffenen in Mitleidenschaft gezogen. Nicht selten treten bei Mitbetroffenen und sogenannten Co-Abhängigen eigene Störungen, beziehungsweise erhebliche Gesundheitsrisiken auf. Wichtig ist es daher, ein effektives Programm zur Prävention von Drogensucht, insbesondere an Schulen, zu umzusetzen.

Ziel unserer Drogenpolitik als Freie Demokraten ist es, ein möglichst selbstbestimmtes Leben der Abhängigen zu erreichen. Zugleich darf die medizinische Wirkung einiger Drogen, beispielsweise Cannabis, nicht außer Acht gelassen werden. Erkrankten sollten sie daher nicht vorenthalten werden. Damit die inzwischen gegebenen Möglichkeiten zur

medizinischen Vergabe von Cannabis genutzt werden, ist weiter Forschung nötig, damit dieses, wenn nötig, als Medikament genutzt werden kann.

Eindämmung der Beschaffungskriminalität

Gesellschaftliche Probleme im Zusammenhang mit Drogen werden in erster Linie nicht durch den Konsum, sondern durch die illegale Beschaffung von Suchtmitteln verursacht. Ziel von uns Freien Demokraten ist, die Beschaffungskriminalität einzudämmen und gleichzeitig Abhängigen zu helfen. Aus diesem Grund unterstützen wir seit Jahren die Abgabe von Ersatzdrogen wie Methadon und fordern die staatlich kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige, denen durch eine Ersatzdroge nicht geholfen werden kann.

Freigabe von Cannabis

Wir Freien Demokraten erachten es zudem als sinnvoll, im Bereich des Cannabis-Konsums eine regulierte Legalisierung bzw. Entkriminalisierung anzustreben. Es ist nicht gerechtfertigt, Menschen für Selbstgefährdung zu bestrafen. Wir teilen diese Einschätzung mit zahlreichen Rechtswissenschaftlern und Experten sowie erfahrenen Praktikern aus den Bereichen Polizei, Justiz, Suchtprävention und Suchtbehandlung. Als prominente Vorbilder könnten hier die Modelle aus den Niederlanden und dem US-Bundesstaat Colorado dienen. Dort ist der Verkauf von Cannabis an Volljährige in entsprechend lizenzierten Sondergeschäften erlaubt.

Im Vorfeld geäußerte Befürchtungen, derartige Maßnahmen würden den Drogenkonsum bei Jugendlichen deutlich steigern, erwiesen sich als unnötig. Es wurden vielmehr gegenteilige Erfahrungen dokumentiert, nach denen der Konsum von Drogen in einigen Bereichen sogar gesunken ist und der Drogenschwarzmarkt spürbar geschwächt werden konnte.

Cannabis ist allgemein hin nicht als Einstiegsdroge zu härterem Drogenkonsum anzusehen. Erst durch den Kontakt über illegale Dealer, welche primär an der Abhängigkeit ihrer Kunden und deren Konsum möglichst gewinnträchtiger Drogen interessiert sind, wird in der Regel auch auf härtere Mittel zurückgegriffen.

Eine Entkriminalisierung der Droge mindert darüber hinaus den Reiz des Verboten, den sie aktuell auf ihre Konsumenten ausübt. Ein legaler und lizenzierter Verkauf von Cannabis generiert darüber hinaus zusätzliche Steuereinnahmen, welche unmittelbar in Prävention und Behandlung von Drogensucht investiert werden können.

Polizei und Justiz könnten in diesem Bereich massiv entlastet werden, da es sich hier überwiegend um Kleinkriminalität handelt. In den meisten Fällen wird lediglich gegen die Gesetze des Anbaus und des Besitzes von Cannabis verstoßen. Die entsprechenden Täter schaden hierdurch vorrangig sich selbst - ein Umstand, der bei Konsumenten von Tabak und Alkohol wie selbstverständlich toleriert wird. Hierbei müssen aber klare Regeln und Sanktionen für den Straßenverkehr auf wissenschaftlicher Basis aufgestellt werden. Eine Teilnahme als Fahrer eines Fahrzeugs im Rauschzustand ist natürlich, genauso wie beim Alkohol, zu untersagen und zu ahnden. Nach unserer Meinung ist eine Einschränkung der

Entscheidungsfreiheit bezüglich des Konsums von Cannabis daher ähnlich der von Tabak und Alkohol zu gestalten.

Politik für Seniorinnen und Senioren

Wir Freien Demokraten setzen uns für ein gutes Miteinander der Generationen ein und wollen jeder Bürgerin und jedem Bürger auch im Alter ermöglichen, selbstbestimmt zu leben. Dazu gehört für uns, dass wir uns stärker für das ehrenamtliche Engagement von Senioren einsetzen, für eine konsequente Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sorgen und das Gehalt von Senioren bei freiwilliger Berufstätigkeit von unnötigen Sozialabgaben entlasten. Viel Erfahrung in der Gesellschaft wartet nur darauf, genutzt zu werden.

Miteinander der Generationen

Wir Freien Demokraten wollen Senioren aktiv einbinden und denjenigen helfen, die ihr Leben nur noch eingeschränkt aus eigener Kraft bewältigen können. Unser Ziel ist dabei ein Miteinander der Generationen. Dafür fordern wir, die Einrichtung von Seniorenresidenzen, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern zu unterstützen. Bremen und Bremerhaven sollen sich in Zukunft durch senioren- und altenfreundliche Stadtteile auszeichnen. Um dies zu erreichen, muss auch die Kooperation sämtlicher zu diesem Zweck relevanten Einrichtungen verstärkt werden.

Wir setzen uns konsequent für Verbesserungen im Bereich der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein, wozu für uns auch die öffentlichen Verkehrsmittel gehören. Wir müssen die Strukturen im städtischen Raum erhalten, die notwendig sind, um möglichst lange selbstbestimmt leben zu können. Wir setzen hier auf einen konsequenten Ausbau der Telemedizin, der das Leben vieler Menschen sehr erleichtern wird. Die Digitalisierung wird hier zunehmend Chancen bieten.

Ehrenamtliches Engagement von Senioren

Vieles in unserer Gesellschaft würde ohne das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Senioren nicht funktionieren. Diese Menschen wollen Verantwortung übernehmen und sich mit all ihrer Erfahrung um die Angelegenheiten der Gemeinschaft kümmern. Wir Freien Demokraten schätzen und unterstützen dieses Engagement und wollen daher den ehrenamtlichen Einsatz von Rentnern und Senioren anregen und fördern. Wir streben außerdem an, dass ältere Menschen ihre Lebens- und Berufserfahrung durch ehrenamtliche Aufgaben an die nachfolgenden Generationen weitergeben können.

Arbeiten im Alter

Wir Freien Demokraten werden uns in einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass nicht nur die Hinzuverdienstgrenzen seniorengerechter gestaltet werden, sondern dass die Sozialabgaben bei der Lohnzahlung an rentenbeziehende Angestellte stark reduziert werden. Es gibt einfach keinen rationalen Grund dafür, dass ein Arbeitnehmer (und mit dem gleichen Anteil sein Arbeitgeber) mit 70 Lebensjahren noch in die Arbeitslosenkasse einzahlt. Er kann ja nie mehr arbeitslos werden, da er schon Rentner ist.

Viele Senioren wollen in der Arbeitswelt noch ihren Beitrag leisten. Dies wollen wir mit unserer Initiative unterstützen und honorieren.

Kultur

Kunst und Kultur sind ein zentraler Bestandteil einer liberalen Stadtgesellschaft. Wir Freie Demokraten begreifen Kunst und Kultur als ein hohes Gut, das einen eigenen Wert auch unabhängig von politischen Nützlichkeiten darstellt und langfristig auskömmlich gefördert werden muss. Kultur ist auch ein wichtiger Standortfaktor, der unser Bundesland attraktiv und lebenswert gestaltet. Bremen und Bremerhaven haben ein großes und hochwertiges kulturelles Angebot, das – aufgrund der Haushaltssituation – vermehrt auf privates Engagement angewiesen ist. Wir Freien Demokraten setzen bezüglich der Finanzierung erfolgsversprechender Kulturprojekte auf steuerlich gefördertes Crowdfunding, das den Kulturretat unterstützt. Darüber hinaus planen wir in einer Kultur-Digitalisierungs-Offensive, um mit dem Streaming herausragender Aufführungen bremischer Kultureinrichtungen neue Zielgruppen zu erschließen und über die Streaming-Portale neue Einnahmequellen für die Kulturschaffenden in Bremen zu erzielen.

Förderung von Kultureinrichtungen

Wir Freie Demokraten bekennen uns ausdrücklich zu den großen, überregional ausstrahlenden Kultureinrichtungen der Städte Bremen und Bremerhaven. Wir halten es für geboten diese im Gesamtgefüge der übrigen Kultureinrichtungen auskömmlich auszustatten. Dies ist eine Aufgabe des Landes Bremen und seiner Kommunen.

Essenzielle Ergänzung der „Leuchttürme“ ist die „Freie Szene“. Darunter verstehen die Freien Demokraten die vielfältige kreative Szene von Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten, von Galeristen, Konzert- und Literaturveranstaltern sowie das kreative Umfeld der Hochschule und der Universitäten. Für uns ist es wichtig, sich auch in diesem Bereich für gezielte Künstlerförderung, Stipendien, öffentliche Aufträge, Förderung von Spielstätten oder Ateliers einzusetzen.

Es gilt den innovativen und kreativen Köpfen in der Stadt ein attraktives Arbeiten zu ermöglichen und dafür auch neue Räume zu erschließen. Die Freien Demokraten sind davon überzeugt, dass damit nicht nur für die bremische Wirtschaft, sondern auch für die Bildung und das soziale Miteinander wertvolle Impulse gesetzt werden: Wir alle brauchen Fantasie und Visionen!

Privates Engagement

Bremen besitzt eine äußerst vielfältige kulturelle Szene mit zahlreichen Museen, Theatern, musikalischen Angeboten, Bibliotheken und Archiven. Viele dieser Kultureinrichtungen Bremen zeichnen sich durch ein überdurchschnittliches privates Engagement von Bremer Bürgern aus. Der Kunstverein Bremen, als Träger der Kunsthalle, die philharmonische Gesellschaft oder der Bürgerparkverein dafür herausragende Beispiele. Wir Freien Demokraten würdigen dieses Engagement ausdrücklich und setzen uns dafür ein, solche Einrichtung durch das Land Bremen und seine Kommunen auskömmlich zu unterstützen: Nur so kann der private Einsatz wert geschätzt und ein Klima der Motivation für zukünftiges Engagement geschaffen werden.

Kultur als Standortfaktor

Ausgaben zur Förderung einer qualitätvollen, lebendigen und auch überregional attraktiven Kultur sehen wir Freien Demokraten dabei auch als Mittel zur langfristigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen.

Ein attraktives kulturelles Angebot zieht Menschen an hier zu leben und zu arbeiten.

Besucher und Besucherinnen von Ausstellungen und Veranstaltungen kommen in die Innenstadt von Bremen, kaufen ein, gehen Essen und Übernachten in Hotels.

An den Bremer Hochschulen bilden zahlreiche Studiengänge Kulturschaffende für ihre jeweiligen Berufslaufbahnen aus. Eine entsprechend breit gefächerte Kultur vor Ort gehört zu den notwendigen Grundlagen, um das an den Hochschulen geschaffene Potenzial im Land Bremen zu erhalten und nicht in andere Kulturzentren wie z.B. Hamburg Berlin oder München abwandern zu lassen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll lediglich eine Grundversorgung gewährleisten. Wir Freien Demokraten wollen, dass dies in Ergänzung und nicht in vollumfänglicher Konkurrenz zu den privaten Medien erfüllt wird, wobei eine Fokussierung auf Bildung, Information und Förderung der lokalen Kultur zu erfolgen hat. Wir setzen uns für eine deutliche Reduzierung des Rundfunkbeitrages ein. Im Sinne des Bürokratieabbaus sollte die Finanzierung künftig nicht über extra erhobene Gebühren, sondern über Steuern erfolgen. Unnötige Ausgaben, etwa durch die Erzeugung von reinen Unterhaltungsprogrammen und die damit verbundenen Strukturen, gilt es abzubauen. Zudem sind die öffentlich-rechtlichen Medien insofern bürgernäher zu gestalten, als die diesbezüglichen Entscheidungsgremien transparenter arbeiten und mit möglichst unabhängigen Experten besetzt werden sollten. Wir finden, dass bei deren Auswahl nicht das Parteibuch oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft entscheidend sein darf.

Volkshochschule und Musikhochschule

Volkshochschulen in Bremen und Bremerhaven und die Musikschule Bremen leisten einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Sie bieten wichtige Bildungsangebote und vermitteln auf verschiedene Weise Kultur.

Wir Freien Demokraten wollen die Verwaltung der beiden Einrichtungen effizienter aufstellen und treten daher insoweit für eine Fusion der Musikschule Bremen und der VHS Bremen ein.

Förderung unabhängig von Glaubensgemeinschaft

Im Rahmen der Kulturförderung sollte generell keine Glaubensgemeinschaft bevorzugt werden. Die Freien Demokraten stehen zur Geschichte des Landes Bremen, welche das Christentum und auch maßgeblich durch die Schifffahrt geprägt wurde. Daran soll durch

die Pflege bestimmter Traditionen, Denkmäler und Museen angemessen erinnert werden. Dennoch sollte die Wahl des Glaubens eine private Entscheidung jedes Einzelnen sein, weshalb wir unter anderem auch die Abschaffung des generellen Tanzverbotes an bestimmten Feiertagen befürworten.

Initiierung eines Bremer Internet-Kultur-Kanals

Wir Freien Demokraten werden in Kooperation mit den Bremer Kultureinrichtungen einen Streaming-Dienst aufbauen, in dem herausragende Aufführungen archiviert und „on demand“ abgerufen, aber auch Live-Events übertragen werden können. Wir versprechen uns davon eine Erhöhung der Reichweite der Projekte Bremer Kulturschaffender, eine Erschließung völlig neuer Zielgruppen für Bremer Kulturbetriebe, damit auch eine Steigerung der Besucher und eine neue Einnahmequelle für die Kultureinrichtungen des Landes. Dieses Bremer „Netflix für Kultur“-System soll so aufgebaut werden, dass die technische Grundlage auch an andere Städte und Kommunen in Lizenz vertrieben werden kann. Perspektivisch ist eine Kooperation mit den großen Streaming-Diensten (Netflix, Amazon Prime, Maxdome, T-Home, iTunes) möglich, die gerade beginnen, Sparten- und Nischenangebote in ihr Angebot zu integrieren. Die Erträge aus den Lizenzen und den Streaming-Angeboten sollen die Kulturbetriebe zur Unterstützung ihrer wertvollen Arbeit erhalten.

Sport

Sport ist ein gesellschaftliches Bindemittel und verdient mehr Aufmerksamkeit. Dazu gehört, dass der Unterhalt und die Pflege von Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmbädern endlich mit ausreichenden Mitteln erfolgt und die spontane Flickschusterei beendet wird. Wir setzen uns für eine faire Verteilung der Steuereinnahmen aus Sportwetten an die Vereine ein. Der vergangene Sommer hat uns außerdem gezeigt, dass leider zu wenig Kinder und Jugendliche in Bremen schwimmen können. Daher machen wir uns auch dafür stark, dass Kinder besser an das Schwimmen in Flüssen und Seen gewöhnt werden.

Sportinfrastruktur

Eine gute Sportinfrastruktur besteht aus intakten Schul- und Vereinssporthallen, Außenplätzen, Schwimmbädern sowie qualifizierten Sportlehrerinnen, Sportlehrern, Übungsleiterinnen und Überleitungen. Hierbei braucht es ein gut ausgebautes Netzwerk von Schulen, Kitas, Sportverbänden und -vereinen. Dies wollen wir unterstützen und fördern.

Für Bau, Unterhaltung und Pflege von Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmbädern braucht es ein fortzuschreibendes langfristiges Konzept. Der Sanierungsstau unserer Sporthallen ist unverzüglich abzubauen z.B. beim Nordseestadion in Bremerhaven. Wir wollen dem Sport hierfür notwendige Haushaltsmittel bereitstellen. Schul- und Vereinssport können durch marode Hallen nicht weiter gefährdet werden und die Schäden dürfen sich nicht permanent vergrößern.

Der Rückbau alter Schulsporthallen sowie der Ausbau bestehender Schulen und der Neubau von Schulen und Kindertagesstätten führen zu einem Mangel an Hallenzeiten. Wir Freie Demokraten fordern daher den bedarfsgerechten Ausbau der Sportplatz- und Halleninfrastruktur.

Schwimmbäder benötigen auskömmliche Wasserflächen und für Bürgerinnen und Bürger und Schwimmvereine im Rahmen der Nutzung eine vertretbare und ausgewogene Preisgestaltung. Mindestens ein Hallenbad muss so dimensioniert sein, dass es für Training und Wettkampfbetrieb der Schwimmvereine als auch für Veranstaltungen mit Zuschauern hinreichend ist.

Mit Wassergewöhnung und Schwimmunterricht ist so früh wie möglich zu beginnen. Schon in den Kitas muss dies möglich sein. Kompakte Ferienprogramme zum Schwimmenlernen sind zu fördern als auch ein Netzwerk von Kitas, Schulen, Vereinen, DLRG und freiwilligen gesellschaftlichen Akteuren.

Sportunterricht bedarf qualifizierter Sportlehrerinnen und Sportlehrer in allen Alltagsstufen. Die dritte Sportstunde muss realisiert werden und auch Sport an Berufsschulen ist zu erteilen. Deshalb wollen wir den Fehlbestand an Sportlehrerinnen und Sportlehrern zur Absicherung für die Zukunft durch einen entsprechenden Studiengang in Bremen wieder ausgleichen helfen.

Verteilung von Einnahmen aus Sportwetten

Wir Freien Demokraten wollen Vereine und Verbände auskömmlich fördern. Wettmittel sind an die Sportverbände nach einem Schlüssel gemäß ihrer Mitgliederstärke zu verteilen. Das Glückspielgesetz ist für Zuwendungen entsprechend anzupassen.

Die Förderung des Leistungssports ist nicht ausreichend. Er bedarf stärkerer ideeller und finanzieller Unterstützung.

Schwimmen in Seen und Flüssen

Wir Freien Demokraten wollen auch das Schwimmen in natürlichen Gewässern als wichtigen Bestandteil der Schwimmausbildung etablieren, um Badeunfälle künftig zu vermeiden. Offene Gewässer sind durch Strömung und Wind anders wahrnehmbar als Schwimmbäder. Dass dort nicht leichtfertig Risiken unterschätzt werden, kann durch eine Schwimmausbildung, die auch in offenen Gewässern stattfindet, eher gewährleistet werden. Wir wollen das Schwimmen und Baden in Seen und in der Weser, auch am Weserstrandbad in Bremerhaven, in gesicherter Form wieder erlauben und fördern.

Landwirtschaft

Landwirte bewirtschaften ihr Eigentum für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Betriebe im Sinne des Generationenvertrages. Sie haben unsere ökologisch wie touristisch attraktiven Kulturlandschaften seit Generationen nachhaltig geformt, um ihre Familien und die Bevölkerung zu ernähren. Sie stehen im Einflussfeld von neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, Verbraucherwünschen, langfristigen Investitionsnotwendigkeiten, Politik und persönlichen Bedürfnissen. Eine starke Landwirtschaft inklusive der vor- und nachgelagerten Zulieferer ist ein wichtigster Wirtschaftszweig in Bremen und seinen Randgebieten.

Die Landwirtschaft im Wandel

Die unternehmerische Landwirtschaft ist bereit und auch dazu in der Lage, sich dynamischen Veränderungsprozessen zu stellen. In der Produktion und Vermarktung bietet die Digitalisierung ganz neue Chancen, dem Verbraucher Lebensmittel anzubieten, die nach seinen Wünschen erzeugt werden. So kommen beispielsweise ressourcenschonende digitale Assistenzsysteme der Landwirtschaft 4.0 im Bereich der Tierhaltung zum Einsatz, um eine optimale Nahrungsversorgung zu erreichen, negativen Stress zu vermeiden und die Gesundheit zu fördern. Precision Farming erlaubt eine ortsdifferenzierte, bedarfsgenaue Bearbeitung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und kann notwendige Pflanzenschutzmaßnahmen auf ein Minimum reduzieren.

Die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung kann nur gemeinsam mit den Landwirten gelingen. Das Wissen der hervorragend ausgebildeten jungen Landwirte muss dabei genutzt werden. Sie sind die Experten in der Landwirtschaft und unsere wichtigste Ressource für die Zukunft. Wir Freie Demokraten stehen an der Seite der Landwirte und bekennen uns gemäß dem Prinzip „Schützen durch Nützen“ zu ihren Leistungen für Natur und Gesellschaft.

Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft

Ländliche Räume brauchen eine starke landwirtschaftliche Wertschöpfungskette mit einer flächendeckend gesicherten Produktionsbasis ohne überbordende Bürokratie durch unnötige Auflagen. Landwirtschaft verdient eine Politik, die verlässlich ist und Planungssicherheit gibt.

Technischen Fortschritt und Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen

In der Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft sind ökonomische Notwendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen zu bewerten. Höhere Standards durch bessere Technik können nur erreicht werden, wenn die Betriebe mit neuer Technik auch Geld verdienen können.

Eine Strategie zur Digitalisierung in der Landwirtschaft muss auf Bundesebene erarbeitet und umgesetzt werden. In dieser Strategie müssen unter anderem Fragen der Datenhoheit,

der Transparenz landwirtschaftlicher Erzeugung gegenüber den Kunden sowie des Zugangs zu wichtigen öffentlichen Geo- und Katasterdaten geklärt werden. Digitale Netzwerke, die den Verbrauchern die Chance bieten, Lebensmittel nach ihren individuellen Wünschen nachzufragen, sollen gefördert werden. So kann ein sehr vielfältiger differenzierter Markt entstehen, der für Verbraucher und Erzeuger gleichermaßen interessant ist.

Zur Förderung der Investitionsbereitschaft in zeitgemäße Technik ist das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) in einem ersten Schritt wieder auf mindestens 40 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken. Der Einsatz digitaler Technik in der Landwirtschaft soll einen Förderschwerpunkt darstellen. Das gilt für einen umweltschonenden Pflanzenbau ebenso wie für eine tiergerechte Haltung von Nutztieren.

Nachwuchs qualifiziert ausbilden

Es ist sicherzustellen, dass das Fachwissen weiterhin innerhalb der verschiedenen landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Studiengänge vermittelt wird sowie Weiterbildungsmöglichkeiten ausreichend und entsprechend der Entwicklung der Technik zur Verfügung stehen. Dies darf nicht für zusätzliche bürokratische Qualifizierungspflichten und Sachkundenachweise missbraucht werden.

Nachhaltiger Pflanzenschutz

Landwirtschaft betreibt Pflanzenschutz, um ihre Bestände vor Schäden durch Krankheiten oder Verkrautung zu schützen. Das entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit, weil so eine gute Flächeneffizienz erreicht und gesunde Nahrungsmittel produziert werden. Wirkstoffe, die bei definierten Anwendungen vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Einvernehmen mit den weiteren zuständigen Einrichtungen in Deutschland wie dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sowie von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) auf EU-Ebene für unbedenklich erklärt werden, müssen auch zugelassen werden. Der Land- und Forstwirtschaft dürfen wichtige Wirkstoffe nicht aus ideologischen Gründen entzogen werden.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Regulierung von Kreuzkräutern ein, die für Menschen und Tier sehr giftig sind. Insbesondere die öffentliche Hand muss diese Kräuter auf ihren Flächen kontrollieren. Wir fordern die Einführung standardisierter Untersuchungsverfahren und Grenzwerte für Lebens- und Futtermittel.

Tierschutz durchsetzen

Für die Gestaltung und Durchsetzung des Tierschutzrechts ist laut Artikel 20a des Grundgesetzes der Staat verantwortlich. Das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen läuft indessen auf eine Teilprivatisierung des Staatsziels Tierschutz hinaus, beansprucht die Veterinärverwaltung zusätzlich in erheblichem Ausmaß und wird daher von uns abgelehnt. Stattdessen setzen wir auf eine starke, gut ausgestattete und handlungsfähige Veterinärverwaltung in Bremen.

Innovationen in der Landwirtschaft

In der Landwirtschaft gibt es innovative Ideen. Startup-Unternehmer in der Lebensmittelwirtschaft sind ebenso ernst zu nehmen wie aus anderen Wirtschaftsbereichen. Die Förderung guter Ideen im Bereich Landwirtschaft muss gerade in Bremen möglich sein.

Baurecht für landwirtschaftliche Unternehmen

Das Baurecht muss den landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmern auch in Zukunft Chancen zur betrieblichen Entwicklung ermöglichen. Baurechtliche Tierhaltungsobergrenzen oder kommunale Genehmigungsvorbehalte für die Nutztierhaltung lehnen wir ab.

Marktwirtschaftliche Preisbildung

Damit alle Akteure der Agrarwirtschaft in Zukunft von der positiven Gesamtentwicklung der Branche profitieren können, ist eine funktionierende marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels – vom Hof bis zum Warenregal – entscheidend. Die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht sowie die Fusionskontrolle müssen gestärkt werden, um einen fairen Wettbewerb in der Branche zu sichern. Politische Einmischungen in die wichtige Arbeit der Kartellbehörden sind zu unterbinden.

Bedarfsgerechte Düngeregelungen

Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung bleiben. Wo es wirklich Probleme gibt, zum Beispiel in Regionen mit zu hohem Gülleaufkommen, besteht das vorherrschende Ziel darin, den Transport vorhandener wertvoller Wirtschaftsdüngermengen in Ackerbauregionen sowie technische Lösungen zur Gülle und Gärrestaufbereitung zu fördern, damit es durch die gleichzeitige Einsparung von mineralischem Dünger insgesamt zu positiven Umwelteffekten kommt.

Antibiotikaresistenzen vermeiden

Infektionen mit MRSA und anderen antibiotikaresistenten Erregern stellen eine zunehmende Gefahr für Mensch und Tier dar. Standardantibiotika wirken nicht gegen sie, sodass die Behandlungsalternativen begrenzt sind. Resistente Erreger können Menschen, Haustiere und Nutztiere besiedeln. Eine Strategie zur Vermeidung von Antibiotikaresistenzen muss aus diesem Grund den fachgerechten Einsatz von Antibiotika in allen genannten Bereichen gewährleisten. Gemäß dem One-Health-Ansatz als integrativen Ansatz müssen Human- und Veterinärmedizin deshalb zusammenarbeiten, um das bestmögliche Ergebnis bei der Bekämpfung resistenter Erreger zu erreichen.

Die Landwirtschaft hat durch die Umsetzung der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes mit erheblichem Aufwand dazu beigetragen, dass der Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung um über die Hälfte reduziert wurde. Das staatliche Antibiotika-Monitoring der Tierhaltung

hat sich bewährt. Daher müssen statt der heute geltenden systembedingt immer weiter sinkenden Kennzahlen, bei deren Überschreitung Maßnahmenpläne zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes nötig werden, wissenschaftlich festgelegte Grenzwerte eingeführt werden.

Wenn es um den Trinkwasserschutz geht, dürfen auch die Abwässer der menschlichen Zivilisation nicht aus der Diskussion ausgeklammert werden. Nur zu häufig wird vergessen, wie viele Medikamente über Siedlungsabwässer in die Kläranlagen gelangt und dort zu Schwierigkeiten führen. Gleiches gilt für eine Vielzahl weiterer problembehafteter Stoffe. Wir setzen uns für eine faire Diskussion ein.

Förderung von Synergien zwischen Landwirtschaft und Naturschutz

Bremen ist eine lebenswerte Großstadt und umringt von einem grünen Gürtel, der geprägt durch die Landwirtschaft einen der wichtigsten Naherholungsgebiete darstellt.

Die Haltung von Milchvieh ist traditionell die bevorzugte Wirtschaftsform der Landwirte in Bremen.

Grasende Kühe prägen das Landschaftsbild und sind auch die Wunschvorstellung vieler Verbraucher. Das aber eine grasende Kuh nicht so optimal versorgt werden und damit nicht die geforderten Leistungen erbringen kann, wie es die auf Effizienz getrimmte Landwirtschaft braucht, versteht kaum jemand. Ganzjährige Stallhaltung bei Rindern ist mittlerweile, der Leistung geschuldet, eine weit verbreitete Realität.

Dass aber eine auf der Weide grasende Kuh eine Vielzahl von Ökosystemen fördert, sollte uns eine Prämie wert sein, die einen Teil des verminderten Ertrages aufwiegt.

Das stärkt unsere Natur und unsere Landwirte zugleich.

Partnerschaftlicher Naturschutz

Es gibt in Bremen viele gute Beispiele für eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft: z.B. das Wiesenvogelschutzprogramm.

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, in der beide Seiten die Leistung des anderen anerkennen, die beste Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist.

Flächenfraß

Urbanität und Landwirtschaft stehen in Konkurrenz: Der gleichzeitige Wunsch nach Nähe zu Kultur und Arbeitsplatz lässt es in den Städten eng werden. Der Anspruch an die Kapazitäten und Strukturen der Verkehrswege steigt stetig und braucht auch seinen Raum.

An den Naturschutz ist schwer ran zu kommen - was bleibt, ist die Landwirtschaft. Mehr und mehr werden Flächen, auf denen bisher hochwertige Lebensmittel hergestellt wurden, bebaut und der Nahrungsmittelerzeugung entzogen.

Wir setzen uns dafür ein, Industriebrachen und innerstädtische Freiflächen vorrangig zu nutzen und den Flächenfraß auszubremsen. Der Flächenbedarf für Ausgleichsmaßnahmen darf nicht immer nur zur Lasten der Landwirtschaft gehen.